

Abonnements-Bedingungen:
 Abonnement Preis pränumerando:
 Vierteljährlich 3,30 M., monatlich 1,10 M.,
 wöchentlich 28 Pf., frei ins Haus.
 Einzelne Nummer 5 Pf. Sonntags-
 nummer mit Multiplikatoren Sonntags-
 beilage „Die Neue Welt“ 10 Pf. Post-
 abonnement: 1,10 Mark pro Monat
 eingeschlossen in die Post. Zeitungs-
 Briefkäse. Unter Kreuzband für
 Deutschland und Österreich. Ungefähr
 2 Mark für das übrige Ausland.
 2 Mark pro Monat. Postabonnements
 nehmen an: Belgien, Dänemark,
 Holland, Italien, Luxemburg, Portugal,
 Rumänien, Schweden und die Schweiz.

Ercheint täglich außer Montags.

Vorwärts

Berliner Volksblatt.

Zentralorgan der Sozialdemokratischen Partei Deutschlands.

Redaktion: SW. 68, Lindenstrasse 69.
 Fernsprecher: Amt IV. Nr. 1983.

Dienstag, den 18. Februar 1908.

Expedition: SW. 68, Lindenstrasse 69.
 Fernsprecher: Amt IV. Nr. 1984.

Die Inzertions-Gebühr
 beträgt für die sechsheftigen Kolon-
 nellen oder deren Raum 50 Pf., für
 vollständige und gewöhnliche Vereins-
 und Vereinstafel-Anzeigen 30 Pf.,
 „Kleine Anzeigen“, das erste (zeit-
 gebundene) Wort 20 Pf., jedes weitere
 Wort 10 Pf. Einzelexemplare und Schil-
 den-Anzeigen das erste Wort 10 Pf.,
 jedes weitere Wort 5 Pf. Worte über
 15 Buchstaben zählen für zwei Worte.
 Quotanten für die nächste Nummer müssen
 bis 5 Uhr nachmittags in der Expedition
 abgegeben werden. Die Expedition ist
 bis 7 Uhr abends geöffnet.

Telegramm-Adresse:
 „Sozialdemokrat Berlin“.

Der Agrarier und der Bauer.

Eine satte, selbstzufriedene Stimmung bringt die agrarische Presse zum Ausdruck anlässlich der diesjährigen Tagung des Bundes der Landwirte. Zwar die Welt um sie will den Agrariern noch immer nicht gefallen, aber mit sich selbst sind sie zufrieden. Die „Arbeiterfrage“ zum Beispiel — erklärt die „Deutsche Tageszeitung“ — mache ihnen viel Kopfzerbrechen. Solange die Landarbeiter nicht ebenso gezwungen werden, für einen geringen Lohn zu arbeiten, wie die Konsumenten, einen teureren Brotpreis zu bezahlen, bleibt die Weltordnung vom agrarischen Gesichtspunkte aus in ihren Hauptstützen verpfuscht. Immerhin aber: „Die Lage der Landwirtschaft ist ohne Frage besser geworden, als sie lange Zeit war, wenn sie auch durchaus noch nicht als gut bezeichnet werden kann. Das verdankt die Landwirtschaft neben der Fürsorge der Fürsten und Regierungen zum Teile dem Bund der Landwirte.“

Und mit behaglichem Schmunzeln spannt das Bündler-Blatt die gedemütigten Minister vor den agrarischen Triumphwagen: „Der preussische Landwirtschaftsminister, der von einer gemeinschaftlichen Agitation des Bundes der Landwirte gesprochen hat, hat im Laufe dieses Jahres sein Wort zurückgenommen und einen Ehrentag seines Lebens im Vereine mit den Führern des Bundes verbracht... Die Bezeichnung Agrarier... ist zum Ehrennamen geworden, der den politischen Leichenstein des Staatsmannes zieren soll.“

Die Agrarier haben reichlichen Grund, zufrieden zu sein. Die Regierung und die Reichstagsmajorität gaben ihnen die hohen Brotzölle und der liebe Herrgott die Teuerung. Denn die Letztere haben sie nicht erwartet. Sie stießen sie aber dennoch ein, als wenn nichts geschehen wäre — und den Zoll dazu! Wir haben in einem früheren Artikel gezeigt, daß die Durchschnittspreise für Brotgetreide im letzten Jahrzehnt bereits den Degeniums durchschnitt von 1891/1900 und 1881/90 überstritten haben, so daß die ganze Periode der sinkenden Getreidepreise bereits überwunden ist. Welche Belastung aus der Verbindung von Teuerung und Zoll erreicht wurde, ist aus folgendem zu ersehen: Im Jahre 1903, gleich nach Bewilligung des neuen Zolltarifes, war der durchschnittliche Weizenpreis in Preußen 154 M. pro Tonne, in England 126 M. Die Differenz betrug demnach 28 M., erreichte also nicht einmal ganz die Höhe des Zolles von damals (35 M.). Im Jahre 1907 war der preussische Durchschnittspreis 200 M., der englische 144 M., die Differenz betrug 56 M., stand folglich sogar etwas über dem erhöhten Zoll (55 M.).! Vergleicht man den preussischen Preis von 1907 mit dem Weltmarktpreis von 1903, so ist die Differenz 74 Mark! Die Agrarier behaupteten, eines Aufschlags von 5,5 M. per Meterzentner, also 55 M. per Tonne auf den Weltmarktpreis von damals zu bedürfen, um bestehen zu können; denn sie haben ja bei dem Zollausschlag nicht mit den höchsten, sondern mit den geringsten Weltmarktpreisen gerechnet. Sie erhalten aber gegenwärtig an vierzig Prozent mehr, sie erhalten einen Preisausschlag, wie sie ihn nicht einmal im Traume erhofft haben, — und das Volk wird belastet in einer Weise, wie sie selbst der schlimmste Schwarzseher bei der Zolltarifverhandlung kaum hat ahnen können.

Die Gutsherren schafften sich an der Getreideteuerung Reichtümer, die in die Millionen gehen. Das ist weiter nicht verwunderbar und bedarf keiner besonderen Erklärung. Die Gutsherren hungerten auch früher keineswegs, wenn sie es auch in der Politik meisterhaft verstanden haben, den Bettelstiel zu schwingen. Allein wie geht es dem deutschen Bauern? Er hat ja zum Teil den agrarischen Schutzstempelzug mitgemacht, wie geht es dem? Nun wohl, es geht ihm genau so, wie beim militärischen Feldzug 1870/71: er liefert die Masse, die zur Strecke gebracht wird.

Was wir über die Lage der deutschen Bauernmasse erfahren, klingt weniger heiter, als die Artikel, Reden und Begrüßungstelegramme der Agrarier, der Minister, des Reichszanklers, die sich gegenfeitig, mehr oder weniger unverschämte, zu dem gelingernen Beutzug auf die Taschen des Volkes gratulieren. Es klingt höchst betrübend und besorgniserregend für jeden, der in der Entwicklung einer Nation mehr sieht, als die Glorifizierung einer Dynastie, die Vereinerung eines Standes oder einer Klasse. Wir wollen hier nur zwei Zeugnisse anführen, die aber eine ungemein beredte Sprache führen.

Die „Molkerei-Zeitung“ in Berlin schreibt:

„Die gegen früher bessere Verwertung der Milch durch Lieferung an Molkereien und Trainverkauf in der Stadt hat eine starke Einschränkung des Milchverbrauchs auf dem Lande zur Folge gehabt. Dies hat aber keine schweren Bedenken, denn die Milch ist das beste Nahrungsmittel, namentlich für Kinder. Viele Freunde des Landvolks warnen darum vor einer zu geringen Milchverwendung im Haushalt. Die Folgen zeigen sich ja erst allmählich. Der holsteinische Arzt Dr. Classen erblickt darin eine Ursache für die zunehmende Fleischsucht der Mädchen auf dem Lande. Antsdriehler Barenhorst in Lohstedt berichtet in einer Schrift für die Landwirtschaftskammer der Provinz Hannover, daß nach den letzten militärischen Beobachtungen bei den Rekrutenausshebungen mancher ländlichen Gegenden der Provinz sich eine offene Verschlechterung

des Menschenmaterials zeige: die Ursache sei in dem verminderten Milchverbrauch der ländlichen Haushaltungen seit dem vermehrten Absatz der Molkereiprodukte durch die Genossenschaften zu suchen. Die sparbaren Hausfrauen entzögen dem Haushalte die ganze Vollmilch und erhielten als Ersatz bestenfalls nur Magermilch. Aus dem Einbauer Landbezirk in Bayern wird berichtet, daß von 604 Stellungspflichtigen nur 20 brauchbar befunden seien. Als Grund wird die vollständige Milchabfuhr vom Lande nach den Molkereien des Allgäu bezeichnet. Aus der Schweiz liegen ähnliche wohlbegründete Klagen vor. Auch auf die Aufsicht wirkt der Milchzuzug sehr ungünstig ein.“

Die „Kölnische Zeitung“ läßt sich berichten:

„In Sachsen-Weimar beunruhigt man sich über eine gewisse Unterernährung der Landbevölkerung, worüber man sich in der Sitzung des Ausschusses für den ersten Verwaltungsbezirk aussprach. Veranlassung, an die Sache heranzugehen, war der Umstand, daß seit einigen Jahren die Molkereien, gewöhnlich Genossenschaften, wie Büsse aus der Erde schieken. Es gibt im ganzen Bezirk fast keinen Ort mehr, der nicht eine Molkerei hat, in welche die großen und kleinen Landwirte, selbst die Kleinsten, die nur eine oder zwei Kühe im Stalle haben, ihre Milch liefern... Der Landwirt trinkt heute nur selten Milch und ist noch seltener Vutter, da er keine hat; er verkauft ja jedes Tröpfchen Milch in die Molkerei. Gab es früher zum Frühstück eine gesunde Milchsuppe, so gibt es heute „Kaffeebrühe“, wie sich ein Mitglied des Bezirksausschusses drastisch ausdrückte. Die Folgen dieser verkehrten Wirtschaftspolitik zeigen sich allenthalben da, wo man zu extrem die Molkereien in den Vordergrund stellt, z. B. in Hannover, das bekanntlich die meisten Molkereien besitzt. Hier hat sich bereits ein Sinken der Militärtauglichkeitsziffer gezeigt. Bei uns werden sich die Folgen vielleicht auch noch zeigen.“

Wir brauchen unseren Lesern nicht erst auseinanderzusetzen, daß es nicht das mangelnde Verständnis und der mangelnde Geschmack sind, die den Bauer veranlassen, jedes Tröpfchen Milch sich und seiner Familie zu entziehen, um es der Molkerei abzugeben. Die Milch ist das Hauptprodukt, oft das einzige noch, das der Bauer zu verkaufen hat. Wir haben wiederholt nachgewiesen, daß die Bauernmasse in Deutschland sein Getreide abzugeben hat. Ihr Nutzen infolgedessen auch die Brotzölle nicht. Der kleine Bauer hat nicht vom Brotwunder, er zahlt noch selbst drauf. Wohl aber belasten ihn die hohen Bodenpreise mit Hypotheken und versperren ihm den Weg zur Erweiterung seiner Wirtschaft. Nun kam noch der neue Zolltarif dazu, der eine Teuerung der Futtermittel mit sich brachte und dadurch die Herstellungskosten der Milch erhöhte. Jetzt muß der Bauer erst recht sein letztes auf den Markt bringen!

Das also ist der Segen des agrarischen Zolltarifs für das Klein-Bauerntum: Entziehung der Milch, vermehrte Kindersterblichkeit, Entartung!

Aber freilich, die Agrarier sind auch hier schon gleich bei der Hand, um die Not der Bauern zur Füllung der Taschen der Gutsherren auszunutzen. Sie verlangen einen Milchzoll, um die Milchpreise in die Höhe zu bringen. Sollte es dazu kommen, so wird wieder der Bauer der Gefoppte sein: denn die Gutswirtschaften liefern ihre Milch, da sie über den teuersten Viehschlag und die besten Einrichtungen verfügen, für die wohlhabende Bevölkerung, die einen Preisausschlag vertragen kann, während der Bauer am ehesten unter dem Rückgang des Konsums der Arbeiterbevölkerung zu leiden hat.

Die agrarische Parade.

Im Zirkus Busch fand heute die Generalversammlung des Bundes der Landwirte statt. Der Saal war stark gefüllt. Es war das Bild, das man aus den früheren Versammlungen kennt. Neben den typischen Gestalten der Junker zahlreiche Männer, denen man die harte Arbeit vom Gesicht lesen konnte. Verucht ja die Macht des Bundes gerade darin, daß die Großgrundbesitzer es verstanden haben, auch die kleinen und mittleren Landwirte in ihre Organisation zu ziehen. 84½ Proz. gehören dem Kleingrundbesitz, 14½ Proz. dem Mittelbesitz an, ½ Proz. dem Großgrundbesitz. Aber dieses ½ Proz. hat sich die ganze Organisation, der jetzt 200 000 Mitglieder angehören, dienstbar zu machen gewußt. Die landwirtschaftliche Krise der neunziger Jahre, die die amerikanische Konkurrenz geschaffen hatte, und die heute längst überwunden ist, hat die Kleinen in die Hände der Großen getrieben. Der landwirtschaftliche Zollausschlag war das Mittel, das als alleinige Rettung angepriesen wurde. Und die kleinen Besitzer folgten willig dem Lockruf. Klug schmeichelten die Führer des Bundes den antikapitalistischen Instinkten der landwirtschaftlichen Bevölkerung. Ein frisch-fröhlicher Krieg wurde geführt gegen die Regierung, gegen das Großkapital, gegen die Städte. Und der Bund hat sein Ziel erreicht. Die landwirtschaftlichen Schutzzölle sind eingeführt worden, und die arbeitenden Massen können sich an der angenehmen Abwechslung von Fleischnot und Getreideteuerung erfreuen. Aber dieser Sieg ist anders ersodeten worden, als es sich die kleinen Landwirte träumen ließen. Nicht gegen das Großkapital, sondern mit dem kartellierten und syndizierten Großkapital im Bunde sind die Zuckerzölle erbutet worden. Die allgemeine Teuerung, die diese Wirtschaftspolitik im Gefolge hat, bekommen jetzt auch die Kleinen und mittleren Landwirte zu verspüren, während die großen, die bedeutenden Mengen von Getreide zu verkaufen haben, die Ruhnieher dieser Politik sind. Diese aber geben den Ton in den Versammlungen an, und so war heute im Zirkus Busch zufriedene

Stimmung. „Welch Wandel der Zeiten in kurzer Zeit“, konnte bestridigt Herr v. Dertel ausrufen. Die Sprache, die einst v. Dietz-Daber gegen die Minister geführt hatte, ist völlig vergessen. Man hat uneingeschränktes Vertrauen zu dem Fürsten Bülow und seiner Politik. Die Junker sind mit ihrem Kanzler zufrieden. Und zufrieden sind die Herren auch mit der Erfindung des Fürsten Bülow, mit der Blockpolitik. Die anfänglichen Besorgnisse vor dem Freisinn sind längst geschwunden. Sie haben den Freisinn näher kennen gelernt und sind selbst überrascht von seiner Gelehrigkeit.

Die heutige Generalversammlung diente ebenfalls dem pädagogischen Zwecke, den Freisinn zum gehoramen Mittel der Junkerpolitik zu erziehen. Es ist echte Junkerpädagogik, die Pädagogik der Zukritze, die nach Ansicht der Junker offenbar bei diesem Schüler besonders wirksam ist. Dr. Dietrich Hahn war es, der den Freisinnigen zu Gemüte führte, daß sie einen großen Teil ihrer Mandate nur dem Bund der Landwirte verdanken. Daher dürfe er nicht übermütig werden. Er sollte weniger reden und mehr tun. Er müsse sich mehr seiner Pflichten bewußt werden und könne sich ein Beispiel an der Haltung des Zentrums nehmen, solange dieses noch Regierungspartei war. Besonders ist aber der Freisinn noch der traurige Rekrut. Er muß erst etwas werden, ehe er etwas will. Um aber jeden Zweifel im Keime zu ersticken, betonte Herr Dr. Hahn ausdrücklich, daß die Herrlichkeit sofort zu Ende sein werde, wenn der Freisinn etwas Demokratisches will! Vom gleichen Wahlsrecht in Preußen dürfe nie die Rede sein. Hier wurde Dr. Hahn plötzlich fürchterlich: „Wir werden Widerstand leisten, mögen die Patavillone des Unsturzes kommen. Wir werden alles niederschlagen zum Wohle des Vaterlandes.“ Man sieht, die Junker schießen sofort nach Gewalt, wenn sie auch nur ein Tüpfelchen ihres Privilegs in Gefahr glauben! Ebenso wie Herr Hahn machten auch die anderen Redner dem Freisinn den Standpunkt klar. Solange der Freisinn alles tut, was die Junker befehlen, darf er im Bloß bleiben. Bei dem geringsten Widerstand wird er hinausgeworfen, und die Junker können dann die Politik wieder machen, die sie im Grunde genommen allein wünschen: die Politik mit dem Zentrum.

Neberhaupt wurde das Zentrum stark umworben. Seine „nationale“ Gesinnung wurde ihm wiederholt feierlich attestiert, und die Gemeinsamkeit der konservativ-reaktionären mit der liberal-reaktionären Politik fortwährend betont. Mit bekümmender Offenheit wurde erklärt, daß dem Bund der Landwirte die Blockpolitik völlig gleichgültig sei. Besonders in der Frage der Steuerpolitik hofft man auf das Zentrum. Mit größter Schärfe formulierten da die Agrarier ihre Forderungen. Keine direkten Reichsteuern, keine Erbschaftsteuer, ausschließlich indirekte Steuern dürfen herangezogen werden. Branntwein, Bier, Tabak müssen stärker bluten. Nur Wein und Zucker sollen ausgenommen werden, weil hier agrarische Interessen in Frage kommen. Auch das Vorkapital soll etwas bluten. Die Herren sprachen von einer Dividendensteuer und von einer Steuer bei der Emission ausländischer Wertpapiere. Und damit zum Schaden der Spott nicht fehle, erklärte ein Herr von der Referent über die Reichsteuern, die Arbeiter in der Exportindustrie hätten ein Interesse an der Ausgestaltung unferer Zölle und der Kolonien, sie müßten auch bereit sein, ihre Lasten zu tragen.

Die Versammlung, in der das beutegieriger Agrariertum das Wort führte, erreichte aber den Höhepunkt, als der Mann auf der Tribüne erschien, der die Infarnation der Verbindung von junkerlicher Raffgier und kapitalistischer Profitgier ist. Mit begeisterten Ovationen wurde Herr v. Podbielski empfangen, der Lippelsch-Bodbielski, der Mann seiner Frau, der Staatspieler und Wipeerzähler. Er sprach von dem Segen der ehrlichen Arbeit und von der Notwendigkeit wahren Gottesglaubens. Er war ganz Ehrlichkeit, ganz Frömmigkeit, ganz Wiederaman. Er ist eben in Pension. Und all diese Junker jubelten ihm zu und erwiesen ihm die gebührenden Ehren. Und in der Tat: Herr Podbielski ist der richtige Repräsentant der Klasse der Grundrentner, der Leute, die aus der Erhöhung der Lebensmittelpreise, aus der Verschlechterung der Lebenshaltung der Massen ihren Reichtum schöpfen!

Der Bund der Landwirte ist zufrieden. Nur eines macht ihm Sorgen: die ungebrochene Macht seines Todfeindes, der Sozialdemokratie. Die Junker kennen ihre Feinde, und Herr Hahn mag recht haben, wenn er sagt: „Der letzte politische Entscheidungskampf wird in Deutschland zwischen dem Bunde der Landwirte und der Sozialdemokratie geführt werden!“ In diesem Kampfe aber werden die Arbeiter des flachen Landes mit und ohne Grundbesitz nicht mehr auf der Seite der Junker stehen! Ebensowenig wie die katholische Kirche, wird das flache Land unseren Siegeszug hemmen!

Arbeitskammern.

Das „Correspondenzblatt der Generalkommission der Gewerkschaften Deutschlands“ faßt am Schluß eines längeren Artikels seine Ansicht über den dem Bundesrat vorgelegten Entwurf eines Gesetzes über Arbeitskammern dahin zusammen:

„Wem kann ein solches Konstrukt Bülow'scher Beschneidungskunst etwas nützen? Den Arbeitern sicherlich nicht das mindeste; denn es ist eher geeignet, deren Forderungen zu unterdrücken und ihre ehrlichen Meinungen zu fälschen. Das trifft für die gesamte Arbeiterschaft zu, gleichviel ob sie gewerkschaftlich organisiert ist oder nicht und welcher gewerkschaftlichen Richtung sie angehört. Mögen die Meinungen über Arbeits- oder Arbeiter-

Kammern auch auseinandergehen, mögen Organisationsfragen die Arbeiter trennen, so erwarten doch alle Arbeiter von solchen Kammern, daß sie die Meinung der Arbeiter unmittelbar zum Ausdruck bringen sollen und auch können. Das ist bei einem solchen indirekten Wahlrecht und bei der Unterdrückung jedes Sonderworts der Arbeiter absolut unmöglich. Ferner verlangt die Arbeiterschaft aller Richtungen Kammern für die gesamten Arbeiter, nicht aber eine Zersplitterung der letzteren in Arbeiter des Handwerks, der Industrie, des Handels und Verkehrs usw., die gerade bei Kammern auf berufsgenossenschaftlicher Grundlage die allergrößte Verwirrung stiften muß. Denn die Berufsgenossenschaften kennen solche trennenden Schranken nicht; sie umfassen das in Innungen organisierte Handwerk ebenso wie den Handel und Verkehr. Die Arbeiter aller Richtungen erwarten endlich von solchen Kammern eine entschiedene Einflußnahme auf die Sozialpolitik, die bei Kammern, die finanziell von den Berufsgenossenschaften abhängen, nicht zu hoffen ist.

Ebenso wenig Freude kann das Unternehmertum an diesem bürokratischen Geseßgebungsapparat haben, für welches ihm völlig unbilligerweise die Kosten aufgeschleppt werden. Denn Kammern wie diese sind nichts anderes, als eine zwacklose Spielerei, die für ein praktisches Zusammenwirken ungeeignet und nicht einmal dem gewerblichen Frieden dienlich sind. Und welche Scherereien verursacht schon die Organisation solcher Kammern den Berufsgenossenschaften! Ein einziges Beispiel möge genügen, dies zu illustrieren. Der weitaus größte Teil der Baugewerksmeister, für welche im Reich 12 Berufsgenossenschaften bestehen, gehört auch der Innungsorganisation an; nach § 7 Absatz 3 der Vorlage sollen aber die Unternehmer und Arbeiter von Handwerksbetrieben von der Verteilung in den Kammern ausgeschlossen bleiben. Es dürfte kaum einen Genossenschaftsvorstand und kaum einen Unfallversicherungsausschuß im Baugewerbe geben, dem nicht Innungsmeister bzw. Arbeiter aus Handwerksbetrieben angehören. Eine legale Wahl hier zustande zu bringen, dürfte zu den Unmöglichkeitlichkeiten gehören. Gleichwohl müßte die gesamte Berufsgenossenschaft also auf ihre Handwerkermitglieder, die schon die Beiträge der Handwerkskammern zu zahlen haben, die Kosten der Industriekammer aufbringen. Ueberdies wird es bei der für die Praxis undurchführbaren Abgrenzung zwischen Industrie und Handwerk am Kompetenzkonflikt mit den Handwerkskammern nicht fehlen. Und endlich muß die bürokratische Bewegung und Bevormundung diese Kammern auch denjenigen Unternehmern verleidet, die praktisch arbeiten wollen, um in Frieden mit den Arbeitern die Arbeitsverhältnisse zu regeln. Die bürokratische Organisation hat dem weitaus größten Teil der Unternehmer schon die Innungen derart entwertet, daß sie daneben besondere Arbeitgeberverbände gründen mußte, um Bewegungsfreiheit und Selbstverwaltungsfreiheit zu bekommen. Gerade der verständigste Teil der Unternehmer, der paritätisch gefinnt ist und praktische Arbeit von den Arbeitskammern erwartet, kann sich der Mitarbeit in diesen Kammern nicht mit rechter Freude hingeben.

Aber auch die industriellen Scharmacher stehen dem Entwurf skeptisch gegenüber. Sie versprechen sich überhaupt nichts von Kammern für die Pflege des gewerblichen Friedens, weil sie die Bedingungen des Friedens jederzeit selbst diktiert wollen. Vor allem hassen sie jede Art von Arbeitervertretung und besonders die Arbeiterausschüsse in Fabrikbetrieben, zu deren Gründung der Entwurf neue Anregung gibt. Und auch ihnen muß der Gedanke, die Kosten für eine unnütze Spielerei allein tragen zu sollen, peinlich sein.

So dürfte der Arbeitskammergesetzentwurf nirgends Zustimmung finden, sondern als ein verfehltes Unternehmen begraben werden. Und das dürfte für ihn und alle Teile das beste sein! Hinweg mit einem solchen Monstrum, welches die gewaltigen sozialen Kräfte des Volkes in eine bürokratische Zwangsjacke einzuschneuren sich vermischt. Dafür Raum für die freie Meinungsäußerung der deutschen Arbeiter, wirkliche Organe der gesamten Arbeiterschaft, nach demokratischem Wahlrecht und nach den Grundsätzen der Verhältniswahl gewählt, deren freie Betätigung nicht durch engherzige bürokratische Geschäftsführung und Beaufsichtigung gehemmt ist, sondern dem eigenen Drange folgend an der Weiterentwicklung der sozialen Geseßgebung mitarbeiten kann. Die gewerkschaftlich organisierten Arbeiter verwerten das Bülowische Zwittemodell; sie verlangen, daß die wirkliche Parität mit dem Unternehmertum durch Gewährung von Arbeiterkammern neben den bestehenden Unternehmerkammern gewährleistet werde. Eine Parität, die nur dem einen Teil ausschließliche Vertretungen gibt und diesem dann auch noch die Suprematie in gemeinsamen Vertretungen einräumt, ist Lug und Trug für die Arbeiterschaft!

Kultus statt Kultur.

Die Debatte des preussischen Abgeordnetenhauses über den Kultusetat muß man sich merken. Wird in ihr doch der völlige Bankrott sichtbar, vor dem das liberale Völkertum in Preußen steht: dem politischen Zusammenbruch des Liberalismus ist der kulturelle unmittelbar auf dem Fuße gefolgt. Mit leichter Mühe haben sich die protestantischen und katholischen Reaktionen den Siegespreis geholt und die vereinigten Kirchen treten die Wissenschaft mit Füßen.

Der Kampf gegen die Kultur, an dessen Spitze Herr Holtz steht, ist viel erbitterter und viel gefährlicher als derselbe Kampf, an dessen Spitze Pius X. steht. Die römische Kirche hat keine Zwangsgewalt mehr, wie sie der Staat besitzt. Ihren Geboten kann man sich durch den Austritt entziehen. Der Schaden, den Pius X. anrichten wird, wird vor allem die Kirche selbst treffen; der Schaden, den Herr Holtz stifft, der trifft vor allem die arbeitenden Massen. Das Werk, das das schändliche Kompromiß der Nationalliberalen mit Zentrum und Konservativen eingeleitet hat, soll nun vollendet werden: die völlige Verpöfung der Schule ist das Programm des Dreiklassenparlamentes und der preussischen Regierung.

Gleichsam als Erläuterung und Illustration des Geistes der religiösen Heuchelei und des kulturfeindlichen Uebermutes diente die Debatte über den Plognitzer Volksbildungsverein, eine Debatte, die, wie die Ergebnisse selbst, die ihr zugrunde liegen, heute in einem Kulturstaate ausgeschlossen sind. Der Volksbildungsverein organisiert Schüler- und Volksbibliotheken. Er ist angeblich unparteiisch; angeblich, denn die wissenschaftliche Literatur des Sozialismus ist von diesem Verein ausgeschlossen. Aber der preussische Staat duldet Unparteilichkeit nicht einmal in diesen Grenzen. Der Verein hat in seine Bibliotheken auch wissenschaftliche Literatur aufgenommen, und wenn er auch die sozialwissenschaftliche ausgeschlossen hat, so hat er wenigstens die naturwissenschaftliche eingereicht. Man findet Darwin, Godel, Bölsche, und religionskritische Werke, z. B. die Straußschen. Aber das paßt nicht für das Volk, dem die Religion erhalten werden muß.

Also wird dem Verein die amtliche Unterstützung entzogen; denn das Volk wächelt sich, wie ein konservativer Junker meinte, das, was nicht für es paßt. Es muß daher die Auswahl von Höherstehenden getroffen werden, und das sind die Beamten des Herrn Holtz.

Und nun kommt das Tollste. Der Verein erklärt nicht etwa: Wir sind keine Brunnengießerei, die mit preussischen Geseßschichtungen und religiösen Verdummungsschriften das Volk betrogen wollen, nein, der Verein, in dessen Ausschuh der Führer der freisinnigen Vereinigung, Schrader, und der liberale Pädagoge Lewis sitzen, erklärt bereitwillig, dem Herrn Holtz die Auswahl zu überlassen und die gefährlichen Schriften auszumergen.

Der Vorgang ist so schändlich und schändlich, daß hinter ihm selbst das Vorgehen des Ministers zurücktritt. Denn schließlich hat die preussische Regierung wirklich kein Interesse an der Aufklärung des Volkes. Was soll man aber zu der entsetzlichen Feigheit dieser Liberalen sagen, welche ohne den geringsten Widerstand einem großen bürgerlichen Denker zu verbeugen! Daß der Verein nach dieser läblichen Unterwerfung des Vertrauens nicht wert ist, ist selbstverständlich. Die Arbeiter werden diese lastrierten Volksverdummungsbibliotheken meiden und um so energischer den Ausbau ihrer Bibliotheken betreiben. Aber der Verein erhält einen Teil seiner Mittel vom Reich. Es ist aber ein Übel, aus Reichsmitteln einen Verein zu unterstützen, der heute nicht mehr ist als ein Werkzeug der preussischen Verdummungspolitik. Das wird bei der Besprechung des betreffenden Etatspostens mit aller Deutlichkeit gesagt werden müssen.

Die Verhältnisse auf der Werft Schichau in Elbing

gelangten in einem zweitägigen Prozeß vor der Strafkammer zu Elbing in vergangener Woche zur Besprechung. Veranlassung zu dem Prozeß gaben einige Flugblätter, deren Inhalt der Gewerkschaftsbeamte des Metallarbeiterverbandes, Herr v. Roddiel, zum Leiter des Postwesens für fähig befunden wurde, trotzdem er kein Fachmann, sondern Hauptmann gewesen war. So viel Sachverständigkeit würde ein Abgeordneter wohl auch noch für sich in Anspruch nehmen können. Im Gegensatz zu dem freisinnigen Abg. Eichhoff betonte Eichhorn dann noch scharf, daß die Ausübung des Koalitionsrechts durch die Beamten und Staatsarbeiter auch nicht dadurch eingeschränkt werden dürfe, daß man ihnen das Streikrecht abspreche.

Herr Kraetke betonte nochmals, daß eine Verletzung des Briefgeheimnisses durch die Post weder jetzt noch früher nachgewiesen sei. Auf den Fall Schellenberg ging er vorsichtigerweise nicht weiter ein.

Nachdem noch einige andere Redner gesprochen hätten, sagte Genosse Lehmann-Wiesbaden die Anklagepunkte gegen den Staatssekretär Kraetke nochmals in einigen kräftigen Worten zusammen und kündigte an, um die Verteilung Kraetkes zum Ausdruck zu bringen, würden wir sein Gehalt ablehnen. Wäre es den bürgerlichen Parteien ernst mit der Verteidigung des Koalitionsrechts und der Wahlfreiheit, so würden sie mit uns dafür sorgen, daß der Mann nicht 24 Stunden länger im Amt bliebe.

Das wurde mit großem Hallo von der Rechten begrüßt. Bei der Abstimmung über das Gehalt des Staatssekretärs stimmten dagegen nur die Sozialdemokraten, die Polen und die beiden Freisinnigen Schrader und Dohrn. Dafür stimmte mit allen übrigen Parteien auch die Masse der Freisinnigen, die damit es offenkundig machten, wie wenig ernst es ihnen mit der Verteidigung ihres so schmählich gemagregelten Parteigenossen Schellenberg war. Morgen geht die Einzelberatung des Postetats weiter.

Politische Uebersicht.

Berlin, den 17. Februar 1908.

Beendigung der Kraetke-Debatte.

Die Abrechnung mit dem Staatssekretär Kraetke wurde heute im Reichstag zu Ende geführt. Auch an diesem letzten Tage gaben Kraetkes reaktionäre Uebergriffe den Hauptstoff ab zu den Audeinanderberiegungen. Der Zentrumsabgeordnete Wiedberg verurteilte zwar die Maßregelung des Arztes Schellenberg, hielt es aber als getreuer Sohn der Kirche doch für angebracht, dem Erzbischof von Bamberg das Recht zur Maßregelung des liberalen Pfarrers Grundinger zuzusprechen.

Genosse Eichhorn wies auf die früheren Klagen über Verletzung des Briefgeheimnisses gegenüber den hier lebenden Russen durch Epistel hin und kennzeichnete geäußert den Terrorismus, den der Staatssekretär Kraetke im Falle Schellenberg ausgeübt habe. Wenn der Minister dort sich nicht geäußert habe, sich so auszudrücken, als ob es ein Mafel sei, wenn sich jemand zur Sozialdemokratie betenne, so müsse er das als eine Unverschämtheit bezeichnen. Hierfür wurde er vom Präsidenten Stolberg zur Ordnung gerufen.

Weil Herr Kraetke auf seine Sachverständigkeit im Gegensatz zu den Abgeordneten gepocht hatte, wies ihn Eichhorn darauf hin, daß sein eigener früherer Vorgesetzter, Herr v. Roddiel, zum Leiter des Postwesens für fähig befunden wurde, trotzdem er kein Fachmann, sondern Hauptmann gewesen war. So viel Sachverständigkeit würde ein Abgeordneter wohl auch noch für sich in Anspruch nehmen können. Im Gegensatz zu dem freisinnigen Abg. Eichhoff betonte Eichhorn dann noch scharf, daß die Ausübung des Koalitionsrechts durch die Beamten und Staatsarbeiter auch nicht dadurch eingeschränkt werden dürfe, daß man ihnen das Streikrecht abspreche.

Herr Kraetke betonte nochmals, daß eine Verletzung des Briefgeheimnisses durch die Post weder jetzt noch früher nachgewiesen sei. Auf den Fall Schellenberg ging er vorsichtigerweise nicht weiter ein.

Nachdem noch einige andere Redner gesprochen hätten, sagte Genosse Lehmann-Wiesbaden die Anklagepunkte gegen den Staatssekretär Kraetke nochmals in einigen kräftigen Worten zusammen und kündigte an, um die Verteilung Kraetkes zum Ausdruck zu bringen, würden wir sein Gehalt ablehnen. Wäre es den bürgerlichen Parteien ernst mit der Verteidigung des Koalitionsrechts und der Wahlfreiheit, so würden sie mit uns dafür sorgen, daß der Mann nicht 24 Stunden länger im Amt bliebe.

Das wurde mit großem Hallo von der Rechten begrüßt. Bei der Abstimmung über das Gehalt des Staatssekretärs stimmten dagegen nur die Sozialdemokraten, die Polen und die beiden Freisinnigen Schrader und Dohrn. Dafür stimmte mit allen übrigen Parteien auch die Masse der Freisinnigen, die damit es offenkundig machten, wie wenig ernst es ihnen mit der Verteidigung ihres so schmählich gemagregelten Parteigenossen Schellenberg war. Morgen geht die Einzelberatung des Postetats weiter.

Volkschulfragen im Landtage.

Die preussische Volksschule ist dank der jahrzehntelangen Vernachlässigung dieses wichtigen Gebietes so weit heruntergekommen, daß selbst das preussische Dreiklassenparlament nicht mehr dazu schweigen kann. Die gesamte Linke hat einen Antrag eingebracht, der die Regierung um Auskunft über die Ergebnisse der vom Handelsminister angestellten Untersuchungen über die Vorbildung der Fortbildungsschüler und über die Maßnahmen zur Behebung der in diesen Ergebnissen zutage getretenen Mängel der Volksschulunterrichts erlaubt. In der Debatte, die am Montag stattfand, wurde von allen Seiten zugestanden, daß es so wie bisher nicht weitergehen könne. Lehrermangel, überfüllte Klassen, weitläufige Schulwege, Halbtagsschulen und ähnliche Erscheinungen haben es zuzugebracht, daß nur ein geringer Teil der Volksschüler das Ziel der Volksschule erreicht. Und dabei ist dieses Ziel doch wahrlich eng genug gesteckt. Man gebe sich aber nicht der Hoffnung hin, daß der Antrag, der schließlich der Unterrichtskommission überwiesen wurde, wirklich Wandel schaffen wird. Die Landtagsmehrheit hat gar nicht die Absicht, die Volksschulen zu einer Volksbildungsanstalt zu machen. Durfte doch der Redner des Zentrums unter Zustimmung der konservativ-liberalen Gesellschaft sogar eine Einschränkung des naturwissenschaftlichen Unterrichts zugunsten des Religionsunterrichts fordern! Woju also die Komodie!

Ebenso wie der Antrag selbst, so war die Wertschätzung Komodie, die plötzlich die Redner aller Parteien den Volksschullehrern gegenüber an den Tag legten. In früheren Jahren war von einem Interesse der Landtagsmehrheit an den Lehrern nicht viel zu bemerken, jetzt ist es plötzlich anders geworden. Kein Wunder, die Wahlen stehen vor der Tür!

Gleichfalls der Unterrichtskommission überwiesen wurde ein nationalliberaler Antrag, der die Regierung auffordert, Staatsmittel bereit zu halten, um besonders befähigte Volksschüler in größerem Umfang als bisher die weitere Ausbildung zu ermöglichen. Ob aus diesem Antrage viel herauskommt, möchten wir nach der nicht gerade entgegenkommenden Erklärung des Ministers bezweifeln. Und das um so mehr, als der Redner der Konservativen, Abg. Henning, gegen das Streben nach Bildung wetterte, das jetzt schon die besten Kräfte vom Lande in die Städte treibe. Ein wertvolles Jugendland, das hoffentlich unsere Genossen in der Agitation ausnützen werden.

Schließlich beschäftigte sich das Haus noch mit einigen Anträgen auf Erhöhung der Ostmarkenzulage für Lehrer, die bekanntlich auf Widerruf gewählt wird, um die Lehrer zu Gefinnungssklaven zu machen. Wer die Polenpolitik der Regierung mitmacht, bekommt dafür hingenden Lohn, wer ihr Widerstand leistet, wird auf halbe Kost gestellt — eine von polnischer Seite mit Recht als unmoralisch bezeichnete Maßnahme! Der Minister stellte im Anschluß an die Lehrerbeforderung eine Erhöhung dieses Korruptionsfonds in Aussicht. Dazu hat der preussische Staat trotz seiner schlechten Finanzlage immer Geld. Traurig ist es, daß sich namens der Freisinnigen Vereinigung Abg. Ernst besonders warm für die Ostmarkenzulage ins Zeug legte, während die Herren von der männlichen Linie, die sonst der Regierung in dieser Frage Opposition gemacht hatten, sich auswichen. Nicht einmal dazu können die Sklaven des Fürsten Bülow sich aufraffen.

Über die Arbeitszeit und Heberarbeitslohn wurde von dem Bezirksleiter des Metallarbeiterverbandes Otto Schulz (Hamburg) behauptet: auf allen Werften mit Ausnahme des Danziger Elbinger Bezirkes ist die 9 1/2 stündige Arbeitszeit eingeführt. Für Heberarbeit wird nur von Schichau kein Zuschlag gezahlt.

Und welche Arbeitszeitlängen wurden von Zeugen dargestellt? Der Former Hinz hat im Sommer 11, im Winter 12, manchmal 13, einige Mal die Nacht vom Sonnabend bis Sonntag 24 Stunden durchgearbeitet. Former Rinke behauptet: Es ist häufig nachts übergearbeitet; ich selbst habe 36 Stunden hintereinander arbeiten müssen.

Löhne nannte der Angeklagte Hungerlöhne, weil an Arbeiter 20 bis 25 Pf. gezahlt wurden, also zu wenig zum Lebensunterhalt. Durch die Beweisaufnahme wurde unter anderem festgestellt: ein Former Keumann erhielt 20 bis 25 Pf. Stundenlohn, beim Akkord wurde nach Behandlung des Zeugen immer etwas gestrichen. Der Former Thiel erhielt einen Stundenlohn von 22 1/2 Pf., der Putzer Stoltmann wurde auf 18 Pf. Stundenlohn eingestellt, kam dann auf 20, später auf 22 Pf. Bei Akkord erhielt er für 165 Stunden: 41 M. Der Putzer Koltschen wurde mit 20 Pf. eingestellt, kam später auf 23 Pf.

Wurde nun angesichts dieses Sachverhalts der Angeklagte von der Anklage freigesprochen und anerkannt, daß ihm ein hohes Verdienst dafür zukommt, daß er die Mißstände, welche Leben, Gesundheit und Lebensglück von Arbeitern gefährden, beleuchtet hatte? Mit nichten!

Schon nach den oben wiedergegebenen Theorien des Staatsanwalts und des Vorsitzenden ließ sich dies kaum erwarten. Hinzu trat das wiederholt vom Vorsitzenden hervorgehobene unerschütterliche Mandat: wenn ein Arbeiter freiwillig Arbeit mit geringen Löhnen nimmt, kann man nicht von Hungerlöhnen reden. Aber das Resultat übertraf die auf tiefste gespanntesten Erwartungen: Der Staatsanwalt beantragte neun Monate, das Gericht erkannte gestern nach einem auszugehen Privattelegramm auf sechs Monate Gefängnis gegen Genossen Fröngel!

Ob das Erkenntnis trotz der engen Revisionsschranken, die das Geseß dem Angeklagten einräumt, aufgehoben werden wird, steht dahin. Unzweifelhaft erhebt es uns für den Fall, daß das Gerichtsurteil den gesamten Tatbestand, der in den zwei Verhandlungstagen sich vor ihm abspielte, möglichst phonographisch getreu wiedergibt. Reber läßt sich das prozessualisch nicht erzwingen. Aber mag das Urteil des Revisionsgerichts ausfallen wie es wolle: der Angeklagte ist zwar verurteilt, gerichtet aber sind die nach dem Vorsitzenden selbst dann ungeheuerlichen Mißstände, wenn es die einzigen wären, die die zweitägige Verhandlung entrollte. Und gerichtet nicht minder ist die individualistische, weltfremde sozialpolitische Anschauung, die aus den Bemerkungen der gelehrten Juristen uns entgegentritt. Selbst noch härtere Strafen können lediglich zu neuen Anstrengungen ansetzen, um der Mächtigkeitsgier gegenüber Menschenleben, Menschengeundheit und Menschenglück sowie den Mißständen und Vorurteilen entgegenzutreten, die der

eingang herausgekommen, sei auf sie zugezogen und habe zu ihr gesagt:

„Du Sau, was stehst Du hier herum?“

Sie habe sich das Duzen verboten und gesagt, daß sie auf ihren Mann warte. Darauf habe sie von dem Schuttmann — dem jetzigen Angeklagten — die Antwort erhalten:

„Dann werde ich auf Deinen Mann warten! Du stehst ja unter Kontrolle!“

Sie habe ihm darauf entzinnen wollen, er sei ihr aber nachgerannt und habe

mit einem beleidigenden Ausdrucke gebroht,

sie festzuhalten, wenn sie nicht mitgehen würde. Dadurch habe der Schuttmann einen großen Aufruhr erregt, es habe sich viel Publikum im Ru angeammelt und aus den Reihen der Leute ertönte der Ruf: „Der Mann ist ja betrunken, der hat ja förmlich das Delirium!“ Als ihn die Menschenmenge umdrängte, habe der Angeklagte seinen

Säbel gezogen,

damit zwischen die Menge geflohen und geschlagen und mit den Worten:

„Du Sau, warte nur, wenn ich Dich erst auf der Wache habe!“

Dann habe er sie

zweimal mit dem Säbel über das Kreuz geschlagen.

Ein dem Angeklagten zu Hülfe gekommenen zweiter Schuttmann habe gleichfalls blank gezogen und so sei sie dann

zur Wache gebracht

worden. Auf der Wache habe der Angeklagte kaum schreiben können, er habe seinen Rod aufgeschloßt und den Säbel auf den Tisch geworfen und habe die Zeugen, die mit auf die Wache gekommen seien, so eingeschüchert, daß sie froh waren, sich wieder entfernen zu können. Die anderen Schuttmänner, die auf der Wache anwesend waren, hätten sich gleichfalls vor ihm zurückgezogen.

Der Zeuge Dr. S., Assistentenarzt an einem hiesigen Krankenhaus, hat gleichfalls den Angeklagten in betrunkenem Zustande mit einem betrunkenen Schlägler hin und herwanfen sehen. Der Schuttmann sei dann auf Frau Bohre zugewandt, er habe die Frau belästigt und zu ihr die beleidigenden Worte gebraucht. Der Zeuge hat sich dann an einen anderen Schuttmann gewandt und ihn auf das Gebahren seines Kollegen hingewiesen. Es hatten sich aber bald sehr viele Menschen angeammelt, die den Schuttmann umdrängten. Als es zur Wache ging, wollte der Zeuge auch dorthin gehen, um zu bekunden, daß er gesehen habe, wie der Schuttmann die Frau sogar in schamloser Weise angegriffen habe. Das ist dem Zeugen aber schlecht bekommen. Als er, so erzählte der Zeuge, am Laufe der Polizeiwache ankam, wurde ihm der Eingang verwehrt. Er bemitleidete dann eine Augenblid, als der Eingang unbewacht war, ging hinein, wurde aber von einem Beamten betroffen und von ihm mit den Worten angefahren: Was? Sie wollen nicht gehen? Das ist Hausfriedensbruch! Die Wache hat ein weißes Bild: Der Angeklagte sah verstimmt an seinem Tisch und als er seiner ansichtig wurde, rief er ihm ein gemeines Schimpfwort zu. Dann kam ein anderer Beamter, nahm

den Zeugen beim Widel und stieß ihn einfach in die Arrestzelle, aus der er bald wieder durch die Intervention des Hauptmanns Wolffsheim befreit wurde. Gegen den Zeugen ist dann von letzterem noch eine Anzeige wegen Hausfriedensbruchs erstattet worden, der aber von der vorgesetzten Behörde keine Folge gegeben wurde.

Der Angeklagte bestritt energisch, angetrunken gewesen zu sein und berief sich auf mehrere Personen, mit denen er kurze Zeit vor dem Vorfall gesprochen und die ihm bezeugten, daß er nüchtern gewesen. Auf der anderen Seite standen mehrere einwandfreie Zeugen, die übereinstimmend ausfügten, daß der Angeklagte fort betrunken gewesen sei. Vorerster stellte die Sache so dar, daß er Frau Bohre in Gemeinschaft mit mehreren anderen Personen vor dem Eingang zum Bahnhofs haben stehen sehen. Da sie die Passage bedrängte (1), habe er Frau W. gefragt, was sie da herum sehe und so höhnische Antworten bekommen, daß er zur Sistierung sich genötigt gesehen. Da sei er dann vom Publikum so arg bedrängt worden, daß er zur Wache habe greifen müssen. Ob er beim Umschlagen Frau B. getroffen, wisse er nicht. Dieser Darstellung wurde von einigen Augenzeugen widersprochen.

Der als Zeuge vernommene Polizeihauptmann Wolffsheim gab dem Angeklagten das beste Zeugnis eines nüchternen und pflichttreuen Beamten, den er aber an jenem Abend auch für angetrunken gehalten habe.

Auf Grund der Beweisaufnahme beantragte Staatsanwalt Rauh gegen den Angeklagten vier Monate Gefängnis.

Das Gericht nahm an, daß der Angeklagte, durch den Alkohol überaus erregt, an jenem Abend wohl der irrthümlichen Ansicht gewesen, daß Frau W. eine Prostituierte sei, die die polizeilichen Vorschriften nicht befolgte. Deshalb sei er sich subjektiv nicht bewußt gewesen, in unrechtmäßiger Weise gegen sie einzuschreiten und sie widerrechtlich zu sistieren. Der Gerichtshof hat ferner angenommen, daß der Angeklagte die Frau W. nicht vorläufig geschlagen, sondern sie wohl nur beim herumlaufen mit dem Säbel getroffen haben mag. Dagegen hielt der Gerichtshof eine Beleidigung für erwiesen, die er bei der ganzen Sachlage, mit Rücksicht auf die Anzeichenlosigkeit des Angeklagten, mit — 100 M. Geldstrafe für genügend gehalten erachtete.

Da bestritte uns noch jemand, daß die Polizei die Sicherheit schütze und daß das Gericht Parteien gegenüber milde sei! Eine Frau wird ohne den geringsten Anlaß in frivoler, roher Weise von einem angetrunkenen Schuttmann beschimpft, belästigt, geschlagen, zu Unrecht sistiert, ein über den Vorgang erregter Arzt will sein Zeugnis ablegen — er wird beleidigt, widerrechtlich eingesperrt und gar noch mit einer falschen Anzeige wegen Hausfriedensbruch bedroht. Und dann nimmt das Gericht an, der Schuttmann habe geglaubt im Recht zu sein, ohne des Schuttmanns Vorang habe sich der eigenwillige Säbel wiederholt gegen den Körper der Frau gedrängt. 100 M. Geldstrafe und die mißhandelten widerrechtlich sistierten Personen können noch von Glück reden, daß nicht sie wegen Widerstandes gegen rechtmäßige Angriffe auf schweren Gefängnisstrafen verurteilt sind. Wird der Staatsanwalt gegen das für ein unprejudizielles Rechtsbewußtsein empörende Urteil Revision einlegen? Würde eine solche Erfolg haben oder sind die Strafgesetze so mächtig, daß sie bei der Verübung mit arbeitslähmenden Ausschreitungen von Polizisten zerfliegen?

Parlamentarisches.

Einspruch.

Im Reichstage gingen ein: 67. und 68. Bericht der Petitionskommission.
Zum Justizetat: Resolution Dr. Jung u. Genossen (natl.), die verbündeten Regierungen zu ersuchen, gegenseitige Bestimmungen vorzuschlagen, durch welche das Recht der Arbeitskämpfe geregelt wird.

Aus der Partei.

Aus den Organisationen. Der Mitgliederstand des Kreisvereins für den 12. badischen Reichstagswahlkreis (Heidelberg) stieg vom 1. April 1907 bis 1. Januar 1908 von 612 auf rund 1000, also um 388, die Zahl der Ortsvereine von 12 auf 21. Die Zahl der sozialdemokratischen Gemeindevorstände stieg von 62 auf 105, die sich auf 12 Orte verteilen, darunter befinden sich einige Gemeindevorstände. Der Kassenericht weilt, bei einem Vortrag von 112,87 M., eine Einnahme von 2333,08 M. auf. An Ausgaben sind zu verzeichnen 1771,77 M.; es verbleibt ein Kassendefizit von 661,31 M. Großen Nutzen hat die Bewegung im Kreise von der Gründung eines Parteisekretariats gehabt; die Leitung hat Genosse Emil Raier übernommen.

Verantwortl. Redakt.: Georg Davidsohn, Berlin. Inzeratenteil verantwortl.: Th. Glucke, Berlin. Druck u. Verlag: Vorwärts-Verlag u. Verlagsanstalt

Ein neues Organ. Für die Landbevölkerung des Regierungsbezirks Magdeburg erscheint jetzt in Magdeburg anfangs jeden Monats die „Landpost“.

Unsere Toten.

In Göttingen starb der Genosse Theodor Köster; er war langjähriger Vorsitzender der Parteiorganisation Göttingens und seit 1889 Mitglied des Gemeinderats, in dem er mit großer Umsicht und Sachkenntnis gewirkt hat.

In Leipzig verstarb der Schneidermeister Genosse Hermann Rier. Er hat unter dem Sozialistengesetz eine außerordentliche Tätigkeit entfaltet.

In Genf ist der Parteigenosse Fritz Thiebaud gestorben, der anfangs des 90er Jahre Staatsrat und als solcher der erste sozialdemokratische Minister in der Schweiz war. In seine Regierungszeit fiel der große Straßenbahnerstreik, demgegenüber er die Maßnahmen der Regierung, wie z. B. das Militäraufgebot, widerspruchslos mitmachte und dadurch seine Stellung in der Partei derart erschütterte, daß sie ihn bei der nächsten Neuwahl nicht wieder als Ministerkandidaten aufstellte. Die Regierung sorgte für ihn insofern, als sie ihn zum Direktor des Asyls für verwahrloste Kinder ernannte, womit er eine Existenz und das Amt eines tüchtigen Mann erzielte, der er trotz alledem war. Ursprünglich war Thiebaud Uhrmacherarbeiter.

Gewerkschaftliches.

Die Auflösung der syndikalistischen Gewerkschaften

macht weitere Fortschritte. Namentlich die Zerlegung des Allgemeinen Metallarbeiter-Bandes“ schreitet unaufhaltsam fort. Auch die Majestät Wiesenthals wird nicht unbedingt anerkannt.

Durch den Stempel „Allgemeiner deutscher Metallarbeiter-Verband“ (offenbar das einzige gerechtere Vermögensobjekt) geziert, geht uns folgendes Schriftstück zu:

„An Nr. 40 des „Vorwärts“ schreiben Sie unter Berlin und Umgegend: „Die einsame Größe!“ Die am Freitag bei Präsel abgehaltene Generalversammlung des Allgemeinen deutschen Metallarbeiter-Bandes ufm.“ Hierzu bemerken wir, daß uns, als Vorstand des Vereins Berlin und Umgegend, von einer stattgefundenen Generalversammlung am Freitag nichts bekannt ist. Dagegen wissen wir, daß am Samstag eine Fortsetzung der von R. Wiesenthal am Sonntag, den 9. Februar, nach Aufhebung der von uns einberufenen Generalversammlung, entrierten Versammlung war. Da laut Statut Generalversammlungen nur vom Vorstande einberufen werden können, die betreffende Versammlung aber von nur einer Person, welche weder Verbands- noch Vorsitzender noch Mitglied des Vereinsvorstandes ist, einberufen wurde, so haben alle Beschlüsse, als in einer nicht ordnungsgemäßen Generalversammlung gefaßt, keine Gültigkeit. Dieses trifft auch auf den Beschluß der Auflösung des Berliner Gewerkschaftslokals zu. Diese Verächtigung bitten wir in die nächste Nummer des „Vorwärts“ aufzunehmen.

Mit Gruß

J. A.: Die Vorsitzenden Karl Schöller, Max Jelder.

Das ist aber noch nicht alles. Auch die Rohrleger haben keine Freude mehr an der Person des Propheten, der sie in die Wüste führte und beginnen, sich dem Metallarbeiter-Verbande zuzuwenden. Die Freunde einer Einigung mit dem Verbandsbeginn sind zu fühlen. So geht es Wiesenthals wie dem Mann im Syerland: Syndikalisten und Einigungs-freunde untergraben gleichermäßen das Fußwerk, an dem er hängt:

„Man sieht die schwarze mit der weißen Abwechslung in die Wurzel heissen.“

Auch eine öffentliche Metallarbeiter-Versammlung, die der Deutsche Metallarbeiterverband am Sonntag nach Kellers Saal in der Höpdenstraße einberufen hatte, beschästigte sich mit dem Thema: „Was lehren uns die letzten Vorgänge im Allgemeinen Metallarbeiterverband“. Der Referent Sandke vom Deutschen Metallarbeiterverband wandte sich namentlich an die Rohrleger, die sich seinerzeit unter Führung Wiesenthals vom Deutschen Metallarbeiterverband abzweigten. Der Redner zeigte an der Hand der bekannten Vorgänge der letzten Zeit, daß die Rohrleger jetzt in eine Situation gekommen sind, in der sie auf keinen Fall verharren können. Wiesenthals Verhalten hat nicht nur die Interessen der hinter ihm stehenden Kollegenschaft geschädigt, sondern die ganze aufgeklärte Arbeitererschaft in der Deffenlichkeit herabgesetzt. Als Sonderorganisation, die nach keiner Seite hin Anschluß hat, können die Rohrleger ihre gewerkschaftlichen Interessen nicht wahrnehmen. Im Hinblick darauf, daß den Berliner Rohrlegern in naher Zukunft vielleicht schwere wirtschaftliche Kämpfe bevorstehen, ist dringend zu wünschen, daß die Rohrleger zu besserer Einsicht kommen, ehe es zu spät wird. Etwa 100 Mitglieder des Allgemeinen Metallarbeiter-Bandes sind nach den letzten Vorgängen dem Deutschen Metallarbeiterverband beigetreten. Der Referent gab am Schluß seines Vortrages der Hoffnung Ausdruck, diese Versammlung möge dazu beitragen, daß die Kollegen auf der anderen Seite zu der Ansicht kommen, ihren Sonderstandpunkt aufzugeben und den Anschluß an den Deutschen Metallarbeiterverband zu bewirken, ehe es zu spät wird.

Schlenker und andere Redner vom Allgemeinen Metallarbeiterverband schrieben dem Deutschen Metallarbeiterverband die Schuld für die Abplittierung der Rohrleger zu und ersuchten ihre Mitglieder, die Beschlüsse ihres außerordentlichen Verbandstages abzuwarten und erst dann Stellung zu nehmen, vorher aber nicht der anderen Organisation beizutreten.

Hein, der ebenfalls dem Allgemeinen Metallarbeiterverband angehört, trat mit Entschiedenheit für den Uebertritt in den Deutschen Metallarbeiterverband ein, da er durch seine Erfahrungen zu der Ueberzeugung gekommen sei, daß nur auf diesem Wege die Interessen seiner Kollegen wahrgenommen werden können.

Das Verhalten Wiesenthals bei den letzten Vorgängen im Allgemeinen Metallarbeiterverband wurde auch von den Rednern, die gegen den Deutschen Metallarbeiterverband sprachen, scharf verurteilt. — Nachdem die Versammlung vier Stunden gewährt hatte, wurde sie, weil der Saal geräumt werden mußte, bis Donnerstag vertagt. Es waren zwei Resolutionen eingebracht, die sich beide für den Anschluß an den Deutschen Metallarbeiterverband erklärten.

Auch die „Bereinigten der Zimmerer“ ist in der Zerplüttierung begriffen. Zwar behaupten die „Einigkeit“-Freunde und Einigungs-Freunde, daß die Geschäftsleitung mit ihrem Uebertritt zum Zentralverband allein geblieben sei, zugleich jammern sie aber:

„Die veränderte Geschäftsleitung der lokalen Vereine hat in ihrer hohen Weisheit und mit ihrem praktischen Blick herausgefunden, daß der Reichs sowohl wie auch Organisationen ohne Geld nicht lebensfähig sind. Und um nun die Einnahmen, be-

sonders des Berliner Vereins, zu schädigen und zu schmälern, klebt sie nun selbst den überreitenden Mitgliedern die restierenden Beiträge ein und steckt somit das dem Verein gehörende Geld in die Tasche.“

Obgleich also die Ziffer der Ueberreitenden — da bis zum 14. März Termin zum Uebertritt gesetzt ist — sich heute noch in keiner Weise überschauen läßt, muß doch die Uebertrittsbewegung sich für die Syndikalisten schon recht schmerzhaft bemerkbar machen.

In der Delegiertenversammlung des Zentralverbandes der Zimmerer, über die wir an anderer Stelle berichten, führte Rube über den Stand der Dinge aus, daß man von seiten des Verbandes jede unnötige Einmischung in den Gang der Dinge vermeiden wollte. Der Redner gab dann eine Uebersicht über den Verlauf der Verhandlungen und über ihr Ergebnis. Er erwähnt dabei auch die Programmrede Katers auf dem letzten Kongress der Freien Vereinigung, die beweise, daß diese Gewerkschaften jetzt bei der Neutralität angelangt sind, die sie bislang bei den Zentralverbänden aufs schwerste verurteilten. Der Zentralverband der Zimmerer habe diesen Neutralitätsstandpunkt vor 25 Jahren proklamiert, sei aber nun mehr und mehr davon abgekommen. Ueber das praktische Ergebnis der Einigungsbeschlüsse hätten sich die Vertreter des Zentralverbandes von vornherein seiner Täuschung hingeeben. Die Gegner der Einigung stellten die Sache so dar, als ob der Zentralverband nicht genügend Entgegenkommen gezeigt habe; in Wirklichkeit laufe ihr Standpunkt aber darauf hinaus, daß sie bei sich selbst sagten: „Was wir verlangen, könnt Ihr ja gar nicht zugestehen.“ Wenn es nun auch nicht gelinge, die alten veränderten Gegner des Zentralverbandes zu gewinnen, so werde es doch sicher mit der Zeit zu einer einheitlichen Zimmererorganisation auch in Berlin kommen. Bei dem Uebertritt mühten nun alle alten Inaktivitäten als abgetan gelten. An einer nur formellen Einigung sei nichts gelegen; worauf es ankomme, das sei eine wirkliche innere Einigkeit.

Berlin und Umgegend.

Achtung, Fliesenleger! Die Sperre über die Firma Fritz Müller, Großgörschstr. 21, ist wegen Nichtumsetzung des Tarifs und Maßregelung von Kollegen über folgende Bauten verhängt:

Emserstr. 116 (Nixdorf), Spreiterstr. 21 (Schöneberg), Niederstraße (Friedenau), Bauhaase.

Der Vorstand der Sektion der Fliesenleger. Freie Vereinigung der Fliesenleger Berlins.

Deutsches Reich.

Zur Lebensbewegung der Maurer, Zimmerer und Bauhilfsarbeiter von Bielefeld. Bereits am 30. November v. J. haben auch die Bielefelder Unternehmer des Baugewerbes den drei in Frage kommenden Organisationen, getreu der Marschroute des deutschen Arbeitgeberbundes für das Baugewerbe, den bekannten Rüstertarif eingeschickt.

Demnach soll ein Tarif bis 1910 abgeschlossen werden, monach eine Verkürzung der Arbeitszeit während der Dauer des Vertrages nicht stattfinden soll. An Lohn soll ein „tüchtigen“ Maurer- und Zimmerer bis 31. März 1909 von 60 Pf. und an „mittlige“ Bauhilfsarbeiter von 40 Pf. pro Stunde bezahlt werden, abgesehen der Mindestlohn seit zwei Jahren für Maurer und Zimmerer 50 Pf. und für Bauhilfsarbeiter 40 Pf. pro Stunde betrug. Eine Lohnerhöhung soll, in Vorausziehung einer Besserung in dem Baugewerbe vom 1. April 1909 von 5 Pf. pro Stunde eintreten. Die Lohnzahlungsperiode soll für die Folgezeit 14 Tage dauern. Jegliche Agitation auf der Arbeitstätte (also auch während den Pausen) ist bei sofortiger Entlassung verboten usw. Und dieser Vertrag, „Ruster ohne Rest“, soll nach der Genehmigung des Deutschen Arbeitgeberbundes für das Baugewerbe unterliegen. Die Verhandlungen, die am letzten Freitag stattfanden, sind resultatlos verlaufen, indem die Arbeitgeber keine weiteren Zugeständnisse machten. Die Unzufriedenheit in der Bielefelder Gegend verspricht eine gute zu werden.

Ein Streik der Kesselreiniger ist am Sonnabend in der weitbekanntesten Fabrik von Louis Hirsch in Cera ausgebrochen. Die Leute sollten im Afford arbeiten, der ihnen bei angegriffenester Tätigkeit in der heißen, ungesunden Luft einen Tagesverdienst von 2,50 M. ermöglicht haben würde.

Im hessisch-thüringischen Textilindustriebezirk finden jetzt wieder allerorts Fabrikbesprechungen statt. Die Arbeitererschaft ist durchaus nicht gewillt, sich mit der Antwort der Unternehmer auf die eingereichten Forderungen zufrieden zu stellen. Ein neuer Fliesenlohnkampf scheint sich vorzubereiten.

Ausland.

Die freilebenden Grubenarbeiter von Goldfield im nordamerikanischen Unionstaate Nevada haben ihren Kampf mit den Grubenbesitzern gewonnen. Ihre feste Einmütigkeit hat alle Widerstände besiegt. Trotz Veranziehung von Bundesstruppen, trotz Gründung von Streikbrecher-Unionen und vieler Drangsalierung der Mitglieder vom Bergarbeiterverband der Weststaaten, gelang es nicht, die Macht des Verbandes und damit den Streik zu brechen. Das System, nach welchem jeder Arbeiter nur auf eine Karte, die von den Grubenbesitzern angefertigt wurde, Stellung erhalten sollte, wurde Anfang Februar offiziell durch Raueranschlag aufgehoben. Man sah ein, daß die Organisation der Arbeiter zu stark war, um dies System durchzuführen. Keuchlich halten die Grubenbesitzer an dem Recht fest, unorganisierte Arbeiter einzustellen, aber praktisch ist es ihnen nicht möglich. Der Streik ist als beendet erklärt. Die Unternehmer versuchen freilich, neue Mittel bei der nächsten Gelegenheit zur Anwendung zu bringen. In der Staatslegislatur haben sie eine Vorlage durchgesetzt, die eine starke Polizeitruppe für den Staat Nevada vorstelt. Der Präsident des Unterhauses, ein ehemaliger Gewerkschaftler, erklärte die Vorlage für ein Schandgesetz, das von den Grubenbesitzern erlassen sei. Er reichte sofort seine Demission ein, als die Vorlage angenommen wurde.

Eine Landarbeiterorganisation ist vor kurzem in Neu-Südwalde gegründet worden. Bis jetzt sind derselben zirka 1200 Land- und Waldarbeiter beigetreten. Das Programm für 1908 lautet: 6 Schilling Lohn für einen achtstündigen Arbeitstag, 1 Schilling für jede Ueberstunde während der Erntezeit. Es versteht sich am Rande, daß den Leuten von seiten der Behörden in ihren Organisationsbestrebungen keinerlei Schwierigkeiten bereitet werden. Denn Australien ist ein wildes Land.

Letzte Nachrichten und Depeschen.

Explosion.

Hume, 17. Februar. (B. S.) In der chemischen Fabrik „Union“ fand eine Kesselexplosion statt, wobei zwei Maschinisten schwer verletzt und bedeutender Materialschaden angerichtet wurde.

Ueberflitterungen.

Johannesburg, 17. Februar. (B. L. S.) Hier sind in der letzten Nacht zwei heftige Erderschütterungen verspürt worden.

Reichstag.

108. Sitzung vom Montag, den 17. Februar 1908, nachmittags 1 Uhr.

Am Bundesratsische: Kräfte. Die zweite Beratung des Postgesetzes wird beim Titel „Gesetz des Staatssekretärs“ fortgesetzt.

Abg. Wiebeberg (Z.): Bei den Telegraphenarbeiten ist, wie wir gern anerkennen wollen, seit 1904 eine Verkürzung der Arbeitszeit eingetreten; aber eine Arbeitszeit über 10 Stunden sollte überhaupt nicht vorkommen, und allmählich sollte die Verwaltung zu einer neunstündigen Arbeitszeit für die Telegraphenarbeiter kommen.

Mit der Verfügung behufs der Errichtung von Arbeiterauschüssen bei den Telegraphenarbeitern ist ein alter Zentrumswunsch erfüllt. Daß der nationalliberale Redner sich mit der geheimen Wahl bei diesen Ausschüssen einverstanden erklärt hat, freut mich; hoffentlich tritt nun auch die nationalliberale Partei in Preußen für die geheime Wahl zum preussischen Abgeordnetenhaus ein.

Abg. Eichhorn (Soz.): Ich möchte zunächst auf das Briefgeheimnis eingehen. Mein Kollege Singer hat hier einen Fall vorgetragen, den ich aus eigener Anschauung nicht kenne.

Der Herr Staatssekretär hatte aber keine Veranlassung, sich darüber zu entziehen, solange es möglich ist, daß das Briefgeheimnis bei der Post tatsächlich verletzt wird. Unsere Vorwürfe richten sich nicht gegen die Postbeamten, sondern wogegen sich Singer gewendet hat, ist das Bemühen von Polizeispiegeln, sich der Postbeamten zu bedienen und sie zur Verletzung des Briefgeheimnisses zu bewegen.

Abg. Schellenberg (Soz.): Ich möchte zunächst auf das Briefgeheimnis eingehen. Mein Kollege Singer hat hier einen Fall vorgetragen, den ich aus eigener Anschauung nicht kenne.

Der Herr Staatssekretär hatte aber keine Veranlassung, sich darüber zu entziehen, solange es möglich ist, daß das Briefgeheimnis bei der Post tatsächlich verletzt wird. Unsere Vorwürfe richten sich nicht gegen die Postbeamten, sondern wogegen sich Singer gewendet hat, ist das Bemühen von Polizeispiegeln, sich der Postbeamten zu bedienen und sie zur Verletzung des Briefgeheimnisses zu bewegen.

Kleines feuilleton.

Der Urheber eines geflügelten Wortes. Am 2. Februar waren Hundert Jahre verflossen seit der Geburt des schweizerischen Schloßers und Poeten Wiedmer. „Berühmt“ geworden ist dieser Dichter im Schwyz durch zwei Verse, die in politischen Versammlungen und in deutschen Parlamenten unzähligmal zitiert worden sind und immer wieder zitiert werden; es sind die Verse:

Und die größten aller Räuber Wählten ihren Regger selber.

Dieses geflügelte Wort ist zu einer Zeit erbitterter politischer Kämpfe in Bern entstanden und ist jetzt ein halbes Jahrhundert alt. Man hatte in Bern einen Regger namens Stof in den Großen Rat gewählt, und tags darauf brachte der Berner „Gucklöcher“ die beiden ominösen Verselein. Eine Woche später erschienen sie in erweiterter Form und mit Wiedmers Signatur im „Eumenischer Blatt“, das von dem intelligenten Schloßer zu Signau herausgegeben wurde; die Verse lauteten jetzt so:

Der schwarzen Herde starrer Sinn Lenkte sie zur Schlachtbank hin, Und sie hat, wie oft im Leben, Selbst sich den Stof gegeben, Denn die größten aller Räuber Wählten sich den Regger selber.

Das schöne Gedicht hatte zur Folge, daß Wiedmer eingesperrt wurde und mehrere Tage zu Langnau brummen mußte. Als er wieder entlassen wurde, bereiteten ihm seine politischen Freunde einen großartigen Empfang: er wurde auf einen mit vier Schimmeln bespannten, reichbekrängten Wagen gesetzt und im Triumph nach Hause gebracht.

Theater.

Neues Schauspielhaus. „Die Dame mit den Lilien“, phantastisches Lustspiel von Rudolf Prescher. Rudolf Prescher, der in seinen Gedichten für die „Lustigen Blätter“ oft so flott-prägnante unterhaltliche Wendungen findet, läßt in den drei Akten dieses sog. phantastischen Lustspiels einen wahren Landregen von Langeweile niedergehen. Vom Aufgang bis zum Niedergang des Vorhangs plätscherten und rauschten monoton die Phrasenbäcklein. Es schien, als ob er in der Verlegenheit, was er mit diesem Aufgebot von Prinzen, Prinzessinnen, Hosiengern und Geistesden langen Abend über ansagen sollte, sie zu einem Weltkampf in möglichst langen Dauerreden mit möglichst wenig Inhalt bestimmt habe.

Die Dame mit den Lilien ist Ahnherrin eines Fürstenhauses und ob ihrer für hochgeborene Herrschaften ganz ungewöhnlichen Sitteneinheit weit berühmt. Ein edler deutscher Prinz, Verächter

hatte. Nun könnte man sagen, das sind einzelne Fälle. Gewiß, und ich gebe auch zu, daß ein Brief mitunter ohne Absicht beschädigt werden kann. Aber wir haben aus einer ganzen Reihe von Wahrnehmungen alle Ursache, mißtrauisch zu sein, wenn wir Briefe in schlechtem Zustande erhalten, und speziell in dem vom Kollegen Singer angeführten Fall sieht man, daß die Verletzung des Briefes innerhalb der Sphäre der Post stattgefunden hat.

Nun ein Wort zum Fall Schellenberg. Ich hätte an sich keine Veranlassung auf diesen Fall noch einmal einzugehen, da bereits von anderer Seite hinreichend nachgewiesen worden ist, daß der Staatssekretär in diesem Falle die Gewissungsfreiheit und Meinungslosigkeit des Staatsbürgers mißachtet hat.

Der Herr Staatssekretär hat behauptet, durch unsere Auffassung seien die Postbeamten beleidigt. Er hatte ein natürliches Interesse, seine Kollegen, die unteren Postbeamten, zu verteidigen; aber er sollte einmal die Geschichte seiner eigenen Partei studieren. Der verstorbene Abgeordnete Liebnecht hat einmal Fälle von Verletzung des Briefgeheimnisses hier zur Sprache gebracht, und das Zentrum hat sich damals lebhaft an der Diskussion beteiligt.

Der Herr Staatssekretär hat behauptet, durch unsere Auffassung seien die Postbeamten beleidigt. Er hatte ein natürliches Interesse, seine Kollegen, die unteren Postbeamten, zu verteidigen; aber er sollte einmal die Geschichte seiner eigenen Partei studieren. Der verstorbene Abgeordnete Liebnecht hat einmal Fälle von Verletzung des Briefgeheimnisses hier zur Sprache gebracht, und das Zentrum hat sich damals lebhaft an der Diskussion beteiligt.

Der Herr Staatssekretär hat behauptet, durch unsere Auffassung seien die Postbeamten beleidigt. Er hatte ein natürliches Interesse, seine Kollegen, die unteren Postbeamten, zu verteidigen; aber er sollte einmal die Geschichte seiner eigenen Partei studieren. Der verstorbene Abgeordnete Liebnecht hat einmal Fälle von Verletzung des Briefgeheimnisses hier zur Sprache gebracht, und das Zentrum hat sich damals lebhaft an der Diskussion beteiligt.

Der Herr Staatssekretär hat behauptet, durch unsere Auffassung seien die Postbeamten beleidigt. Er hatte ein natürliches Interesse, seine Kollegen, die unteren Postbeamten, zu verteidigen; aber er sollte einmal die Geschichte seiner eigenen Partei studieren. Der verstorbene Abgeordnete Liebnecht hat einmal Fälle von Verletzung des Briefgeheimnisses hier zur Sprache gebracht, und das Zentrum hat sich damals lebhaft an der Diskussion beteiligt.

des steifen Zeremoniells und aller Unnatur, wirt bei ihrem Nachkommen Verengar um dessen höchst holdselige Enkelin, die auch der spanische Thronfolger als Braut begehrt. Das Deutsch des radebrechenden Gesandten dient zur Bestreitung des nötigen Humors. Als der deutsche Jüngling erfährt, die Wittendame spule wieder in dem Schloße, stellt er sich auf die Lauer und wird Augenzeuge eines kompromittierend zätschen Gespenster-Kendevous. Der Geist der Seligen trifft sich bei Mondschlein mit einem Geiste männlichen Geschlechts, dem einstigen Liebsten ihrer tugendhaften Seele.

Humor und Satire.

— Moderne Deffentlichkeit. Im Saale des Chemnitzer Kriegsgerichts ist, wie der Abgeordnete Roske im Reichstage bemerkte, der bisher von den Richterstammern der Presse benutzte Tisch herausgenommen worden. Herr Roske hält sich natürlich darüber auf. Wie lächerlich! Steht in dem Geiz, das die Deffentlichkeit der kriegsgerichtlichen Verhandlung anordnet, auch nur ein Wort, daß den Juratoren Tisch zur Verfügung gestellt werden müssen? Schließlich wird jeder Reporter einen Lehnstuhl, einen Schreibtisch und zur Aufbewahrung seiner Frühstücksstimmeln ein Häufel verlangen!

— Haben Sie noch einen besonderen Wunsch? wurde General Stöffel nach seiner Beurteilung vom Vorsitzenden des Gerichts gefragt. „Ja! Für den Fall, daß ich nicht begnadigt, sondern hingerichtet werden sollte, bitte ich, am Wande meines Pour lo mérite-Ordens aufgehängt werden zu dürfen!“

— Theaterchronik. Max Dreher's Schwank „Das Tal des Lebens“, der bisher nur vor geladenem Publikum und in einer Vereinsvorstellung der freien Volkshäuser aufgeführt wurde, wird am Sonnabend zum erstenmal im Lessing-Theater öffentlich

— Theaterchronik. Max Dreher's Schwank „Das Tal des Lebens“, der bisher nur vor geladenem Publikum und in einer Vereinsvorstellung der freien Volkshäuser aufgeführt wurde, wird am Sonnabend zum erstenmal im Lessing-Theater öffentlich

Unverschämtheit war. (Lebhafte Beifall bei den Sozialdemokraten.) Präsident Graf Stosberg: Herr Abgeordneter, ich rufe Sie zur Ordnung.

Abg. Eichhorn (Soz., fortfahrend): Gerade der Staatssekretär in seiner Stellung sollte sich doch solche Äußerungen besser überlegen. Der Staatssekretär hat rund heraus erklärt, er dulde Sozialdemokraten in der Postverwaltung nicht. Wenn er diese Drohung wahr machen wollte, so würden wohl bald der Postbetrieb und viele Staatsbetriebe still stehen. (Sehr wahr! bei den Sozialdemokraten.) Wir haben in den Reihen der unteren Postbeamten und der Staatsarbeiter eine Menge treuer und braver Anhänger, und die Art, wie der Staatssekretär die Sozialdemokratie charakterisiert hat, wird nicht dazu beitragen, daß es weniger werden. (Sehr gut! bei den Sozialdemokraten.) Vor allem aber sollte sich der Staatssekretär hüten, diesen Grundsat des Terrorismus, den man uns immer zum Vorkurf macht, für die Staatsbetriebe einzuführen, und wo er den Einfluß hat, jeden zu hochlottieren und den Vorwurf höher zu hängen, der nicht seiner Meinung ist. (Sehr wahr! bei den Soz. Jurist rechts: Das tun Sie!) Nein, wir tun das nicht! In nicht wenigen Genossenschaften und Ortskrankenkassen, in denen unsere Anhänger die Mehrheit haben, sind eine ganze Menge von Beamten angestellt, die unsere politischen Gegner sind. Ich war selbst Vorsitzender einer Ortskrankenkasse, deren Beamten zum großen Teil antisemitisch waren. Damals stand der Antisemitismus in Sachen noch in Blüte, aber niemals ist es uns eingefallen, gegen diese Beamten wegen ihrer politischen Gesinnung das geringste zu unternehmen. Nicht von uns, sondern von unseren Gegnern und vom Staate wird

Getrieben. (Sehr wahr! bei den Sozialdemokraten.) Sie sollten sich aber hüten, diese Politik weiter zu verfolgen, sonst könnte der Spieß einmal umgedreht werden. Wenn die Sozialdemokratie, wie es doch kommen wird und muß, mehr Einfluß gewinnt, wohin würde es dann führen, wenn sie jeden Anderdenkenden mit der Hungerpeitsche bestrafe. Alle Parteien sollten diesen traffen Terrorismus verurteilen, und gerade die Rechte sollte es schon aus politischer Klugheit tun, um nicht ihr Schlagwort vom sozialen Frieden blühen zu lassen. Denn diese Praxis muß zu einer Verschärfung der sozialen Kämpfe führen. (Sehr wahr! bei den Sozialdemokraten.)

Ich wende mich nun den postalischen Einrichtungen zu. Bei der politischen Rückständigkeit des Herrn Staatssekretärs ist es nicht zu verwundern, wenn die Postverwaltung auch in den wichtigsten Verfahrseinrichtungen rückständig ist. Ueber das Fiasco der Erhöhung des Portoportes ist ja schon eingehend gesprochen worden. Erstaunlich war es, daß Herr Lattmann sich diesen Beschwerden angeschlossen hat, während doch seinerzeit seine Parteigenossen von der Regierung selbst eine Reform der Portofolge verlangt haben, die auf eine Erzielung von Reiheneinnahmen hinausläuft. Man vergißt immer wieder, daß die Erhöhung der Portofolge fast stets zu einem Rückgang der Einnahmen führt, während ungekehrt eine Verbilligung der Portofolge die Einnahmen erhöht. Wenn man die Postanweisungsgebühr von 10 Pf. die heute nur für Beträge bis 5 M. gilt, auf Beträge von 10 und 20 M. ausdehnen würde, so würden die Einnahmen mindestens gleich bleiben. (Sehr richtig! bei den Sozialdemokraten.) Besonders rückständig muten in der heutigen Zeit die Ershörungen im Zeitungswesen an, die längst hätten beseitigt werden müssen. Wenn aber auch wirklich einmal eine Verkehrsvereinfachung zu größeren Einnahmehausfällen führen sollte, so muß immer wieder der Gesichtspunkt betont werden, daß die Post dem Verkehr zu dienen hat und nicht eine

schmelzende Kuh für die Finanzen sein soll. — Ich muß jetzt auf die Angelegenheit des früheren Schalterkassiers in Pforzheim noch einmal zurückkommen. Der Herr Staatssekretär hat meinem Parteigenossen Singer erwidert, nach genaueren Ermittlungen handle es sich dort um Artikel, die so stark begehrt seien, daß die Industrie bis zum letzten Augenblick arbeite. Diese Mitteilungen mögen dem Herrn Staatssekretär von interessierten Fabrikanten zugegangen sein, sie treffen aber nicht das objektiv Richtige. Ich habe schon in der Budgetkommission das Geheimnis dieser Miß-

gegeben werden. Um das Verbot der Zensur, die bisher die öffentliche Aufführung zum Schutze der Monarchie verhindert hatte, zu beseitigen, mußte der Schwanz gehörig umgearbeitet werden. Ein ganzer Akt ist dabei amputiert worden.

— Im Schiller-Saal, Charlottenburg, finden diese Woche folgende Veranstaltungen statt. Dienstag: Siebenter Niederabend. Susanne Desjor (Belang), Bruno Dünz-Reinhold (Belang), Mittwoch 9 Uhr: Vortrag von Dr. H. Radowsky über Velasquez (mit Lichtbildern). Freitag 9 Uhr: Vortrag von Dr. L. Hirschberg über Doctor Verlosz (erläutert durch Instrumentalmusik). Sonnabend 6 Uhr nachm.: Sechster Vortrag von Professor Dr. P. Schüring „Anleitung zum Betrachten von Kunstwerken“. Sonnabend 9 Uhr: Sechster Vortrag von Dr. M. Burkhardt in dem Zyklus „Das deutsche Lied“ (erläutert durch Belang und Instrumentalmusik). Nächsten Sonntagabend 8 Uhr: Georges Bizet-Abend.

— Der erste Schönheits-Abend, dem das Kultusministerium in letzter Stunde den Theateraal der Hochschule für Musik verweigert hatte, findet am Dienstag, den 18. Februar im Mozartsaal abends 8 Uhr statt. Das Programm enthält Darstellungen von Irene Sanden sowie Lichtbilder nach Freilichtaufnahmen schöner Menschen und nach Kunstwerken von Fibus.

— Ein Drama der russischen Revolution. „Der Kessel“ (Kosjol) von einem Ende Januar in Dabos jung verstorbenen russischen Dichter Andrejanoff wurde im Dränner Stadttheater mit starkem Erfolge aufgeführt.

— Eine Schwedische Ausstellung für Kunsthandwerk und Kunstindustrie wird im Sommer 1909 im Tiergarten bei Stockholm veranstaltet werden.

— Von akademischer Bildung. Eine charakteristische Eigentümlichkeit des deutschen Studententums wird anlässlich des Rücktritts des Prof. Korn von seiner Wünderener Professur in den hiesigen Blättern als eine Selbstverständlichkeit behandelt. Prof. Korn, der sich um die Fernphotographie verdient gemacht hat, hat auf seine Lehrtätigkeit verzichtet, weil man ihm nichts dafür zahlte. Außerdem hatte man ihm einen anderen Professor vor die Nase gesetzt, der die Prüfungen abzuhalten hatte. Infolgedessen verschwanden seine Hörer und gingen zu dem anderen. Von wegen der Examina. Denn da werden die Vertreter der Lehr- und Lernfreiheit ungenügend, wenn einer bei ihnen nicht belegt hat. Und der deutsche Student belegt demnach nur bei den Prüfungsprofessoren. So ist denn die akademische Wissenschaft immer aufs Beste antisch präpariert. Wer mit wissenschaftlichen Idealen auf die deutschen Universitäten geht — als Hörer oder Lehrer — der ist verraten und verkauft.

— Wie lange ein Telegramm um die Erde braucht, wurde durch ein Experiment der Kopenhagener Zeitung „Politiken“ festgestellt. Das Blatt gab, ohne daß die Telegraphenbehörden benachrichtigt waren, daß es sich um einen Versuch handelte, an sich selbst zwei Telegramme auf, das eine östlich über Shanghai—New York—London und das andere in umgekehrter Richtung. Das letztere kam zuerst an und zwar nach 3 Stunden 23 Minuten und ist in dieser Zeit achtmal umtelegraphiert worden. Das erste Telegramm brauchte nicht ganz vier Stunden um die Erde.

Hände in Pforzheim verraten. Es handelt sich dort um keine Augenblicke; aber die zahlreichen kleinen Unternehmer, welche die dortige hochentwickelte Industrie aufweist, zeichnen sich durch besondere Rücksichtlosigkeit den Arbeitern gegenüber aus. Wie mir Arbeiter mitgeteilt haben, liegen die Postenungen bereits am Mittag fertig im Bureau, aber es wird den Arbeitern nicht gestattet, sie schon im Laufe des Nachmittags zur Post zu tragen. Die Fabrikanten haben verboten, die Sendungen früher zu frankieren und mit Begleitadressen heranzugeben, als kurz vor 8 Uhr. Die Absicht der Unternehmer ist dabei lediglich, die Arbeiter in rassistischer Weise jeden Tag 1 bis 1 1/2 Stunden länger zu beschäftigen. Wie ich mich selbst überzeugen habe, stehen in den Pforzheimer Postämtern kurz vor 8 Uhr Hunderte von Arbeitern mit einer großen Masse von Paketen, die dann manchmal bis 10 Uhr auf die Abfertigung warten müssen, während die Türen der Post um 8 Uhr geschlossen werden. Das ist ein Unfug, dem die Postverwaltung schon längst hätte ein Ende machen müssen, indem sie einfach um 8 Uhr nicht nur die Türen, sondern auch die Schalter schließen läßt. Der Oberpostdirektor in Karlsruhe hat seiner Deputation erklärt, er würde gern den Schalterbetrieb um 8 Uhr in Pforzheim einführen, wenn er die Gewißheit hätte, von Berlin aus nicht rassistischer zu werden. Die Pforzheimer Handelskammer hat sich selbstverständlich gegen den früheren Schalterbetrieb ausgesprochen. In ihr sitzen ja die Fabrikanten, denen dann die Ausbeutung der Arbeiter in der geschätzten Weise unmöglich gemacht würde. Ich erwarte eine bündige Erklärung vom Herrn Staatssekretär, damit auf Grund dieser Erklärung die Karlsruher Oberpostdirektion für einen früheren Schalterbetrieb in Pforzheim sorgt. Nach den Versicherungen des Herrn Staatssekretärs soll ein unbedingtes Versprechen dazu vorliegen, eine neue Kategorie akademisch gebildeter Postbeamten zu schaffen. In dieser Behauptung liegt eigentlich eine Zurücksetzung, eine Vorebenbüdung der bisherigen Beamten. Die inneren Beweggründe dieser Personalreform scheinen mir allerdings ganz wo anders zu liegen. Die Erwerbsverhältnisse werden auch für die besitzenden Kreise der Bourgeoisie immer schwieriger, und bei der Ueberfüllung des Rechtsanwalts- und Anwaltsstandes will man neue Posten für minder befähigte Söhne der Bourgeoisie schaffen, die, ohne gezwungen zu sein, ein Staatsexamen zu machen, nachdem sie ein paar Jahre lang das Corpsstudentenwesen durchgemacht haben, in diese bedauerlichen Stellen hineingeworfen werden sollen. Was dabei herauskommen soll, ist nicht abzusehen, denn es wird ja nur ein mehrjähriges akademisches Studium und nachher die üblichen Prüfungen für die Post verlangt, während von einer Abschlußprüfung der akademischen Bildung nicht die Rede zu sein scheint. Ich will nun mit einem Wort noch auf die Befoldungsverhältnisse eingehen. Wir haben nicht nötig, das Votrennen mitzumachen, das jetzt in der Gehaltsfrage allenthalben stattfindet. Schon lange, ehe Sie die Wichtigkeit der Beamtenstimmen bei den Wahlen erkannten, hat unsere Partei die Interessen der Beamten, unbeeinträchtigt davon, wie die Beamten stimmen, wahrgenommen. Hierbei sind wir viel eher aufgestanden als Sie. Was jetzt von Ihnen geschieht, ist nur Wiederholung dessen, was wir

seit zehn Jahren getan haben. (Zuruf rechts: Wie überall!) Ja, überall haben wir es getan. Wenn Sie, Herr Kollege Wagner, die alten Reichstagsakten von 1867 an studieren wollten und unsere Anregungen mit Ihren Anträgen und denen des Zentrums vergleichen, so werden Sie die verblüffende Ähnlichkeit all dieser neueren Anträge mit unseren alten Anträgen sehen. (Sehr richtig! bei den Sozialdemokraten.) Nur mit dem einen Unterschied, daß Sie die Anträge stets noch stark verwässert haben. Überall sind wir vorangegangen, in der Frage der Landbriefträger, in der Frage der Unterbeamten, in der Frage der mittleren Beamten, die ja das Befoldungsgefehl mit besonders schmerzlicher Sehnsucht erwarteten. Auf die Frage, wann dies Gesetz kommt, ist eine bestimmte Antwort ja nicht gegeben. Der Herr Unterstaatssekretär Anzele sagte nur, die Sache liege bei Preußen und es hänge mehr oder minder von Preußen ab, wann das Gesetz an den Reichstag kommen werde. Man hat schon gesagt und mit Recht, warum denn auf Preußen so besonders Rücksicht genommen wird. Auch der badische Landtag ist jetzt dabei, Beamtenbefoldungen zu regeln. Warum soll man also gerade auf Preußen warten. Das scheint uns auf einer

Verfälschungstaktik zu beruhen. Und scheint die Befoldungsregelung dringend notwendig, namentlich im Hinblick auf die eingetretene Teuerung. Wenn man sagt, es fehlt an Mitteln, denn die Finanzreform kann doch nicht zusammenkommen, oder wenn man sagt, man will die notwendigen Summen durch eine Anleihe beschaffen, so will ich doch daran erinnern, daß die Herren, welche sowohl die Schuld als der Verzehr als auch den Vorteil davon haben durch die Hölle, nun auch in ihre Tasche greifen und direkte Steuern bewilligen sollten. (Zustimmung bei den Sozialdemokraten.) Aber kommen muß die Befoldungsvorlage, und auch wir verlangen, daß man die berechtigten Wünsche der Beamten erfüllt und die Vorlage möglichst rasch bringt. Wir erwarten dabei eine allgemeine Ausbesserung der Gehälter, welche den unteren Beamten genau so zu gute kommt, wie den mittleren. Ich will nun die Bemerkung des Staatssekretärs über den Verkehr der Beamten zu den Abgeordneten streifen. Es sind Fälle erwähnt worden, wo Beamte wegen einer Kritik des Staatssekretärs bestraft wurden. Etwas hochmütig sagte er, beleidigen könnte diese Beamten ihn nicht, aber sie dürften ihn nicht herabsehen und deshalb müßten sie bestraft werden. Einen etwas sonderbaren Standpunkt nahm er ein, indem er verlangte, die Beamten sollten nicht früher mit den Abgeordneten verkehren, als bis ihr Fall durch die Postverwaltung entschieden sei, und begründete fügte er hinzu, man sollte bei der Verteilung solcher Beschwerden doch auch etwas Sachkenntnis haben. Nun, es gab eine Zeit, wo ein General an die Spitze der Postverwaltung gestellt wurde (Sehr gut! bei den Sozialdemokraten), der aus seinem militärischen Leben, aus seinem Privatleben und auch aus

feinen Skatabenden mit gewissen hohen Herren keine Sachkenntnis für das Amt mitbrachte. (Heiterkeit.) Soviel Sachverständigkeit als der Postgeneral hatte, als er an die Spitze der Postverwaltung trat, werden wohl auch die Abgeordneten noch haben, wenn Beamte mit Beschwerden an sie herantreten. (Zustimmung bei den Sozialdemokraten.) Die übrigens die Postverwaltung über Beschwerden der Beamten denkt, zeigt eine Verfügung der Oberpostdirektion Chemnitz. Es heißt dort, daß seit einiger Zeit die Wahrnehmung gemacht sei, daß Klagen und Beschwerden von Beamten untereinander und gegen Vorgesetzte ungewöhnlich oft vorkommen. Dann wird der Ton der Beschwerden gerügt und weiter wird gesagt, hieraus ist leider zu schließen, daß unter dem Personal ein Geist des Widerstrebens und der Untertätigkeit Platz gegriffen hat. Dem Rechte der Beschwerdeverpflichtung, das niemand beschränkt werden soll, entspricht die Pflicht, dieses Recht nicht zu mißbrauchen. (Hört! hört! bei den Sozialdemokraten.) Was die Oberpostdirektion unter Hinweis auf des Beschwerderechts versteht, sagt sie an einer anderen Stelle: es ist selbstverständlich, daß das Interesse der Disziplin im Auge zu halten ist. Jeder Verstoß gegen die Dienstpflicht wird mit allem Nachdruck geahndet werden. Gegen Beamte, welche eine förmliche Beschwerde zeigen, wird in Zukunft unmaßstäblich eingeschritten werden. (Hört! hört! bei den Sozialdemokraten.) Eine solche Verfügung hat doch nur den Zweck, die Beschwerden zu unterdrücken. Ein Beamter, der eine solche Verfügung erhält, wird es sich sehr überlegen, ob er sich irgendwie beschweren soll. (Sehr wahr! bei den Sozialdemokraten.) Sie können aus diesem Fall ersehen, was das Verlangen des Staatssekretärs auf sich hat, die Beamten sollten sich nicht an die Abgeordneten wenden, sondern Vertrauen zu ihm haben. Wir werden selbstverständlich nach wie vor

keinen Beamten zurückweisen, der zu uns kommt und uns seine Beschwerden vorträgt. (Zustimmung bei den Sozialdemokraten.) Ich wende mich nun zu der Frage der Unterbeamten. Es handelt sich hier um das System der gehobenen Stellen, gegen das wir uns schon mehrfach ausgesprochen haben. Lediglich eine Art Günstlingswirtschaft wird damit geschaffen und Unzufriedenheit unter den Beamten erregt. Man hat den Eindruck, daß die Postverwaltung nach dem Grundsatz: Teile und herrsche! die Absicht hat, einen Teil der Beamten abzusondern, um sich auf ihn auf alle Fälle zu Anzuebereien und ähnlichen Dingen verlassen zu können, und dann durch die gehobenen Stellen zu belohnen. Eine förmliche Korruption und Günstlingswirtschaft ist dadurch eingetiffen, die leicht von der Postverwaltung beabsichtigt war. Jetzt soll das etwas gebessert werden durch Einführung einer Prüfung. Doch wird das recht wenig nützen, denn die Prüfung ist so leicht — von den Unterbeamten bei ihrer ganz geringen Entlohnung kann man eben auch nicht eine schwere Prüfung verlangen — die Prüfung ist also so leicht und allgemein, daß sie eben alle Unterbeamten bestehen werden, und da bleibt es dann wieder von der Günst und Beförderung der einzelnen Vorgesetzten abhängig, wer in eine der verfügbaren gehobenen Stellen kommen soll. Man soll mit derartigen obsoleten Wohlthäten einhalten und vielmehr an eine allgemeine Hebung der Unterbeamten denken und sie alle gleichmäßig gutstellen und befähigen. (Zustimmung bei den Sozialdemokraten.) Eine Aufbesserung der Arbeitsbedingungen überhaupt ist dringend notwendig. Freilich bestritt der Staatssekretär dem Abgeordneten Singer gegenüber, daß die Arbeitsverhältnisse schlecht seien. Er konnte aber nicht bestritten, daß mehr als 22 Proz. aller Beamten mehr als zehn Stunden Dienst tun. Er konnte nicht bestritten, daß besonders der Dienst bei der Briefbestellung einen ganz außerordentlichen Umfang annimmt. Es fehlt hier eben an Aushilfe. Was hilft es denn den Leuten, daß sie alle 3—4 Wochen einen freien Sonntag haben, wenn sie dafür an den anderen Sonntagen übermäßig angestrengt werden. Dann vergichten Sie lieber auf den freien Sonntag. Dem kann man durch Schaffung der nötigen Aushilfe abhelfen, indem man den Beamten nicht zumutet, die Arbeit für fehlende und erkrankte Kollegen mitzutun. Aushilfspersonal, das man anstellen könnte, gibt es genug. (Sehr wahr! bei den Sozialdemokraten.) Ferner hat der Staatssekretär bestritten, daß viel gestraft wird, und hat nachzuweisen gesucht, daß die Strafen in den letzten Jahren zurückgegangen sind. Aber die Höhe der Strafen hat er nicht mitgeteilt. Solange er es zuläßt, daß jemand, der einmal im Verbandsorgan ein freies Wort geschrieben hat, mit dem

Entziehung eines Monatsgehältes bestraft wird (Hört! hört! bei den Sozialdemokraten.), solange können wir nicht glauben, daß er ein Gegner von Strafen ist, zumal er hier sagte: Ich strafe nicht gern, aber wenn ich strafe, strafe ich streng. Das zeigt, daß seine Ausführungen über das Nachlassen der Strafen nur leere Redensarten sind. Ein Zeichen für die mangelnde soziale Fürsorge der Post sind vor allem die ungemein niedrigen Löhne.

In der Verfügung betreffend die Verhältnisse der Telegraphenarbeiter ist ausdrücklich hervorgehoben worden, daß die Löhne bemessen werden sollen nach dem im Bezirk geltenden Arbeitslöhnen, weiter solle Rücksicht genommen werden auf die von der Eisenbahnverwaltung gezahlten Löhne und obendrein sollten die Löhne nicht im Mißverhältnis stehen zu den Tagelöhnern der Vorarbeiter. Der Herr Staatssekretär sollte mehr dafür sorgen, daß die Betriebe der Post

Musteranklagen werden. Er hat wiederholt betont, daß er den Beamten und Arbeitern der Post das Koalitionsrecht nicht zugestehen wolle. Wie halten dies für ungerührt, jedenfalls hat er dann aber die doppelte Pflicht, die Beamten und Arbeiter so gut wie möglich zu stellen. Ich habe hier ein paar Gerichtsverfahren über Prozesse gegen Postboten, die infolge schlechter Bezahlung sich zu Unterschlagungen hatten verleiten lassen. In einer Verhandlung hat der Richter ausdrücklich ausgesprochen, daß eine solche schlechte Bezahlung

indirekt ein Anreiz zu solchen Vergehen sei. (Zuruf rechts: Wo ist da die Logik!) Da soll keine Logik drein stehen, wenn ein schlecht bezahlter Beamter sich an den Wertgegenständen vergreift, die ihm durch die Hände laufen, und wenn der Richter dann in der schlichten Bezahlung einen mildernden Umstand für sein Vergehen erblickt! Sie (nach rechts) können sich natürlich niemals in die Lage eines solchen Beamten versetzen, der von der bittersten Not auf dem Weg des Verbrechens getrieben wird. (Sehr wahr! bei den Sozialdemokraten.) Bei Löhnen von 240 M. macht sich die Postverwaltung selbst zum

Risikobildigen solcher Verbrechen. (Sehr richtig! bei den Sozialdemokraten.) Angesichts solcher Löhne und der langen Dienstzeit kann man sich nicht wundern, wenn die Gesundheitsverhältnisse der Postbeamten besonders schlecht sind. Aus der eigenen Statistik der Postverwaltung geht hervor, daß von 178 003 Unterbeamten 74 011 erkrankt sind. Ein solcher Prozentsatz von Erkrankungen kommt wohl in keiner anderen Verwaltung und in keinem Privatbetriebe vor. — Der freisinnige Herr Eichhoff hielt es für notwendig, besonders zu betonen, daß er ein Streikrecht der Postbeamten nicht anerkennen könne. Er hätte es nicht notwendig gesehen, sich deswegen durch allerhand Kunststücke vor ein paar anderen Rednern das Wort zu verschaffen, wir wissen auch so, wie er dazu steht. Wir müssen mit allem Nachdruck verlangen, daß man den Staatsbeamten und Angestellten ihr Koalitionsrecht nicht verkennt. Die Justizhaussoziologie, in der den Eisenbahnern und Postbeamten dies Recht genommen werden sollte, ist vorerst nicht Gesetz geworden und wird es hoffentlich auch nicht. Die Arbeiterauschüsse, gegen die wir gewiß nichts einzuwenden haben, haben nur dann Wert, wenn ihre Grundlage, das Recht der freien Vereinigung, den Beamten und Arbeitern gewährt wird. Bessere Verhältnisse werden erst eintreten, wenn in dieser Beziehung Wandel geschaffen wird und wenn wir nicht mehr solche Äußerungen von Kurzsichtigkeit und Parteigebälligkeit hören, wie die des Herrn Staatssekretärs in den letzten Tagen. (Bravo! bei den Sozialdemokraten.)

Vizepräsident Baasche: Sie können nicht dem Herrn Staatssekretär Parteigebälligkeit und Kurzsichtigkeit vorwerfen. (Lachen bei den Sozialdemokraten.) Ich rufe Sie zur Ordnung.

Staatssekretär Kraetzel: Der Herr Vorredner hat versucht, die Beschuldigung, die seitens des Herrn Singer gegen die Postbeamten wegen Nichtachtung des Briefgeheimnisses ausgesprochen waren, zu rechtfertigen. Seine Ausführungen können aber nichts daran ändern, daß ich diese Beschuldigung nach wie vor als leichtfertige Verdächtigung bezeichnen muß. Herr Eichhorn hat sich wieder nur ganz allgemein ausgedrückt und hat auf frühere Fälle verwiesen. Am 19. Januar 1904 hatte Herr Baasche in längerer Rede ausgeführt, daß Postbeamten zur Verletzung des Briefgeheimnisses verleitet worden seien. Der Staatssekretär des Auswärtigen Amtes v. Richthofen antwortete darauf, ihm sei nicht das Geringste von solchen Fällen bekannt, er gebe anheim, die Sache beim Postetat wieder zur Sprache zu bringen. Mitte Februar wurde dann der Postetat beraten. Ich führte am 22. Februar unser Hinweis auf die Bemerkung des Reichherrn v. Richthofen gegenüber der Beschuldigung des Abg. Baasche vom 19. Januar aus, ich hätte bis jetzt gewartet, daß von den Herren nun derartige Fälle von Verletzung zur Verletzung des Briefgeheimnisses vorgebracht worden würden. Das sei nicht geschehen. (Hört! hört! rechts.) Ich konstatierte weiter, daß

nach den angeführten Ermittlungen sich kein Anlaß zu einer derartigen Beschuldigung ergeben hätte. Am 27. Februar kam Herr Baasche auf die Sache zurück. Man hätte erwarten sollen, daß er mir die schwere Beschuldigung gerechtfertigt und die Beamten genannt hätte, die bei russischen Studenten das Briefgeheimnis verletzt hätten. Herr Baasche führte aus: „Ich habe in meiner Rede nicht die Postverwaltung angegriffen und nicht verlangt, daß die Postverwaltung die Beamten, welche den Ladungen der Spindel unterliegen sind, zur Rücksicht zieht, sondern ich habe gefordert, daß den Spindel, die die Postbeamten zur Verletzung des Briefgeheimnisses zu verleiten suchen, das Handwerk gelegt werde. Der Herr Staatssekretär hat selbst zugegeben, daß in der Befehlsgüterstraße in Charlottenburg die Postboten mehrfach sogar unter Jauchzestellung von Befehlungen nach Adressen gefragt worden sind, worauf sie die Auskunft verweigert haben.“ Man hätte doch erwarten sollen, daß die Herren für ihre Verdächtigungen der Postbeamten nun die Beweise vorbrachten und die betreffenden Beamten nannten. (Zuruf bei den Sozialdemokraten: Wir wollen nicht die Beamten beschuldigen, wir wenden uns gegen das Spindelwesen! Lachen rechts.) Herr Singer hat von Verletzung des Briefgeheimnisses gesprochen. Damit hat er die Postbeamten beleidigt und ich muß verlangen, daß er die Namen nennt. (Sehr gut! rechts.) Es ist doch lächerlich, wenn Sie sagen, es sei festgestellt, daß Briefträger gefragt worden sind. Dann bin ich auch ein Spindel, denn es kommt doch sehr leicht vor, daß man einen Briefträger auf der Straße fragt, wo jemand wohnt. — Wenn der Herr Vorredner uns Unguldtsamkeit gegen Anderdenkende vorgeworfen hat, so ist das ganz unbedeutend. Wenn er meint, seine Partei wäre duldtsamer, so erinnere ich Sie an das Wort eines Ihrer Führer: Wer nicht pariert, fliegt hinaus! (Lachen bei den Sozialdemokraten, Sehr gut! rechts.) Was die vom Herrn Vorredner angeführte angebliche Verletzung eines Richters in einem Prozeß gegen einen Postboten wegen Unterschlagung anlangt, so ist sie mir nicht bekannt. Ich müßte das als ein recht leichtes Urteil bezeichnen, das nicht genügend die Tatsache berücksichtigt. Die jungen Leute bei der Post sind doch meist unverteuert oder haben keine große Familie. Sollte das doch einmal der Fall sein, so greift die Postverwaltung stets mit Unterstützung ein. Ich halte es für ganz unbedeutend, daß hier von der Tribüne erklärt wird, schlechte Bezahlung berechtige zu Unterschlagungen. (Widerspruch bei den Sozialdemokraten.) Ich bin stolz darauf, daß die große Mehrzahl der Postbeamten sich zu solchen Taten nicht verleiten läßt. (Bravo! rechts.)

Abg. Freiherr v. Camp (Rp.): Herr Singer hat behauptet, daß die sozialdemokratische Korrespondenz systematisch kontrolliert wurde. Abg. Singer: Ja wohl! Herr Eichhorn sprach heute nur von Ausnahmefällen. Daß Briefe verspätet ankommen, beweist keine Ueberwachung; wir machen täglich diese Erfahrung. Ich habe drei Jahre hindereinander Briefe an einen Obermutter ähnlichen Namens fälschlich bekommen, habe sie aufgemacht, wieder eingepackt und an den richtigen Empfänger geschickt. Auch Briefe, die schlecht gummiert waren und mit Briefmarkenrändern verschlossen waren, bekommen wir häufig. Also die Beschuldigungen des Herrn Singer waren zum mindesten recht leichtfertig. Die Herren hätten die Verpflichtung, das Material dem Herrn Staatssekretär zur Untersuchung zur Verfügung zu stellen. Das ist keine Denunziation, das ist Ihre verfluchte Pflicht und Schuldigkeit. (Sehr gut! rechts.) Den Fall Schellenberg hätte die Sozialdemokratie am wenigsten Ursache gehabt vorzubringen; sie ist selbst am wenigsten tolerant gegen ihre Angestellten und das vom Herrn Staatssekretär zitierte Wort stammt von Herrn Rebel. Die Angehörigen einer Partei, die die Grundlagen des Staates negiert, kann die Staatsverwaltung nicht dulden. (Bravo! rechts. Zurufe bei den Sozialdemokraten: Dann möge er uns alle hinauswerfen!) Ja das geht leider nicht. (Große Heiterkeit.) Warum gehen die Herren nicht in die Kolonien; ich bin durchaus dafür, daß ihnen irgendein Landstrich zur Verfügung gestellt wird. (Singer: Warum stellen Sie uns nicht einmal endlich Ihr verdroschenes Gut zur Verfügung! Große Heiterkeit.) Wenn Sie mir Garantie geben, daß sie es rational betreiben, sollen Sie es haben! (Erneute Heiterkeit.) — Redner spricht sich des weiteren für vermehrte Beschäftigung von Frauen im Postdienst aus. Die Heruntersetzung des Ortsportos für Postkassen hat ja das gewünschte Ergebnis nicht gehabt; aber in einigen Jahren wird die Zweipennig-Postkarte ganz vergessen sein; einer Wiederheraushebung des Postos können wir nicht zustimmen. Der Gedanke der Telephonreform scheint mir sehr gesund. Daß in Berlin zweimal täglich Briefe bestellt werden, erscheint mir auch; der Staatssekretär möge doch erwägen, ob das notwendig ist. Ebenso ist es wohl nicht nötig, die Briefe mit Stempeln über die Zeit ihrer Bestellung zu versehen; auch dadurch könnte Arbeit erspart werden. Bezüglich der billigen Ausnahmepostkarten, die mein Kollege Bing angelegt hat, hat der Staatssekretär ihn mißverstanden. Herr Bing, der an der Spitze eines Vereins von 8000 Mitgliedern steht, meinte, die Postverwaltung könnte mit solchen Vereinen Abkommen über ein Postverkehrsquantum treffen. Der Anregung des Abg. Lattmann betr. Einführung eines Einheits-Postes bitte ich keine Folge zu geben; denn dies würde in erster Reihe den Warenhäusern zugute kommen.

Den Standpunkt des Staatssekretärs gegenüber den Beamtenorganisationen teilen wir; die privaten Interessen der Beamten müssen den allgemeinen Interessen nachstehen. Wir haben volles Vertrauen zum Staatssekretär, daß er den Beamten mit Wohlwollen entgegentritt. (Bravo! rechts.)

Vizepräsident Baasche teilt mit, daß über die Resolution v. Camp u. Gen. (Rp.), welche die Einstellung von Ostmarkenzulagen in den Etat verlangt, namentliche Abstimmung vom Grafen Hoppeh (Z) beantragt ist; die namentliche Abstimmung wird morgen stattfinden.

Abg. Gung (Z), auf der Tribüne unverständlich, scheint zunächst in längeren Ausführungen für die Einführung eines Postverkehrsverfälschung einzutreten.

Abg. Dr. Böhme (wirtsch. Vg.): Der Sozialdemokrat Stadtjäger hat einmal gesagt, die Sozialdemokraten müßten noch ruppiger werden. Sie scheinen das beherzigt zu haben und Stadtjäger kann dem Abg. Eichhorn, dem Vertreter des südwestdeutschen Revisionismus, dankbar die Hand schütteln. (Heiterkeit.) Die Wünsche der Telegraphenarbeiter auf Einrechnung ihrer Dienstzeit, wenn sie Beamte werden, sind sehr berechtigt; auch auf die vielfach ungenügende Bezahlung namentlich der Vorarbeiter möchte ich hinweisen.

Abg. v. Oerzen (Rp.) befürwortet eine Petition von Militär-anwärtern um Anrechnung der Militärdienstzeit auf das Befoldungsdienstalter.

Abg. Duffner (Z) tritt für die Verbilligung des Postos bei Blindenschriften ein. In seinen weiteren Ausführungen bleibt der Redner auf der Tribüne unverständlich.

Abg. Lehmann-Wiesbaden (Soj.): Im Mittelpunkt der Debatten über die Abhängigkeit der Arbeiter hat ein Fall gestanden, der großes Aufsehen erregt hat und Sie werden es von dem Vertreter des Ortes, in welchem der Fall vorzukommen ist, begreiflich finden, daß er darauf zurückkommt. Ich will versuchen, die widersprechenden Erklärungen des Staatssekretärs auf eine kurze Formel zu bringen. Der Staatssekretär sagte, die Postverwaltung kümmere sich nicht darum, wie die Beamten wählen, aber weil er zufällig Kenntnis davon bekommen habe, wie Dr. Schellenberg gewählt habe, habe ihm gekündigt werden müssen, weil es sonst zu Irrungen bei den Unterbeamten gekommen wäre. Aber auch bei einem Beamten steht dem Staatssekretär nicht das Recht zu, ihn wegen seines Wählens zu entlassen. Sie (nach rechts) fügen, der Beamte hat dem König den Treueid geleistet, und hat ihm deshalb Gehorsam zu leisten. Der Treueid verlangt lediglich, daß der Beamte die Gesetze und die Verfassung beachtet, die Verfassung aber gibt ihm das

Recht, zu wählen wie er will

und daher verfährt derjenige

gegen die Verfassung,

der ihn hieran hindert. (Lebhaftige Zustimmung bei den Sozialdemokraten.) Hat etwa der deutsche Kaiser den Befehl erlassen, daß kein Beamter sozialdemokratisch wählen dürfe? Ein solcher Befehl würde ein

Uebergriff

sein, der im Widerspruch mit der Reichsverfassung steht. Würde also selbst ein solcher Befehl erlassen sein, so müßte man gegen ihn verfahren. (Sehr richtig! bei den Sozialdemokraten.) Diesen Standpunkt haben früher auch bürgerliche Parteien eingenommen. Als der Staatsminister v. Bodbielski erklärte, er dulde keinen sozialdemokratischen Beamten, hat der Führer des Zentrums Dr. Lieber mit Nachdruck den Standpunkt vertreten, daß sozialdemokratische Agitation seitens der Beamten nicht zu dulden sei, daß dagegen die sozialdemokratische Gesinnung der Beamten den Staatssekretär nichts angehe. Würde man übrigens selbst bei einem politischen Beamten diesen Standpunkt der Verwallung als berechtigt zugeben — wir tun das nicht, sondern bekämpfen ihn auch da — so träfe das doch keineswegs bei der Post zu; das Reichspostamt ist kein politisches Amt, sondern hier wird ein großes Wirtschaftsgelände verwaltet. Mit demselben Recht, mit welchem die Reichspostverwaltung es sich herausnimmt, ihren Beamten bestimmte Wahlen vorzuschreiben, könnten auch die Grubenbarone von ihren Arbeitern verlangen, diejenigen Kandidaten zu unterstützen, die ihnen genehm sind. Unter solchen Umständen müßten wir es uns zweimal überlegen, bevor wir einer solchen Staatsregierung größere Reichsmittel in die Hände geben, da hier die Staatsgewalt mißbraucht wird,

um die Beamten zu Heloten zu machen.

(Sehr richtig! bei den Sozialdemokraten.) Was der Staatssekretär verlangt, ist unwürdig eines deutschen Mannes. (Lebhaftige Zustimmung bei den Sozialdemokraten.) Es ist darauf hingewiesen worden, daß der Staatssekretär sich als echter Bureaukrat gezeigt hat. Einen Beweis dafür hat Dr. Böhm erbracht, der ja sonst der Regierung nicht feindlich gesinnt ist, der ja dem Blok angehört. Dr. Böhm erwähnte unter den Bestimmungen für die Arbeiterauschüsse die Bestimmung, daß sie aufgelöst werden können und neu zu bilden sind, wenn ungeeignete Personen hineingewählt sind. Solche Arbeiterauschüsse sind natürlich nur Dekoration. Auf die schweren Angriffe, einen Staatsbürger gemahngelt zu haben, weil er von seinem politischen Wahlrecht Gebrauch gemacht hat, hat der Staatssekretär keinen irgend wie durchschlagenden Grund angeführt. Auch die bürgerlichen Parteien sollten sich deshalb nicht damit zufrieden geben. Denn durch das Verhalten des Staatssekretärs werden die Beamten viel mehr beleidigt, als durch irgendwelche Vorwürfe, die wie ihnen etwa machen könnten. Würden wir glauben, eine Majorität dafür zu finden, so würden wir beantragen, das Gehalt des Staatssekretärs abzulehnen. (Weiterkeit im Blok.) Wenn Sie von den bürgerlichen Parteien Wut hätten, so müßten Sie einen solchen Antrag zustimmen. Ein solcher Staatssekretär dürfte keine 24 Stunden im Amt bleiben! (Lebhaftes Bravo! bei den Sozialdemokraten.) Damit schließt die Diskussion.

Abg. Eichhorn (Soz.) (persönliche Bemerkung): Der Herr Staatssekretär hat wieder gesagt, wir hätten die Postbeamten mit unseren Bemerkungen über die Verletzung des Briefgeheimnisses beleidigt. Ich habe aber wirklich gesagt: Es ist uns nicht eingefallen, insbesondere auch meinem Freunde Singer nicht, die Postbeamten etwa beleidigen zu wollen. Wogegen wir uns wenden, sind die Machinationen der Polizeispindel, die Postbeamten zur Verletzung ihrer Dienstpflichten zu bewegen. — Ebenso unrichtig ist die Behauptung des Herrn Staatssekretärs, ich hätte indirekt die schlecht bezahlten Beamten aufgefordert, sich durch Unterschlagungen schadlos zu halten. Davon kann natürlich keine Rede sein. Ich habe lediglich angeführt, daß ein Richter in einer Urteilsbegründung den Lohn von 240 M. pro Tag für einen Postboten als Abmilderungsgrund für Unterschlagungen dieses Beamten angeführt hat.

Die Abstimmung über die Resolutionen, auch die namentliche Abstimmung, wird bis zur dritten Lesung verschoben.

Präsident Graf Stolberg: Nach der letzten Rede müssen wir ja wohl über das Gehalt des Herrn Staatssekretärs besonders abstimmen. (Weiterkeit rechts.)

Das Gehalt wird bewilligt! gegen die Stimmen der Sozialdemokraten und der Abgeordneten Schröder und Dohrn von der freisinnigen Vereinigung. Eine Reihe weiterer Titel werden debattiert und erledigt.

Beim Kapitel Besoldungen kommt Abg. Erzberger (Z.) auf die Audienz der Postdirektoren beim Staatssekretär zurück. Bevor die Direktoren zur Audienz zugelassen wurden, hätte man sie bereits 4 Monate ohne Besoldung gelassen. Da kann ihnen wohl niemand verdenken, daß sie sich mit ihren Wünschen an die Abgeordneten wandten. Den Ausführungen meines Freundes Homacher über die Verhältnisse der Postdirektoren hat der Herr Staatssekretär leider wenig Aufmerksamkeit gewidmet. Wir müssen aber solche Wünsche hier vorbringen, da es nach dem, was neuerdings verlautet, noch gar nicht sicher ist, daß die Beamtenvorlagen in dieser Session kommen. (Hört! hört!) Man sagt, sie kommen erst, wenn der neue Staatssekretär ernannt ist. Wer weiß aber, ob der schon geboren ist. (Weiterkeit.) Keiner wendet sich des weiteren eingehend gegen die Absicht, das akademische Studium zur Vorbedingung für den Eintritt in die höhere Postkarriere zu machen.

Staatssekretär Kraetzle: Ich habe in der Budgetkommission die Postdirektoren als tüchtige Leute gelobt. Die Audienz hat also auf meine Schätzung dieser Herren nicht eingewirkt. Das Vorgehen der Herren, daß sie sich trotz der Audienz an die Herren Abgeordneten wenden habe, halte ich nach wie vor für nicht richtig. — Daß die neue Karriere erschwerend wirken wird auf die Auswahl der Kandidaten zum höheren Postdienst ist zuzugeben. Aber die immer wachsenden Anforderungen, die der höhere Dienst stellt, machen eine breitere wissenschaftliche Grundlage erforderlich.

Abg. Abhorn (Soz., der fr. Bg.) tritt für einen erweiterten Erholungsurlaub der Postbeamten ein.

Staatssekretär Kraetzle betont, daß die Urlaubsverhältnisse ständig verbessert werden.

Abg. Oröder (Z.) erkennt an, daß für den höheren Postdienst eine akademische Vorbildung immer mehr notwendig werde, macht aber darauf aufmerksam, daß die selbstverständliche Konsequenz der erhöhten Anforderungen auch eine höhere Besoldung der Beamten sein werde. Das Kapitel wird bewilligt. Hierauf verlegt das Haus die Weiterberatung auf Dienstag 1 Uhr. Schluß 6 1/2 Uhr.

Abgeordnetenhaus.

82. Sitzung vom Montag, 17. Februar, 11 Uhr.

Am-Rinisterliche: Dr. Holle. Auf der Tagesordnung steht zunächst die Beratung des Antrages der Nationalliberalen, die Staatsregierung um eine eingehende Auskunft zu ersuchen: 1. über die Ergebnisse der letzten vom Handelsminister angestellten Untersuchungen über die Vorbildung der Fortbildungsschüler, 2. über die Stellung des Unterrichtsministers zu diesen Ergebnissen, 3. über die Maßnahmen zur Behebung der in diesen Ergebnissen etwa zutage tretenden Mängel des Volksschulunterrichts. Der Antrag ist von den beiden freisinnigen Parteien unterstützt.

Zur Begründung des Antrages nimmt das Wort

Abg. Schiffer (nall.): Wir haben einen ähnlichen Antrag bereits früher gestellt, es kamen aber bei der Abstimmung damals Mißverständnisse vor, die die Ablehnung des Antrages zur Folge hatten. Ich beantrage, unseren Antrag an die Unterrichtskommission zu verweisen. Das Fortbildungsunterrichtswesen müßte der Unterrichtsverwaltung unterstellt werden, denn es hängt mit dem Volksschulunterricht eng zusammen. Besonders wird über die mangelnde Schulbildung der von der Volksschule abgehenden jungen Leute, namentlich im Kaufmannstande, geklagt, und wir müssen daraus schließen, daß Mängel im Volksschulwesen vorhanden sind, so daß sich wohl eine Nachprüfung der Grundlagen der Volksschule empfiehlt. Namentlich müßte genügendes Material für den geographischen Unterricht vorhanden sein mit Rücksicht auf die steigende Wichtigkeit des Welt Handels für uns. Es handelt sich bei der Volksschule um ein der wichtigsten Gebiete, und es muß daher für ihre möglichst gute Wirksamkeit gesorgt werden. (Beifall.)

Minister Dr. Holle: Die Ergebnisse der vom Handelsminister angeordneten Prüfung liegen noch nicht vor. Meinungsverschiedenheiten zwischen dem Handelsminister und dem Kultusminister bestehen nicht. Bei der Aufnahme des Handelsministers handelte es sich nur um eine Stichprobe. Es muß berücksichtigt werden, daß die Schüler der Volksschule diese mit sehr verschiedenen Bildungsgrade verlassen, viele Schüler gehen von der Mittelstufe der Schule ab. Es kommt hinzu, daß die Ergebnisse der Schulbildung verhältnißmäßig sehr niedrig nach der Größe des Schulsystems. Dadurch wird es außerordentlich schwer, einen einheitlichen Lehrplan für die Fortbildungsschule zu finden. Das Bestreben der Unterrichtsverwaltung ist natürlich darauf gerichtet, die Volksschule immer mehr zu heben. Da kommt namentlich die Herabsetzung der Frequenz und die Vermehrung der Lehrerstellen in Betracht. Der Fonds für die Förderung neuer Lehrstellen ist in diesem Jahre von 300 000 auf 400 000 M. erhöht worden, und infolge der Vermehrung der Lehrerbildungsanstalten durch meinen Antragsgegner ist zu hoffen, daß in wenigen Jahren der Lehrermangel wird beseitigt werden können. Der neue Lehrplan von 1901 hat sich außerordentlich bewährt. Die Schulaufsichtsbeamten sind angewiesen, die Lehrer darauf hinzuweisen, daß sie ihre Lehrmethode dem individuellen Auffassungsvermögen anzupassen haben. Die Volksschule wird immer darunter zu leiden haben, daß sie begabte und unbegabte Schüler aufnehmen muß und daß vielfach zu Hause das eingeübte wird, was die Schule aufbaut. Ich hoffe aber, mit Unterstützung der Lehrer zu einem befriedigenden Ziel auf dem Gebiete der Volksschule zu kommen. (Beifall.)

Abg. v. Dittfurth (L.): Wir stehen dem Antrage sympathisch gegenüber. Wir können aber nicht anerkennen, daß besondere Ursachen für Mängel über die Leistungen der Volksschule vorhanden sind. Wir sind der Meinung, daß man der Volksschule nicht immer neue Unterrichtsfächer einverleiben soll. Man sollte vor allem das, was gelehrt wird, gründlich lehren. (Beifall rechts.)

Abg. Keßlerich (R.): Die Prüfungen der Fortbildungsschulen können nicht den richtigen Gradmesser abgeben für die Leistungen der Volksschule. Angzuerkennen ist, daß die Schulbehörde bemüht ist, den Lehrermangel zu beseitigen; zu einer Beseitigung der Lehrmangel kann aber nur eine ausreichende Beforderung der Landlehrer führen. Bei einfachen Schulsystemen würde wohl eine Beschränkung des Unterrichts in Geographie, Geschichte, Naturkunde und Rechnen zugunsten des Unterrichts im Lesen, Schreiben und Rechnen zu empfehlen sein. In Seminarlehrern sollten nur wahrhaft christliche, gottesfürchtige Männer ernannt werden. (Beifall im Zentrum.)

Abg. Kesenit (R.): Meiner politischen Freunde werden die Bestrebungen des Ministers im Sinne seiner heutigen Ausführungen gern unterstützen. Das Lehrerbildungsgesetz ist außerordentlich dringend, um den Lehrermangel zu beseitigen. Die weiteren Ausführungen des Redners bleiben auf der Tribüne im Zusammenhang unverständlich.

Minister Dr. Holle: Eine Dienstanweisung an die Rektoren ist in Vorbereitung. Nach meiner Auffassung sind alle Schulfragen schließlich Lehrerfragen, und ich erkenne an, daß das, was die Volksschule leistet, ein Verdienst der Lehrer ist, die den Erwartungen der Unterrichtsverwaltung voll und ganz entsprechen haben. (Beifall.)

Abg. Eichhoff (freis. Bp.): Die Frequenz der Schulklassen muß verringert werden, insbesondere muß die Maximalzahl für eine Klasse von 70 auf 50 herabgesetzt werden. Die Aufnahmeprobe für die Seminare ist verbesserungsbedürftig; namentlich sollte man nicht Schüler höherer Lehranstalten, die das Zeugnis der Reife für die Oberstufe haben, einer besonderen Aufnahmeprüfung unterwerfen. Mehr Berücksichtigung als bisher müßte der Anschauungsunterricht finden. Wir müssen bestrebt sein, alle Söhne unseres Vaterlandes in der Schule mit denjenigen Waffen auszurüsten, die sie befähigen, den Wettbewerb auf dem Weltmarkt auszuhalten. (Lebhafter Beifall links.)

Abg. Ernst (freis. Bp.) wendet sich gegen den Bureaukrtismus in der Schulverwaltung.

Abg. Dr. Gadenberg (nall.): Die Tätigkeit der Volksschule muß darauf gerichtet sein, daß das Gros ihrer Schüler das Ziel der Volksschule erreicht, deshalb ist die Frage berechtigt, wie es mit den Resultaten der Volksschule steht, und ab an die bestehenden Bestimmungen die bessere Hand anzulegen ist. Wir wollen keine Stoffüberhäufung im Lehrplan haben. Unter dem zu vielen Auswendiglernen müssen die elementaren Fächer leiden. Dem entgegenzuwirken, ist Sache der Schulaufsicht. Unser Kolonialbesitz muß im Unterricht berücksichtigt werden. Was wir für unsere Volksschule tun, tun wir für die Zukunft unseres Volkes. (Beifall.)

Abg. Heßneroth (Soz.): Die Antragsteller können mit der Aufnahme ihres Antrages hier zufrieden sein. Dem Minister danken wir für seine Darlegungen. Ich spreche meine Bewunderung vor der treuen, fleißigen Arbeit unserer Lehrer aus. Witten möchte ich um reichliche staatliche Unterstützung der Kindergärten, damit diese die Kinder armer Leute unentgeltlich aufnehmen können. Notwendig wäre die besondere Förderung derjenigen Lehrer, die lange Zeit auf dem Lande tätig sind. (Beifall rechts.)

Abg. Wastlacker (Z.) regt reichere Staatsunterstützungen für den Besuch der Präparandenanstalten an und spricht sich für eine stärkere Betonung der Elementarfächer im Unterricht der Volksschule aus. (Beifall im Zentrum.)

Damit schließt die Debatte. Der Antrag geht an die Unterrichts-Kommission.

Es folgt die Beratung des Antrages der Abg. Bachmann (nall.) und Genossen, die Staatsregierung zu ersuchen, Staatsmittel bereit zu stellen, um besonders befähigten Volksschülern in größerem Umfange als bisher die weitere Ausbildung zu ermöglichen.

Zur Begründung des Antrages erhält das Wort

Abg. Schiffer (nall.): In der Verfassung ist die Gleichberechtigung aller Staatsbürger ausgesprochen. Da aber schon im gewöhnlichen Leben die besseren Stellen denen vorbehalten sind, die gewisse Prüfungen abgelegt haben, so ist dies in noch höherem Maße im Staatsdienst der Fall, und das führt dazu, daß in dieser Beziehung die Gleichberechtigung aller Staatsangehörigen nicht besteht. Es würde zur Verhöhnung der Gegensätze im Volk beitragen, wenn allen Kreisen die Möglichkeit gegeben würde, daß ihre Kinder die Prüfungen zu den besseren Stellen bestehen können, wenn sie die Fähigkeit dazu besitzen. Im Reichsrecht ist wiederholt darüber geklagt worden, daß die Vertreter der Diplomatie sich nur aus einem engen Kreis ergänzen, und es wurde betont, daß eine Zuführung frischen Blutes da dringend wünschenswert ist. Wenn oder etwas für die Förderung begabter Schüler geschieht, so ist es notwendig, daß etwas Ganzes geschieht. Die Befürchtung, daß dadurch das akademisch gebildete Proletariat verarmt wird, teile ich nicht. Ich bitte die Regierung, sich unserem Antrage sympathisch gegenüberzustellen. Wird dem Antrage Folge geleistet, so wird das dazu beitragen, das feste Gefüge unseres Staates noch fester zu gestalten. (Beifall.)

Abg. Henning-Kalau (Soz.): Den Ausführungen des Vorredners stehen wir sympathisch gegenüber. Wir dürfen aber nicht vergessen, daß das Bildungsbestreben die besten Kräfte vom Lande

in die großen Städte treibt. Es wird auch sehr schwer sein, die richtige Auswahl unter den Schülern zu treffen.

Minister Dr. Holle: Der Grundgedanke des Antrages hat etwas außerordentlich Sympathisches an sich. Wenn aber verlangt wird, daß auf diesem Gebiet mehr als bisher an Staatsunterstützungen gewährt werden soll, so ist darauf hinzuweisen, daß bei allen Reformen Fonds vorhanden sind, um besonders befähigte junge Leute zu fördern. An den höheren Lehranstalten bestehen zahlreiche Preisstellen und Stipendien für befähigte und bedürftige Schüler. An den Hochschulen werden armeren Studenten die Honorare weitgehend gestundet und es wird ihnen auch durch Stipendien geholfen. Auch für die einzelnen Seminare stehen Unterstützungen für die Höfliche zur Verfügung. Bei der Berücksichtigung für staatliche Unterstützungen können nach meiner Meinung nur solche in Betracht kommen, die besonders befähigt sind. (Sehr richtig! rechts.) Eine besondere Schwierigkeit besteht für die Auswahl derjenigen, die wert sind, in dieser Weise ausgezeichnet zu werden. Erwünscht ist aber, daß in den Fällen, in denen jemand als wert der Auszeichnung einer staatlichen Förderung anerkannt wird, auch die erforderlichen Mittel zur Verfügung stehen. (Beifall.)

Abg. Kesenit (R.) spricht sich kurz für den Antrag aus.

Abg. Cassel (freis. Bp.): Meine Freunde stehen dem Antrage sehr sympathisch gegenüber. In Deutschland sind stets die Söhne unentwickelter Klassen durch Stipendien gefördert worden, es haben sich vielfach Leute aus den ärmsten Klassen zu hoher Bedeutung für ihr Vaterland entwickelt. Die Mittel, die dem Kultusminister zur Verfügung stehen, sind nicht bedeutend, und es muß auf dem Gebiete in erheblich weitem Umfange staatlich gewirkt werden als bisher. (Beifall links.)

Nach weiterer unerheblicher Debatte wird der Antrag der Unterrichts-Kommission überwiesen.

Kommune kommen mehrere Anträge auf Erhöhung der Oskmarlengulagen zur Verhandlung.

Abg. Lufensky (nall.) begründet einen Antrag der Nationalliberalen und Freikonserverativen auf Erhöhung der Oskmarlengulagen in Verbindung mit der bevorstehenden anderweitigen Gehaltsregulierung.

Abg. Dr. Krüger (L.) befürwortet einen fast gleichlautenden Antrag seiner Partei.

Abg. Ernst (fr. Bg.) beantragt, die Oskmarlengulagen schon im vorliegenden Etat auf 300 M. nach 5 Dienstjahren und auf 400 M. nach 15 Dienstjahren zu erhöhen.

Minister Dr. Holle erklärt, daß in der bevorstehenden Lehrerbefordervorlage die Oskmarlengulagen eine Erhöhung erfahren würden.

Die von den Abg. Lufensky und Ernst begründeten Anträge werden hierauf zurückgezogen. Der konservative Antrag wird der Kommission überwiesen, die später die Lehrerbefordervorlage vorzubereiten haben wird. Hierauf verlegt sich das Haus auf Dienstag 11 Uhr. (Fortsetzung der Beratung des Kultus-Etat.) Schluß 4 1/2 Uhr.

Soziales.

Zur Auslegung der Konfessionsverordnung.

Der Kaufmann A. zu Berlin war angeklagt worden, Arbeiterinnen entgegen den Vorschriften der Gewerbeordnung und der kaiserlichen Verordnungen vom 31. Mai 1897 und 17. Februar 1904 zur verbotenen Zeit beschäftigt zu haben, z. B. an Sonntagen und an den Vorabenden der Festtage nach 5 1/2 Uhr nachmittags. Nach der kaiserlichen Verordnung vom 31. Mai 1897 sind die §§ 125 ff der Gewerbeordnung mit gewissen Abänderungen auf Werkstätten Anwendung, in welchen die Anfertigung oder Bearbeitung von Männer- und Knabenkleidern, Frauen- und Kinderkleidung sowie von weißer und bunter Wäsche im großen erfolgt. A. behauptete, von einer Werkstätte könne vorliegend nicht die Rede sein, er handle lediglich mit Kleidungsstücken usw., namlich Zehntel der Kleidungsstücke laufe er ein Zehntel von dem zum Verkauf gelangenden Kleidungsstücken losse, er durch Heimarbeiter anfertigen. Die Abänderungen werden in dem Anproberaum meistens von seinen Verkäuferinnen vorgenommen. Die Strafkammer beurteilte A. zu einer Geldstrafe, da sich die Einrichtung des Anproberaumes im Sinne der oben erwähnten Vorschriften darstelle. Die dort vorgenommene Bearbeitung war die Vorbereitung der Abgabemöglichkeit. Wegen seiner Beurteilung legte A. Revision beim Kammergericht ein. Der Oberstaatsanwalt trat der Vorentscheidung bei und hob hervor, es handele sich vorliegend um eine Werkstätte für einen Großbetrieb, welche eine gewisse Selbständigkeit neben dem Handelsbetriebe hatte. Das Kammergericht schloß sich der Auffassung des Oberstaatsanwalts an und wies die Revision als unbegründet zurück. Es handele sich vorliegend um die selbständige Arbeit eines Großbetriebes, wo die Kleidungsstücke erst verlaufsfähig hergestellt werden.

Zum Bürgerrecht.

Jeder selbständige Berufs erwerb durch Bürgerrecht, wenn er seit einem Jahre Einwohner einer Stadt ist, die ihn betreffenden Gemeindeabgaben gezahlt hat usw. und ein stehendes Gewerbe selbständig als Haupterwerbquelle betreibt; auch muß eine Veranlagung zu einem Steuerfusse von mindestens 4 M. erfolgt sein. Nach dem Stadtverordn. D. zu Stamm nur mit einem fixierten Steuerfusse von 2 M. M. 40 Pf. veranlagt worden war, erklärte die Mehrzahl der Stadtverordnetenversammlung sein Mandat für erloschen. Nach fruchtlosem Einpruch erhob D. Klage beim Bezirksauschuss. Dieser erkannte auf Abweisung der Klage, weil D. kein selbständiges Gewerbe betreibt und nicht mindestens 4 M. veranlagt sei. D. legte Berufung beim Oberverwaltungsgericht ein. Hier wurde amtliche Auskunft eingeholt, ob D. ein stehendes Gewerbe angemeldet habe. Die Antwort lautete verneinend. D. behauptete, er habe in verschiedenen Gemeinden Glaserarbeiten ausgeführt. Das Oberverwaltungsgericht bestätigte dieser Tage das Urteil des Bezirksauschusses als zutreffend. Die Städteordnung vom 30. Mai 1868 ist, wie es in der Begründung, teilweise durch das Einkommenssteuergesetz vom 24. Juni 1891 abgeändert worden. Hiernach hängt u. a. der Erwerb des Bürgerrechts davon ab, daß ein Mann zu Staatsinkommenssteuer vor einem fixierten Normalsteuerfusse von mindestens 4 M. veranlagt worden ist oder ein Einkommen von 660 M. hat. Es ist nicht die Zahlung der Steuer erforderlich, sondern die geschlossene Veranlagung zu derselben ausreichend. Das Bürgerrecht besteht in dem Rechte zur Teilnahme an den Wahlen und zur Übernahme befohlener Ämter in der Gemeinde. Das Bürgerrecht wird nicht durch Heiratsakt erworben, sondern steht jedem Einwohner zu, welcher die gesetzlichen Bedingungen erfüllt.

Gewerbegerichtswahl in Meissen.

Bei der Gewerbegerichtswahl in der Amtshauptmannschaft Meissen siegte das Gewerkschafts-Komitee mit 2055 Stimmen gegen 68 Stimmen des Risikomasch.

Apothekerstreik in Essen.

Zwischen dem allgemeinen Knappschaftsverband und den Apothekern des Stadtkreises Essen sowie von Worbach, Langenborbeck, Dellwig, Huttrop, Oberhausen und Olfersfeld war für die Zeit vom 1. Januar d. J. ab ein Vertrag abgeschlossen, in dem bestimmte Preise für Medikamente festgelegt waren. Die Apotheker lehnten eine Erfüllung des Vertrages und Lieferung der Waren ab. Es ist nun eine gerichtliche Verfügung an die Apotheker ergangen, den seit dem 1. Januar 1908 gültigen Vertrag mit dem Knappschaftsverband innezuhalten und Medikamente zu den in diesem festgelegten Preisen zu verabreichen, widrigenfalls sie in jedem einzelnen Falle zu einer Ordnungstrafe von 50 M. verurteilt würden.

Sozialdemokratischer Wahlverein des 6. Berliner Reichstags-Wahlkreises.

Mittwoch, den 19. Februar, abends 8 Uhr:
Mitglieder-Versammlung der 6. Abteilung
in Hübners Festsälen, Chausseestraße 120.

Tages-Ordnung:
1. Aufstellung der Kandidaten zur Verbands-Generalversammlung.
2. Vortrag. 3. Diskussion.
Um zahlreiches Erscheinen ersucht
Der Vorstand.

Deutscher Metallarbeiter-Verband.

Arbeitsnachweis: Verwaltungsstelle Berlin. Hauptbüro:
Hof I. Amt 3, 1239. Charitéstraße 3. Hof III. Amt 3, 1987

Mittwoch, den 19. Februar 1908, abends 8 1/2 Uhr:
Branchen-Versammlung
der Elektromonteurs und Helfer für
Berlin und Umgegend
in Meyers Festsälen, Sebastianstraße 39.

Tages-Ordnung:
1. Vortrag des Kollegen Cohen: „Die Berliner Metallarbeiter im Jahre 1907.“ 2. Diskussion. 3. Verbandsangelegenheiten.
Zahlreicher Besuch wird erwartet.

Mittwoch, den 19. Februar 1908, abends 8 1/2 Uhr:
Versammlung
der Drahtarbeiter Berlins u. Umgegend
im Gewerkschaftshaus, Engel-Ufer 15, Saal 1.

Tages-Ordnung:
1. Vortrag: „Ein Stück preussischer Geschichte.“ Referent: Genosse Hellmann. 2. Diskussion. 3. Verschleudern.
Die Kollegen werden ersucht, recht zahlreich und pünktlich zu erscheinen.

Mittwoch, den 19. Februar 1908, abends 8 1/2 Uhr:
Bezirks-Versammlung
für Westen und Schöneberg
im Klubhaus, Schöneberg, Hauptstraße 5/6.

Tages-Ordnung:
1. Die zukünftige Zusammenkunft unserer Generalversammlung. Referent: Kollege Otto Handke. 2. Diskussion.
Ohne Mitgliedsbuch kein Zutritt.
Der wichtigen Tagesordnung wegen wird zahlreicher Besuch erwartet.

Donnerstag, den 20. Februar 1908, abends 8 Uhr:
Versammlung
aller in den Schleifereien beschäftigten Arbeiter
und Arbeiterinnen
im Saale der Urania, Wrangelstr. 11, am Mariannenplatz.

Tages-Ordnung:
1. Welche gesundheitlichen Schäden entstehen für die Arbeiter durch Ausübung des Schleiferberufs? — Welche Forderungen stellen wir an die Befehlshaber? Referent: Reichstagsabgeordneter Genosse Karl Sederling. 2. Diskussion.

Donnerstag, den 20. Februar 1908, abends 8 1/2 Uhr:
Allg. Metallarbeiter-Versammlung
in Bökers Festsälen, Weberstraße 17.

Tages-Ordnung:
Fortsetzung der Diskussion über das Thema: Was lehren und die letzten Vorgänge im Allgemeinen Metallarbeiter-Verbande?
Kollegen! Die Versammlung, die am 16. dieses Monats bei Keller, Rebenickerstraße, sich mit obigem Thema beschäftigte, wurde verlagert, und gibt die neue Versammlung als Fortsetzung.
Bis jetzt haben vier Mitglieder des Allgemeinen Verbandes gesprochen und uns dabei so interessante Mitteilungen gemacht, daß es zur Klärung der ganzen Angelegenheit beiträgt, wenn auch noch die übrigen als Redner eingeschriebenen Mitglieder des Allgemeinen Verbandes zum Wort kommen.
Wir ersuchen alle interessierten Kollegen, pünktlich zu erscheinen.
Die Ortsverwaltung.

Adntung! Portefeuller Adntung! u. Ledergalanterie-Arbeiter und -Arbeiterinnen.

Mittwoch, den 19. Februar 1908, abends 8 1/2 Uhr:
Versammlung
aller in der Portefeuller- und Ledergalanterie-Branche
beschäftigten Arbeiter und Arbeiterinnen
bei Graumann, Raunynstraße 27.

Tages-Ordnung:
1. Was haben wir von der nächsten Lohnbewegung zu erwarten? Referent: Fräulein Auguste Kadelt. 2. Verbandsangelegenheiten und Verschleudern.
Bei der Wichtigkeit der Tagesordnung ist es Pflicht aller Kollegen und Kolleginnen bestimmt und pünktlich zu erscheinen.
109/3 Die Ortsverwaltung.

Palast-Theater

Burgstraße 21.
Heute 8 Uhr. Entree 20 Pf.
Paravoulesku - Zelnesku,
rum. Ensemble.
The Oracs,
Barren-Hit.
Lona,
elastico lady.
Lehrjungenstreich.
Falschungs-Burleske.

Gummivarren jeder Art

billigste Bezugsquelle
Drogerie Weinbergsweg 1
direkt am Rosenthaler Tor.

Orts-Krankenkasse Weißensee.

Bei der diesjährigen Kassen-
verwaltung ist die Stelle eines
Bureaubeamten
zu besetzen. Bewerber, welche mit
allen Bureauarbeiten einer Kassen-
verwaltung vertraut sind, wollen
Bezeugnisse und Lebenslauf bis zum
28. Februar hier einreichen. (270/13)
Weißensee-Berlin, 14. Februar 1908.
Der Vorstand
der Orts-Krankenkasse für den
Gemeindebezirk Weißensees.

Dr. Simmel

Spezial-Arzt
für Haut- und Harnleiden.
Prinzenstr. 41, nicht am
10-2, 5-7. Sonntags 10-12, 2-4.

Deutscher Holzarbeiter-Verband.

Zahlstelle Berlin.
Donnerstag, den 20. Februar, abends 8 1/2 Uhr:
Zentrums-Vertrauensmänner-Versammlung
bei Freyer, Köpenickerstr. 29 (früher Keller).

Tages-Ordnung:
1. Unsere wirtschaftliche Lage. 2. Diskussion. 3. Streit und Differenzen.
4. Verschleudern.
Mitgliedsbuch und Vertrauensmännerkarte legitimiert.
79/15 Die Ortsverwaltung.

Deutscher Holzarbeiter-Verband.

Zahlstelle Rixdorf.
Donnerstag, den 20. Februar, abends 8 Uhr, bei Thiel,
Bergstraße 151-152:

Mitglieder-Versammlung.
Tages-Ordnung:
1. Vortrag. 2. Beratung der Anträge zum Gauslag. 3. Verbandsangelegenheiten.
79/14 Die Ortsverwaltung.

H. & P. Uder, Berlin SO. 16.

Engel-Ufer 5.
Tabak-Großhandlung und Tabakfabrik.
Rauchtabake × Kautabake × Schnupftabake × Zigarren.
Zigaretten
sämtlicher bekannten Marken zu Originalpreisen wie
Garbaty, Josetti, Salem, echt istr. Regie-Zigaretten
usw., alle **Manoli-Marken,**
Islam, 2 Pf.-Verkauf, Abbas, 3 Pf.-Verkauf,
Gibson Girl, 5 Pf.-Verkauf etc.
zu den billigsten Originalpreisen.
Vorteilhafteste Bezugsquelle für Wiederverkäufer.
Amt IV, 3014.



Elektrisch-Licht-u. Naturheilanstalt
Behandlung aller Männer,
Frauen, Kinder, Kränklichen.
Nicht, Kräuter, Dampfbäder 1,50.
9-8 abends, Sonntags 12-3.
Posner und Frau, Naturheil-
kundige, Weddingstr. 5, Berlin. 1325

Hiermit die traurige Nachricht,
daß unser lieber Kollege, der
Tischler
Albert Kressin
am Sonntag, den 16. d. Mts.,
gestorben ist. 152b
Wir werden ihm stets in Ehren
gedenken!
Die Kollegen der Tischlerei
Ch. Bormann.

Kranken- und Sterbekasse der Tabakarbeiter Berlins.

(U. S. 88.)
Mittwoch, 26. Februar, abends 8 1/2 Uhr,
bei Robert Kern, Schmitz 11:
General-Versammlung.

Tages-Ordnung:
1. Rechnungslegung. 2. Neuwahl
des gesamten Vorstandes, des Aus-
schusses und der Kassenkontrolliere.
3. Kassenangelegenheiten.
187/2 Der Vorstand: C. Butry.

Sozialdemokratischer Wahlverein
für den
4. Berliner Reichstags-Wahlkreis.
(Rebender Viertel.)
Bezirk 208, Teil II.
Den Mitgliedern zur Nachricht,
daß unser Genosse, der Metall-
arbeiter
Arnold Walz
(Schleifstr. 29)
gestorben ist.
Ehre seinem Andenken!
Die Beerdigung findet am
Mittwoch, den 19. Februar, nach-
mittags 3 1/2 Uhr, von der Leichen-
halle des Emmaus-Kirchhofes in
Brix aus statt. 216/15
Um zahlreiche Beteiligung
erlaubt
Der Vorstand.

Sozialdemokratischer Wahlverein
für den
2. Berliner Reichstagswahlkreis
Bezirk 30.
Am Sonntag, den 16. Februar,
verstarb nach langen, schweren
Leiden unser treues Mitglied, der
Schneider
Franz Döring
Zimmerstr. 46.
Ehre seinem Andenken!
Die Beerdigung findet am
Mittwoch, den 19. Februar, nach-
mittags 3 Uhr, von der Leichen-
halle des Central-Friedhofes in
Friedrichsfelde aus statt.
Um zahlreiche Beteiligung ersucht
210/3
Der Vorstand.

Deutscher Metallarbeiter-Verband

Verwaltungsstelle Berlin.
Todes-Anzeige.
Den Kollegen zur Nachricht,
daß unser Mitglied, der Bohrer
W. Buddrus
am 15. d. M., vormittags 8 1/2 Uhr,
gestorben ist.
Ehre seinem Andenken!
Die Beerdigung findet am
Dienstag, den 18. Februar, nach-
mittags 4 Uhr, von der Leichen-
halle des alten Lützen-Kirchhofes
in der Bergmannstraße aus statt.
Rege Beteiligung wird erwartet

Todes-Anzeige.

Den Kollegen zur Nachricht, daß
unser Mitglied, der Metallarbeiter
Arnold Walz
am 15. d. M., abends 8 1/2 Uhr,
gestorben ist.
Ehre seinem Andenken!
Die Beerdigung findet am
Mittwoch, den 19. Februar, nach-
mittags 3 1/2 Uhr, von der Leichen-
halle des Emmaus-Kirchhofes in
Rixdorf aus statt.
Rege Beteiligung wird erwartet.

Nachruf.

Den Kollegen zur Nachricht, daß
unser Mitglied, der Arbeiter
Willi Cobien
und der Mechaniker
Ernst Porsch
gestorben sind.
Ehre ihrem Andenken!
112/4 Die Ortsverwaltung.

Am Sonnabend, den 15. Februar,
verstarb nach kurzem, schmerzen
Leiden mein lieber Mann, unser
außer Vater, Schwiegervater und
Großvater
139b
August Relling
im 65. Lebensjahre.
Im Namen der Hinterbliebenen
Marie Relling verm. Oberstiller,
Raunynstr. 59.
Die Beerdigung findet morgen
Mittwoch, den 19. Februar, nach-
mittags 3 Uhr, von der Leichen-
halle des Thomas-Kirchhofes, Hermann-
straße, aus statt.

Verhand der Buch- und Steindruckerei-Hilfsarbeiter u. Arbeiterinnen Deutschlands.

Ortsverwaltung Berlin.
Zahlstelle II. (Hilfsarbeiter.)
Todes-Anzeige.
Am 15. Februar starb nach
viertägiger Krankheit unser
Mitglied und Kollege
August Röhling
5 Tage vor dem vollendeten
65. Lebensjahre. 27/3
Ein ehrendes Andenken bewahrt
dem Verstorbenen
Die Zahlstelle II Berlin.
Die Beerdigung findet am
Mittwoch, den 19. Februar, nach-
mittags 3 Uhr, von der Leichen-
halle des alten Thomas-Kirch-
hofes aus statt.
Um rege Beteiligung wird ge-
beten.

Todes-Anzeige.

Allen Verwandten und Bekann-
ten die traurige Nachricht, daß
am 15. Februar, morgens 9 Uhr,
meine ungeliebte Frau, unsere
unvergessliche Mutter
Karoline Heinrich
geb. Klänge
nach kurzem, schwerem Leiden
sanft einschlafen ist.
Dies zeigt tiefbetrübt und um
süße Teilnahme bittend an
Karl Heinrich
nicht Kindern und Enkel.
Berlin, Kommandantenstr. 41.
Die Beerdigung findet am
Donnerstag, den 20. Februar,
nachmittags 1/2 Uhr, von der
Halle des neuen Jakob-Kirch-
hofes in Rixdorf aus statt. 151b

Todes-Anzeige.

Allen Freunden und Ver-
wandten die traurige Mitteilung,
daß mein lieber Mann, der Gast-
wirt
Fritz Beckmann
am 15. Februar verstorben ist.
Die Beerdigung findet am Mitt-
woch, den 19. Februar, nachmit-
tags 4 Uhr, von der Leichen-
halle des Luther-Kirchhofes in
Kantow aus statt.
Die trauernden Hinterbliebenen.
1355 **Ida Beckmann.**

Verhand der freien Gast- und Schankwirte Deutschlands.

Zahlstelle Berlin.
Den Mitgliedern zur Kenntnis,
daß der Kollege
Fritz Beckmann
Hottelstr. 10
verstorben ist.
Die Beerdigung findet am
Mittwoch, den 19. d. M., nach-
mittags 4 Uhr, von der Leichen-
halle des Luther-Kirchhofes in
Kantow aus statt.
Um rege Beteiligung ersucht
74/9 Die Ortsverwaltung.

Männergesang-Verein „Brennabor“.

Den Mitgliedern hiermit die
traurige Nachricht, daß unser
lieber Sangesbruder und Meiner
Vorsitzender, unser Ehrenmitglied
Paul Lieder
am 15. Februar plötzlich und un-
erwartet gestorben ist.
Die Beerdigung findet Dienstag,
den 18. Februar, nachmittags
2 1/2 Uhr, vom Trauerhause Dieffen-
bacherstraße 54 nach dem neuen
Thomas-Kirchhof, Hermann-
straße, aus statt.
Die Mitglieder versammeln sich
vor dem Trauerhause mit dem
Banner um die angegebene Zeit.
124b
Der Vorstand.

Sozialdemokratischer Wahlverein für den 2. Berliner Reichstagswahlkreis

Bezirk 61.
Am Sonnabend, den 15. Februar,
verstarb unser Mitglied, der Gast-
wirt
210/7
Fritz Beckmann
Hottelstraße 10.
Ehre seinem Andenken!
Die Beerdigung findet am
Mittwoch, den 19. Februar, nach-
mittags 4 Uhr, von der Leichen-
halle des Luther-Kirchhofes in
Kantow aus statt.
Um rege Beteiligung ersucht
74/9 Die Ortsverwaltung.

Verhand der freien Gast- und Schankwirte Deutschlands.

Zahlstelle Berlin.
Den Mitgliedern zur Kenntnis,
daß der Kollege
Fritz Beckmann
Hottelstr. 10
verstorben ist.
Die Beerdigung findet am
Mittwoch, den 19. d. M., nach-
mittags 4 Uhr, von der Leichen-
halle des Luther-Kirchhofes in
Kantow aus statt.
Um rege Beteiligung ersucht
74/9 Die Ortsverwaltung.

Männergesang-Verein „Brennabor“.

Den Mitgliedern hiermit die
traurige Nachricht, daß unser
lieber Sangesbruder und Meiner
Vorsitzender, unser Ehrenmitglied
Paul Lieder
am 15. Februar plötzlich und un-
erwartet gestorben ist.
Die Beerdigung findet Dienstag,
den 18. Februar, nachmittags
2 1/2 Uhr, vom Trauerhause Dieffen-
bacherstraße 54 nach dem neuen
Thomas-Kirchhof, Hermann-
straße, aus statt.
Die Mitglieder versammeln sich
vor dem Trauerhause mit dem
Banner um die angegebene Zeit.
124b
Der Vorstand.

Sozialdemokratischer Wahlverein für den 2. Berliner Reichstagswahlkreis

Bezirk 30.
Am Sonntag, den 16. Februar,
verstarb nach langen, schweren
Leiden unser treues Mitglied, der
Schneider
Franz Döring
Zimmerstr. 46.
Ehre seinem Andenken!
Die Beerdigung findet am
Mittwoch, den 19. Februar, nach-
mittags 3 Uhr, von der Leichen-
halle des Central-Friedhofes in
Friedrichsfelde aus statt.
Um zahlreiche Beteiligung ersucht
210/3
Der Vorstand.

Sozialdemokratischer Wahlverein für den 4. Berliner Reichstags-Wahlkreis.

(Rebender Viertel.)
Bezirk 208, Teil II.
Den Mitgliedern zur Nachricht,
daß unser Genosse, der Metall-
arbeiter
Arnold Walz
(Schleifstr. 29)
gestorben ist.
Ehre seinem Andenken!
Die Beerdigung findet am
Mittwoch, den 19. Februar, nach-
mittags 3 1/2 Uhr, von der Leichen-
halle des Emmaus-Kirchhofes in
Brix aus statt. 216/15
Um zahlreiche Beteiligung
erlaubt
Der Vorstand.

Engelhardt-Malzbier

das beliebteste,
überall käuflich.
Preis 10 Pf. pro Flasche.
Brauerei Ernst Engelhardt Nachf., Pankow.
Größte Malzbier-Brauerei Deutschlands.

Gegen das Reichs-Vereinsgesetz.

Achtung! Heute Dienstag, den 18., 8 Uhr abends, finden in Groß-Berlin die 33 Volksversammlungen statt, welche sich mit dem Reichs-Vereinsgesetz beschäftigen.

Verband sozialdemokratischer Wahlvereine Berlin und Umgegend. Berliner Gewerkschaftskommission.

Partei-Angelegenheiten.

Protest-Versammlungen! Die Leiter der heutigen Versammlungen werden ersucht, sofort nach Beendigung derselben einen Voten in die Redaktion zu senden.

Redaktion des „Vorwärts“.

Zur Lokalliste. Am Sonnabend, den 22. Februar d. J., feiert der Verein „Große Stunden“ sein Stiftungsfest in den Räumen der Hohenzollern-Festhalle.

Die Lokalkommission.

3. Wahlkreis. Sonntag, den 23. Februar, abends 8 Uhr, in der „Lebensquelle“ (früher Arminhallen), Kommandantenstr. 20, Versammlung mit Frauen.

Johannisthal. Heute Dienstag findet bei Trautmann, Friedrichstr. 61, eine große Wählerversammlung statt.

Karlshorst. Die Parteigenossen treffen sich heute abend 7/8 Uhr bei Bartel, Fürstendamm, zum gemeinsamen Besuch der Versammlung in Ober-Schönweide.

Grünau. Heute Dienstag abend 9 Uhr findet in der „Grünen Ede“ die regelmäßige Mitgliederversammlung des Wahlvereins statt.

Reih-Budow. Am heutigen Dienstag, abends 7/8 Uhr, findet bei Weniger, Werder Straße 28, die Wahlvereinsversammlung statt.

Wegen des aktuellen Themas wird das Erscheinen aller Genossen zu dieser Versammlung erwartet.

Tegele. Die am heutigen Dienstag fällige Mitgliederversammlung des Wahlvereins fällt aus; dafür findet in „Trapps Festhalle“, Bahnhofsstr. 1, eine Volksversammlung statt.

Auf den Plakaten und im Inserat am Sonntag ist irrtümlich das Lokal von Götz, Schlöfstr. 7/8, als Versammlungsort angegeben.

Wilhelmsruh. Heute Dienstag kein Diskutierabend.

Berliner Nachrichten.

Arbeiter-Bildungsschule, Berlin.

Die Rednerschule muß heute (Dienstag) ausfallen wegen der Volksversammlungen. Die nächste findet statt: Dienstag, den 25. d. M.

Er ist „Volkszuehrer“!

Es gibt Pädagogen, die mehr als nur Lehrer der schulpflichtigen Jugend sein wollen. Sie fühlen sich in den Beruf, das „Volk“ zu „erziehen“ und es hinaufzuführen zu den Höhen edler Bildung.

Kun ist es gewiß richtig, daß die Lehrerschaft auch auf diesem Gebiet sich nützlich machen kann und soll, wenn sie das Zeug dazu hat.

Nun ist es gewiß richtig, daß die Lehrerschaft auch auf diesem Gebiet sich nützlich machen kann und soll, wenn sie das Zeug dazu hat. Wir finden aber, daß die Methode solcher „Volkszuehrer“ zu meist sich darin erschöpft, die Arbeiterklasse zu beschimpfen.

Auf Herrn Wolfs „Volkszuehrer“-Methode“ werden wir aufmerksam gemacht von einem Parteigenossen G., an dem sie probiert worden ist. Am vorigen Sonntagvormittag ging G. in ein Lokal in der Kopenhagener Straße.

Uns ist gesagt worden, daß diesem Herrn Wolf der Alkohol manchmal besser schmecke, als ihm dienlich sei. Nun steht zweifellos auch einem Lehrer das Recht zu, ein bißchen den Durst zu trinken; wir wollen ihm nicht bestreiten. Aber wenn Herr Wolf von diesem Recht Gebrauch machen will, dann sollte er wenigstens den „Volkszuehrer“ zu Hause lassen.

Eine tolle Sache! Anscheinend unter Mißbrauch des Namens eines in Schreiberhau wohnenden Dichters hat eine Zeitschrift, die Wochenchrift „Morgen“, an sämtliche Ehrenbürger und Stadthalter, an die Magistratsmitglieder und die Stadtverordneten von Berlin ein Schreiben gerichtet.

Die katholische St. Sebastiansgemeinde

in der Aderstraße hat wiederum zahlreiche Personen mit Veranlassungen zur Kirchensteuer beklagt, die nie in ihrem Leben katholisch waren, noch mit dieser Kirchengemeinschaft im entferntesten zu tun hatten.

Die Zentralkommission der Krankenkassen Berlin und der Vororte

veranlaßt auch in diesem Jahre wiederum hygienische Vorträge, welche, wie nachstehend ausgeführt, stattfinden. Diese Vorträge sind für jedermann unentgeltlich.

Am Donnerstag, 20. Februar d. J., sprechen über das Thema: „Ueber Unfallverletzungen“ Herr Dr. Nagenstein in der Gemeindeschule Bismarckstraße 61/62.

Am Freitag, den 21. Februar d. J., sprechen über das Thema: „Die Gefahren des Alkoholgenusses“ Herr Dr. Kattowski in der Gemeindeschule Eisenaustr. 7.

Am Mittwoch, den 19. Februar d. J., spricht Herr Dr. R. Brann in der Gemeindeschule Rehringstr. 10 zu Charlottenburg über das Thema: „Krampfadernleiden und Veinergüsse“.

In Lichtenberg spricht am Donnerstag, den 20. Februar d. J., in der Gemeindeschule Kronprinzentr. 10 Herr Dr. E. Adler über das Thema: „Geschlechtskrankheiten“.

In Rixdorf spricht am Freitag, den 21. Februar d. J., Herr Dr. E. Bäumer in der Gemeindeschule Kaiser-Friedrichstr. 4 am Hermannplatz über das Thema: „Hygiene des Geschlechtslebens“.

In Schöneberg spricht am Dienstag, den 18. Februar d. J., Herr Privatdozent Dr. G. Levinsohn in der Gemeindeschule Feuerstraße 61/62 über das Thema: „Aus dem Gebiet der Augenkrankheiten“.

In Tempelhof im Wilhelmstagen, Berlinerstr. 9, spricht am Freitag, den 21. Februar d. J., Herr Dr. E. Jakobsohn über das Thema: „Auge und Arbeit“.

In Weiskensee spricht am Freitag, den 21. Februar d. J., Herr Dr. E. Jakobsohn in der Gemeindeschule Langhansstr. 120, über das Thema: „Aus dem Gebiet der Augenheilkunde“.

Die sämtlichen Vorträge finden an den genannten Tagen pünktlich abends 8 Uhr statt.

Verhaftung einer Kupplerin. Die aus früheren Prozessen als Kupplerin bekannte Kangleiterswitwe Anna Smigielka geb. Straube ist wiederum verhaftet worden.

Die Affäre des Lehrers Wolf erhält noch einen eigenen Reiz durch den Umstand, daß dieser Herr anscheinend derselbe Lehrer Wolf ist, der unter dem Namen Eduard Wolf-Sarnier sich als Jugendschriftsteller betätigt.

Wo zwei Leute zusammenstehn, da müssen sie auseinandergeh'n. Nach diesem Grundsatz handelte am Sonntag wieder einmal die Polizei, als Genossen nach Schluß der Wahlvereinsversammlung bei Schirm in der Bahstraße nach Hause gehen wollten.

der Brunnenstraße gingen und siehe es durch, daß sie in die Pannierstraße einbiegen mußten. Im Torwege des Hauses, in dem sich die Polizeiwache befand, waren mehrere Schuppleute postiert, nur eines Winkes gewärtig, um den Staat vor der großen Gefahr zu retten, die ihm durch die Zwanzig drohte.

Die auf einen Umweg Verwiesenen nahmen die Sache von der heiteren Seite auf und lachten ob dieses neuesten Polizeistreiches. Ernst kann man dabei auch nicht bleiben.

„Aus den Geheimnissen des Weltdetektivs.“ Polizeilich wird berichtet: Ein im Tiergartenviertel wohnhafter Großindustrieller erhielt seit Anfang Februar mehrere Briefe, in denen unter Bedrohung und Verbrechen gegen ihn und seine Familie die Zahlung von 150 000 M. verlangt wurde.

Anscheinend ist es in dem Kopfe des Täters nicht ganz richtig, wenn man aus seinem Studium der Geheimnisse des Weltdetektivs Schlüsse ziehen kann.

Den Arm abgerissen. Ein schrecklicher Straßenbahnunfall hat sich am Sonnabendabend am Mühlendamms ereignet. Der 14 Jahre alte Schüler Max Richter, Bismarckstr. 3 wohnhaft, hatte versucht, einen in der Fahrt befindlichen Straßenbahnwagen der Linie 79 zu besteigen.

In der Friedberg-Sache ist zu melden, daß die Blüchtigen weder ergriffen sind, noch sind sie freiwillig zurückgekommen auf Grund der eigentümlichen Aufforderung des die Untersuchung leitenden Kriminalkommissars Müller.

In der ganzen Sache hat sich dieser Kommissar recht sonderbar benommen, das sonderbarste aber ist, daß er die Öffentlichkeit plötzlich überrascht mit der Mitteilung, daß er sein Abschiedsgesuch eingereicht habe.

Ich habe jedoch den Herrn Polizeipräsidenten von Berlin um meine Entlassung aus dem Staatsdienste unter Uebersendung eines schriftlichen Gesuches gebeten.

Die Gründe liegen in der unüberwindlichen Pflichtenkonflikte zwischen Disziplin und sachlicher Verantwortung. Seit Jahren habe ich versucht, einen Ausgleich zwischen diesen Pflichten zu finden.

Am oder schließlich in diesem nutzlosen Kampf nicht meine besten Kräfte zu vernichten, schreie ich eine Stimme jetzt in mir auf: „Löse dich endlich aus diesen unerträglichen Fesseln und mache dich frei.“

Es die Festnahme Friedbergs heute oder morgen erfolgt, muß zurücktreten, wenn es sich darum handelt, dem deutschen Volke zu dienen!

Der Inhalt dieser Erklärung ist so eigentümlich, daß man versteht, wenn es heißt, die Verden des Herrn Müller sind sehr angegriffen.

Nicht uninteressant dürfte sein, daß sich Herr Müller noch nebenbei aufs Dichten verlegt. Er hat ein Stück geschrieben: „Lokomotivführer Clausen“, das nächsten im Friedrich-Wilhelmstädtischen Theater aufgeführt werden sollte.

Die übereifrige Polizei. Hatte da am Sonnabend ein Arbeiter beschlossen, seinen Schwager, den Arbeiter J., Horkstraße wohnhaft, bei arbeitslos war, eine Freude zu machen, indem er ihn mit in den Zirkus Schumann nehmen wollte.

Es ist doch unerhört, was sich die Polizei alles herausnimmt. Die beiden Willeits waren Eigentum der beiden Arbeiter. Die Polizei mußte sofort erkennen, daß sie sich hier eines unglücklichen Mißgriffs schuldig gemacht hat und hätte mindestens die Pflicht gehabt, sich zu entschuldigen und die Willeits sofort zurückzugeben.

Bei der Vorstellung im Passage-Theater am Sonnabend schien eine kleine Panik auszubrechen, die durch den Unfall bei der Vor-

führung einer Pferdedressur entstanden war. Das Pferd, ein größerer Vomb, auf dessen Rücken ein junger Mann saß, folgte auf dem Hinterrücken gehen. Es wurde aber schon und bewegte sich mit dem Rücken dem Zuschauer zu, glitt aus und fiel samt dem Reiter ins Drehsitz. Die erschreckten Zuschauer hatten sich noch in Sicherheit bringen können. Der Reiter und das Tier erlitten auch keinen Schaden, so daß alle mit dem bloßen Schreck davonkamen. Die Vorstellung wurde dann zu Ende geführt.

Richard Wagnerfeste der Berliner Arbeiterkraft. Frimvoller, mit knisternden schweren Rößen, blühenden Uniformen, Ordenssternen und Brillanten als dekorativer Beiwerk hat die bessere Gesellschaft ihre Wagnerkonzerte und Bankette abzuhalten vermocht; würdevoller aber, als sie, haben jedenfalls unsere beiden großen Theatervereine das Gedächtnis des unsterblichen Bayreuther Meisters zu ehren gesucht. Nachdem bereits am 8. Februar die „Neue Freie Volksbühne“ im Platinensaal einen Wagnerabend veranstaltet hatte, dessen Glanzpunkt besonders in der nur des Bühnenapparates entkleideten Aufführung des ersten Aktes der „Walküre“ mit drei namhaften Gesangskräften zu erblicken war, hat nun am letzten Sonntagabend auch die „Freie Volksbühne“ ihren Mitgliedern im Mozartsaal ein herrliches Wagner-Konzert geboten. Dort, wie hier hatte das Mozarti-Orchester unter Leitung seines ausgezeichneten Dirigenten Herrn Kapellmeisters Max Mondel die Ausführung übernommen. Diesmal gab es eine Ueberraschung seltener Art. Wagners „Faust-Ouverture“ stand auf dem Programm. Sie ist während des Komponierens erstem Aufenthalt in Paris (1839-1842) entstanden und sollte dort in einem Konzert des Konservatoriums-Orchesters zur Aufführung gelangen; jedoch erklärten sich die Direktoren dagegen, weil sie die Ouvertüre für „ein langes Häßliches“ hielten. Daß sie niemals in Deutschland gespielt worden sei, ist allerdings eine sehr irrtümliche Annahme. Wagner selbst hat das Werk zweimal in Dresdener Konzerten (Juni und August 1844) gegeben. 1852 führte es Franz Liszt in Weimar auf und Wagner selbst brachte dann die inzwischen einer völligen Durcharbeitung unterzogene Ouvertüre Ende Januar 1855 als „Eine Faust-Ouvertüre“ in Zürich zur Aufführung. Seitdem hat sie allerdings geruht, um nimmermehr - etwa seit Jahresfrist - als neue Sensation auf den Konzertprogrammen zu figurieren. Und mit Recht; denn sie ist eine der tiefsten Herzensöffnungen des Meisters, ein „Stimmungsbild“ aus seiner frühesten Lebens-epoche als künstlerischer Mensch, und besonders darum interessant, weil ihr Stoff ein Leiden ist, kein Privatleiden eines gewissen Faust, sondern ein Leiden allgemein menschlichen Inhalts. Vom musikalischen Standpunkte fällt in Betracht, daß Wagner gerade in der Form hier ein wirklich Neues, ein ohne alle Stütze auf Vorgängerleistung erreichtes künstlerisches Ganzes geschaffen hat. Die instrumentale Weitergabe durch das Mozarti-Orchester zeugte von feinsten Intelligenz und war glänzend. Das gleiche Urteil läßt sich auch auf die anderen Programmstücke, namentlich auf Wotans Abschied und Feuerzauber aus der „Walküre“ anwenden. Als Solistin war Fräulein Liszt kurz gewonnen worden. Sie verfügt über eine Sopranstimme von dramatischer Prägnanz. Ihr Vortrag hat Tiefe und künstlerische Rundung. Bei Had Traum wäre eine noch innerlichere leidenschaftliche Fingebild erwünscht gewesen. Das Vokalspiel aus den herrlichen Meisterstücken bildete den Beschluß des Konzerts, dem es, wie bereits betont, an Weiße und Würde nicht fehlte.

Theater Hollies Caprice. Mit zwei neuen Einaktern ist der Theaterzettel des Theaters in der Lindenstraße bereichert worden, denn es übernahm er erlaubt, von einer Verherrlichung zu reden. „Jouvenesse dorée“ nennt sich die erste Komödie, die Paul Bliz zum Schöpfer hat. Sie spielt sich ab in einem Nebenraum gelegentlich eines Bühnenauftritts, wo zwei verheiratete Lebensmänner zwei hübschen Damen den Hof machen, aber schließlich überhand nehmen. Damit ist es aber noch nicht genug. Weil so abgefallen, gibt der süßliche Wucherer, der aus verwegener Ede den Liebeswerbungen zugehört hatte, den beiden in Geländeten Steden, nur über einen Titel Verfügenden auch seinerseits den Kauf, indem er ihre Pumpverfuche ländte abweist. Erst eine gute sichere Partie in Sicht, dann gibt's Geld, eher nicht.

Der hümmliche Lacherfolg, der am Schluß einsetzte, blieb auch dem nächsten Einakter: „Paragraf 843“ von A. Glaz ten. Hier ist es ein Staatsanwalt, der in keine heidenwertige Situation gerät. Er bringt die Geliebte, die verheiratet ist, nach Haus und wird, da der Gatte abwesend ist, genötigt, das zuzulassen. Er weiß nicht, was er tun soll; ihm schwebt der § 843, der Ehebruchparagraf, vor Augen. Gerade, als er dem Paragrafen unterliegen will, stellt er sich heraus, daß Eindrescher in der Wohnung sind, die ihn gut kennen vom Gericht her, und nun entsteht, noch dazu, als der Inhaber der Wohnung heimkehrt, die unkluge Situation, die damit endet, daß der Hauptbedrucker den Staatsanwalt abführt. Gespielt wurde ganz annehmbar. Zum Schluß reizte die Revue: „Wald was andere“ die Logenköpfe des Publikums noch in ganz besonderer Maße.

Im Kaiser-Theater geht am Mittwoch „Ein verlorener Sohn“ von Arthur Halbig zum ersten Male in Szene.

Feuerwehbericht. In der letzten Nacht um 1 Uhr wurde die Feuerwehr nach der Wemeler Straße gerufen, wo bei Ankunft Möbel in einer Küche und in einer Stube der Fußboden brannte. Bei der Löschung erlitt der Oberfeuerwehrmann Belad größere Verletzungen am Handgelenk. Er wurde nach der nächsten Unfallstation gebracht und dort verbunden. Der Besatz der Brandstelle ließ auf vorsätzliche Brandstiftung schließen, wozu die Polizei benachrichtigt wurde. Gleichzeitig hatte der 16. Zug einen größeren Ladenbrand auf dem Gesundbrunnen, Kolonienstraße 33, zu löschen. Durch kräftiges Wassergeben wurde eine weitere Ausbreitung verhindert. Ein Rohrbruch der Wasserleitung war die Ursache einer Alarmerung nach dem Wessaniener 6. Oestern früh um 7 Uhr kam in einer Sattlerei in der Blumenstraße 37a Feuer aus, Berg und anderes brannte dort. Wegen Gasausströmungen wurde die Feuerwehr nach der Brückenallee 30 und der Potsdamer Straße 10 gerufen. Ferner hatte die Wehr nach in der Allensteiner Straße 27, wo Kleider usw. in Brand geraten waren, Wiener Straße 50 und anderen Stellen zu tun.

Vorort-Nachrichten.

Zur Gemeindevahlbewegung.

Die Vorarbeiten und Agitation für die im März in diesen Vorortgemeinden stattfindenden Gemeindevahlen sind nimmermehr im vollen Gange. Mit schließlichem Interesse sucht die Klassenbewusste Arbeiterkraft abermals Sturm zu laufen gegen die Dreiklassenparlamentare der einzelnen Orte. Gewährt auch das Dreiklassenwahlrecht der Sozialdemokratie nur schwer die Möglichkeit, in eine andere als in die dritte Wählerklasse Vertreter zu entsenden, so ist die Beteiligung der Sozialdemokratie an den Wahlen an sich schon für die Vertreter von Gesellschaften von beunruhigender Wirkung. Sie, die früher über die Schritte ihrer Gemeinde bei gemächlichen Zusammenkünften entschieden zu können glaubten, werden jetzt auf den Kampfplatz gerufen und müssen den Vertretern der Arbeiterkraft Rede und Antwort stehen. Langsam aber sicher ringen unsere Genossen in den Kommunen den herrschenden Klassen ein Zugehörndnis nach dem andern ab. Von dieser Erkenntnis durchdrungen, wird der Arbeiterkraft die Ausübung ihres ohnehin schon spärlichen Wahlrechts allzu oft so schwer wie nur möglich gemacht. Ein Haupthindernis bietet die unglückliche Festlegung der Wahlzeit. Zum großen Teil wird die Wahlhandlung zu einer Zeit festgesetzt, in welcher es den erwerbsfähigen Schichten nur unter erheblichen Verlusten möglich ist, ihr Wahlrecht auszuüben. Hierin müssen unsere Genossen und Organisationen Wandel schaffen, indem sie an die Gemeindevahlbewegung den Antrag stellen, die Wahlzeit in die Feierabendsstunden zu verlegen.

Lehnt diese einen solchen Antrag ab, so ist dies ein vorzügliches Agitationsmittel im Wahlkampf.

Wie vor zwei Jahren, so richten wir auch jetzt wieder an die Genossen das dringende Ersuchen, uns die erscheinenden Flugblätter, die eigenen sowohl wie auch die gegnerischen, zuzusenden zu wollen.

Zehlendorf.

Für die bevorstehende Gemeindevahl haben die Segner bereits für die dritte Abteilung im Nordbezirk den Ingenieur Brunske, für den Südbezirk den „Hofrat“ Kunow als Kandidaten nominiert. Die Sozialdemokratie wird heute Dienstagabend in einer öffentlichen Gemeindevahlwähler-Versammlung zur Kandidatenfrage Stellung nehmen. Hat uns auch keiner der geführten Wahlkämpfe bisher auch nur ein Mandat gebracht, so ist die geleistete Arbeit doch nicht vergeblich gewesen, denn jeder Wahlkampf brachte uns bisher eine Reihe neuer Mitstreiter. Und das ist ja am letzten Ende auch der Hauptzweck unserer Kämpfe und Agitation. Schon aus dieser Erkenntnis heraus müssen wir wieder mit allen Kräften in den Gemeindevahlkampf eintreten. Ein ziemlich reichhaltiges Ständeregister „ziert“ die bisherige Gemeindevahlvertretung und wir brauchen nicht mühsam nach Tatsachen zu suchen, um den Beweis zu liefern, daß die Gemeindevahlvertretung sich fast bei allen ihren Beschlüssen von den Sonderinteressen der Besitzenden, aber fast nie von denen der Allgemeinheit, geschweige denn von den Interessen der Arbeiter leiten läßt. Man bewilligt wohl eine einmalige Summe von 5000 M. und eine jährliche von 1700 M. für 28 Söhne der reichsten Einwohner unseres Ortes, damit dieselben aus Kosten der Allgemeinheit den Audensport, der von „allerhöchster“ Stelle protegiert wird, ausüben können, man hat es bisher aber abgelehnt, angeblich wegen der hohen Kosten, eine Badegelegenheit in der Gemeindevahl zu schaffen. Es werden leichtens hundert ein- bis zweimal 500 M. für den Kriegerverein herbeigegeben, aber man hat kein Geld übrig, um den Gemeindevahlkindern ein warmes Frühstück zu verabfolgen. Die Gemeindevahlvertretung beschließt den Ankauf des Fürstendorfer-Restaurants aus Gemeindegeldern, man schießt aber ausdrücklich die Arbeiter, soweit sie Sozialdemokraten oder freie Gewerkschaftler sind, von der Benutzung des Gemeinde-eigentums aus. Und wie sieht es dann mit der Vertretung an sich aus? Von den 18 Gemeindevahlvertretern sind ganze zwei Vertreter Mieter; die übrigen hundert dagegen Haus- und Grundbesitzer. Da läßt sich ja am Rande verstehen, daß nur die Interessen der Besitzenden vertreten werden. Es ist also hoch an der Zeit, daß hier endlich der so notwendige Hocht in den saulen Korpfenteils gesetzt wird. Die Roberkraft kann nur dadurch beseitigt werden, daß Sozialdemokraten in diese Vertretung gewählt werden, damit diese durch ihre Kritik die Öffentlichkeit auf diese Schäden und reaktionären Taten der Gemeindevahlvertretung hinweisen können.

Charlottenburg.

Städtische Verpflegung Schwangerer in Charlottenburg. Als im Juni 1905 unsere Genossen im Charlottenburger Stadtparlament den Antrag stellten, unentgeltlichen Schwangeren ohne anderweitige Pflege, schon vor ihrer Entbindung Unterstützungen in barem Gelde zu gewähren, wurde seitens des Magistrats entgegen, bedürftige Schwangere könnten auch jetzt schon einige Zeit vor ihrer Entbindung im alten Krankenhaus in der Kirchstraße kostenlos aufgenommen werden, wenn sie sich zu ihren Kräften entsprechenden Hausarbeiten verpflichteten; es meldeten sich aber dazu nur sehr wenige. Auf unsere Entgegnung, daß dies zu wenig bekannt sei, erfolgten in den Lokalbüchern wiederholt Hinweise darauf. Dies wirkte, im Jahre 1906 haben sich darauf 47 Frauen und Mädchen, die ohne anderes Obdach waren, schon einige Zeit vor ihrer Entbindung im alten Krankenhaus aufnehmen lassen, davon 10 zwischen 9 und 13 Wochen, 12 zwischen 5 und 8 Wochen, 11 4 Wochen und 14 zwischen einer und 3 Wochen vor der Entbindung, wo sie kostenlos verpflegt und mit leichter Hausarbeit beschäftigt wurden. Auch nach der Entbindung wurden 32 noch der Entlassung aus der eigentlichen Krankenpflege noch einige Zeit im Wäckerheim und Mutterheim unentgeltlich mit ihren Kindern noch weiter verpflegt, davon 8 11-14 Wochen, 3 bis 8 Wochen und 21 bis 6 Wochen. Von 41 anderen hier Entbundenen wurden die Kinder in der Anstalt noch einige Zeit verpflegt, bis sie anderweitig untergebracht werden konnten und zwar noch eine bis 32 Wochen lang.

Da aber auch viele Schwangere, verheiratete und ledige, die eigene Wohnung haben, während der Schwangerschaft oft bis ganz kurz vor ihrer Entbindung gezwungen sind, sich durch gewerbliche Arbeit ihren Lebensunterhalt zu verdienen und sie dadurch ihrem Körper und dem zu erwartenden Kinde nicht die nötige Pflege angeben lassen können, wenn sie nicht von anderer Seite unterstützt werden, beantragten unsere Genossen in der Stadtverordnetenversammlung und erreichten es, daß im Etat für 1907 neben 20 000 M. für stehende Mütter auch 8000 M. zu barem Unterstützungen für unentgeltliche Schwangere bewilligt wurden, die eigene Wohnungen haben. Und auch um die Barunterstützungen fanden sich zahlreiche Gesuche ein.

Ein schwerer Automobilunfall hat sich Sonntag nachmittag in der Wallstraße zugegetragen. Der Apfelsinenhändler Karl Widura, Krummeltrohe 77 in Charlottenburg wohnhaft, hatte mit einem Rorb Apfelsinen am Arm den Fahrdamm der Wallstraße überfahren wollen. Er wurde von einem vorüberfahrenden Dreschenautomobil an der Seite erfasst und umgeschleudert. Unglücklicherweise kam er unter den Strafwagen zu liegen und die Räder gingen ihm über den Unterkörper hinweg. Der linke Unterschenkel wurde dem Verunglückten doppelt gebrochen und anscheinend hat W. auch innere Verletzungen erlitten. Nach Anlegung von Rotterbänden auf der nahesten Unfallstation wurde er in das Krankenhaus Westend eingeliefert.

Die Sammelliste Nr. 3 für örtliche Wahlzwecke ist verloren gegangen.

Wir bitten diese Liste, auf welcher noch nichts gezeichnet war, bei eventueller Vorzeigung anzufallen. Der Vorstand.

Rigdorf.

Im Anschluß an die Verhandlungen in der Stadtverordnetenversammlung zwecks Schaffung von Arbeitsgelegenheit erläßt der hiesige Magistrat im „Rigdorfer Tageblatt“ folgende Bekanntmachung: „Am Arbeitslosen Gelegenheit zur Beschäftigung zu geben, beabsichtigt die städtische Verwaltung, Erd- und ähnliche Arbeiten zur Ausführung zu bringen. Zur Einstellung gelangen nur solche Arbeiter, welche wenigstens drei Monate in Rigdorf wohnhaft sind. Familienväter sollen bevorzugt werden. Meldungen werden im städtischen Arbeitsnachweis, Steinmeyerstr. 3, entgegengenommen.“

Leider ist diese Bekanntmachung nur in dem genannten Organ erschienen, das von einem großen Teil Arbeitsloser nicht gelesen wird.

Bei der am Sonntag vom Wahlverein veranstalteten Theatervorstellung ist ein Armband gefunden. Die Verliererin kann dasselbe in der Parteipektion, Redarstr. 2, in Empfang nehmen.

Marienfelde.

Aufgeklärt wurde die Mitgliederversammlung des Wahlvereins, weil der Vorsitzende der Versammlung, nachdem er bereits das Wort dem Referenten Genossen Heinig erteilt hatte, dem Ersuchen des überwachenden Beamten, die Wohnung des Referenten anzugeben, nicht sofort nachkam. Der Vorsitzende meinte, daß die Angabe der Wohnung auch nach dem Vortrage noch erfolgen könne. Hierauf löste der Beamte die Versammlung auf.

Dafür soll nun am 23. Februar in demselben Lokale eine öffentliche Versammlung stattfinden, in der Genosse Heinig über das neue Vereinsgesetz sprechen wird.

Ober-Schöneweide.

Gemeindevahlvertretung. Vom Postfiskus ist der Gemeinde ein Terrain in Größe von 40 Morgen, am Bahnhof Sabowa gelegen, zum Kauf angeboten. Es werden pro Quadratmeter 8 M.

gefordert. Eine Beschäftigung ergab die Nutzbarkeit für bauliche Zwecke. Da die Gemeinde in vielleicht nicht allzu ferne Zeit an die Anlage eines zweiten Friedhofes gehen muß, wurde beschlossen, dieses Terrain zu Friedhofszwecken und anderen Zwecken zu erwerben. Ein sofortiger Kauf ist nicht erforderlich. - Aus Anlaß eines Unfalles im Gemeindehaus wurde die Anschaffung von Verbandstafeln für die Schulen und sonstigen öffentlichen Gebäude beschlossen. - Die vorgelegten Entwürfe für den Neubau der 4. Gemeindevahlschule geben Anlaß zu längerer Debatte über die Ausführung in Holz- oder Backsteinbau. Die Mehrheit entschied für das letztere mit der Maßgabe, daß die Ausführung sich mehr an die in nächster Nähe befindlichen Gemeindebauten anlehnen solle. Von der Schaffung einer Aula und Turnhalle soll in nächster Zeit auf die in der Nähe vorhandenen Abstände genommen werden. Das Steuerbureau macht den Vorschlag, eine Bekräftigung von der Zahlung der Gemeindevahlsteuern für die zu militärischen Übungen eingezogenen Einwohner zu beschließen. Die Vertretung stimmte dem zu. Verschiedene Gesuche betreffs Gehaltsfragen werden bis zur nächsten Stadtberatung zurückgestellt.

Die Staatsanwaltschaft hat, wie berichtet wird, das gegen den Bürgermeister Edardt wegen Unregelmäßigkeiten im Amte und strafbaren Eigentums eingeleitete Verfahren, das zur vorläufigen Amtsenthebung Edardts geführt hatte, jetzt eingestellt. Das gegen Edardt eingeleitete Disziplinarverfahren wird jedoch weitergeführt.

„Die Arbeitslosigkeit vor dem Gemeindevahlparlament, der Terrorismus der Unternehmer und die gelben Gewerkschaften“ lautete das Thema einer außerordentlich stark besuchten Volksversammlung im „Wohlfahrtsheim“. Der Referent, Genosse Grunow, sowie die Diskussionsredner gingen scharf mit der Haltung der Gemeindevahlvertreter der 1. und 2. Klasse ins Gericht. Speziell das Auftreten des Amtverwalters Kottmeyer erregte den Unwillen der Versammlung. Die Gründung von gelben Vereinen in den großen Werken am Orte hat zu Drangsalierungen der ihrem Verbands treu bleibenden Arbeiter geführt. Es herrscht darüber im Orte allgemeine Erbitterung. Speziell in den Werken der A. S. G. wird mit Hilfe der Meister und einer gewissen Sorte Schmarotzer hierin großes Gesehleit. Es wurden vom Referenten Forderungen angeführt, welche allerhöchste Notwendigkeit erfordern. Als würdiges Seitenstück brachte Genosse Pessier das Vorgehen des evangelischen Pfarrers zur Kenntnis, welcher den beim Kirchenbau beschäftigten Arbeitern Entlassung anbot für den Fall, daß sie weiter ihre Bedürfnisse bei einem Restaurateur decken, der Sozialdemokrat ist und der Kirche den Rücken gekehrt hat. Die Versammlung gab zu erkennen, daß alle diese Vorkommnisse geeignet seien, die einsichtigen Arbeiter nur noch fester zusammenzubringen. Mit dem Erfolg kann die Partei zufrieden sein.

Weißensee.

Exhumierung einer Leiche. In einer Exhumierung hat das Gericht von einem Mordmord geführt. In der Charlottenburger Straße 108 starb am 19. Dezember v. J. morgens um 4 Uhr plötzlich der 46 Jahre alte Hauseigentümer Martin Sezejan. Er war 22 Jahre verheiratet gewesen und hinterließ eine Witwe und drei Söhne. Zwischen den Eheleuten haben oft Streitigkeiten stattgefunden, die von Bekannten auf die Eiferlust der Frau zurückgeführt wurden. Die Gattin glaubte, daß der Ehemann Beziehungen zu der Frau eines Droßkankaufers unterhalte. Am 18. Dezember hatte Sezejan zwei Wirtschaften in der Langhansstraße befehligt und war in nächsten Zustand um 1 Uhr nichts heimgekehrt. Drei Stunden später war er tot und wurde am 22. Dezember auf dem Georgen-Kirchhof in der Landsberger Allee beerdigt. Nach kurzer Zeit tauchten Gerüchte auf, nach denen Sezejan durch Gift gestorben sei. Diese führten zunächst zu Vernehmungen und am Sonnabend morgen zur Ausgrabung der Leiche. Auf Veranlassung der Staatsanwaltschaft wurden innere Teile zur chemischen Untersuchung entnommen. Der Körper wurde am Abend der Erde wieder übergeben. Der Arzt hatte am 19. Dezember als Todesursache Herzschlag angegeben.

Aus der Gemeindevahlvertretung. Die Oberpostdirektion hat auf die Petition betr. Erhöhung der Pauschalgebühren der Telefongespräche in einem Schreiben mitgeteilt, daß es nicht angängig ist, die Gebühren herabzusetzen. - Ebenso hat das Provinzial-Schulcollegium wohlwollend gestimmt, daß die Schüler der Realschule und des Realgymnasiums gemeinsam in einer Turnhalle turnen dürfen. - Von der Gemeinde Birchow wurde der Gemeindevorstand als Besitzer des Rittergutes zu einer Einkommensteuer von 750 M. herangezogen, da aber bisher ein Einkommen nicht zu verzeichnen war, so wurde reklamiert. Vom Landrat erging die Weisung, sich in irgendeiner Art mit der Gemeinde Birchow zu einigen. Das ist nun geschehen durch einen Vergleich, wonach der Gemeindevorstand zur Verzinsung der Rittergutsteuer in diesem Jahre 75 M. zahlt. - Die innere Einrichtung der Gemeindevorstandshalle wurde mit 8215 M. genehmigt. Hierbei ist zu bemerken, daß bei einer nochmaligen Beratung unter Heranziehung der Leiter der hiesigen Turnvereine über 6000 M. von der früheren Berechnung gestrichelt worden sind. - Das Ortsstatut der gewerblichen Fortbildungsschule wurde dahin geändert, daß nur die im Ort beschäftigten jungen Leute bis zum vollendeten 17. Jahre (vormals 18. Jahre) zum Schulbesuch verpflichtet sind. Begründend wurde ausgeführt, daß alle umliegenden Schulen dieselbe Bestimmung haben. - Bei der Reuwahl des Steueranschlusses wurde auch Genosse Freny als Bürgerdeputierter gewählt.

Reinickendorf.

Gemeindevahlvertretung. In geheimer Sitzung wurde zunächst der Mentier Reinde zum unbedenklichen Schöffen gewählt. Sodann machte der Bürgermeister Mitteilung über das bisherige Ergebnis der Steuererhebungen; erwähnenswert ist, daß die Wertzuwachssteuer bis zum 1. Januar, also in $\frac{1}{4}$ Jahr, 98 700 M. Einnahme erbrachte hat. Veranschlagt waren fürs ganze Jahr 86 000 M.; mithin hat die Steuer jetzt schon ein Mehr von zirka 12 000 M. erbracht. Zur Verbesserung des Straßenbildes sollen die Bürgersteige, gleich Berlin, mit einer Lauffahne (Granitfliesen oder Sandsteinplatten) gepflastert werden. Der Erlaß einer diesbezüglichen Polizeiverordnung wurde einstimmig genehmigt, nachdem der Bürgermeister erklärt, daß er im Interesse der ohnehin schon „hoch belasteten“ Grundbesitzer bei der Neupflasterung mit der größten Milde und Schonung vorgehen wolle. Den Hauptpunkt der Tagesordnung bildete die Ausführung von Rotstandsarbeiten und Speisung armer Schulkinder. Unsere Genossen hatten in der letzten Sitzung den dringenden Antrag eingebracht, Erhebungen über den Umfang der Arbeitslosigkeit zu veranstalten und gegebenenfalls Mittel zur Ausführung von Rotstandsarbeiten bereit zu stellen. Ferner Erhebungen darüber zu veranstalten, wieviel Kinder hungrig und ohne Frühstück in die Schule kommen, und Mittel zur Speisung dieser Kinder zu bewilligen. Die Dringlichkeit dieser Anträge war abgelehnt, jedoch vom Bürgermeister Erwidigungen darüber zugesagt worden. Das Ergebnis dieser Erhebungen war - wie vorauszu sehen - die Aufforderung an die Gemeindevahlvertretung, diese Anträge abzulehnen. Ein Rotstand sei nicht vorhanden, und dann seien ja durch die Armenfürsorge Vorkehrungen getroffen. Von dieser seien aber größere Mittel bisher nicht verlangt worden. Wenn Kinder ohne Frühstück in die Schule kommen, liegt das nicht an den schlechten wirtschaftlichen Verhältnissen, sondern unter anderem hauptsächlich daran, daß die Mütter zu lange schlafen. Herr Fabrikbesitzer Weder blies in dasselbe Horn. Der Beigeordnete Reichhelm verwies ebenfalls auf die Armenpflege und erklärte, daß die Gemeinde keine weiteren gesellschaftlichen Pflichten habe. Genosse Ost betonte demgegenüber, daß also der Hintelblende auf die Armenpflege das A und O der bürgerlichen Verwaltungswirtschaft sei, daß man aber nicht warten solle, bis jemand der Armenfürsorge anheimfalle, sondern vorbeugen verpflicht sei. Die nicht stürkere Inanspruchnahme der Armenpflege erklärte sich daraus, daß die Arbeiter lieber bis zum äußersten auszuhalten, ehe sie ihre politischen Rechte aufgeben. Ganz unglücklich finde er die auf die Arbeiterkreise gemünzte Behauptung, daß sie ihre Kinder hungrig in die Schule schicken, um länger schlafen

Für den Inhalt der Inserate
übernimmt die Redaktion dem
Publikum gegenüber keinerlei
Verantwortung.

Urania.

Wissenschaftliches Theater.
Taubenstr. 48/49.
Theater abends 8 Uhr:
**Eine Nilfahrt bis zum
zweiten Katarakt.**
Hörsaal 8 Uhr: Dr. C. Thesing:
Anpassung.

Luisen-Theater.

Abends 8 Uhr:
Des Mädchens Lebensweg.
Mittwoch zum 1. Male: Ein ver-
lorener Sohn.
Donnerst.: Des Mädchens Lebensweg.
Freitag: Der eingebildete Kranke.
Sonnabend 4 Uhr: Schlafstücken,
oder: Das tapfere Schindlerlein.
Abends: Krieg im Frieden.
Sonntag 3 Uhr: Die Waise aus
Lombard. Abends: Des Mädchens
Lebensweg.
Montag: Des Mädchens Lebensweg.

Rixdorfer Theater

Bürgerstraße, Bergstraße Nr. 147.
Mittwoch, den 19. Februar 1908:
Unsere Frauen.
Lustspiel in 5 Akten von G. v. Moser
und Franz v. Schönthan.
Anfang 8 Uhr.

Metropol-Theater

Das muß man seh'n!!
Gr. Kovno in 4 Akten (12 Bildern)
von J. Freund. Musik von Viktor
Hollaender. In Szene gesetzt
von Direktor Richard Schultz.
Bender, Giampietro,
Joseph, Thielscher,
Darmand, Massary.
Anfang 8 Uhr. Rauchen gestattet.
Sonntag, 23. Febr., nachm. 3 Uhr:
Neuestes! Allerneuestes!

OTTO REUTTER

und das
neue Programm
von Publikum u. Presse
glänzend beurteilt!

Apollo Theater

9 1/2 Uhr. Täglich: 9 1/2 Uhr.
Der Operettenschlager der Saison:
Mitislaw der Moderne
Operette von F. Lehár.
Smarant: Mia Werber.
Ab 8 Uhr das glänzende Variété-
Programm mit La belle Mexia.

Passage-Theater.

Abends 8 Uhr:
Mlle. Guerrerito
Spaniens schönste Tänzerin
und das große Februar-
Programm!

W. Noacks Theater

Direktion: Reb. Hill. Oranienstr. 16.
Zum letzten Male:
Das Käthen von Heilbronn.
Ritterschauspiel in 5 Akten v. H. v. Kleist.
Anfang 8 Uhr. Entree 30 Pf.
Mittwoch: Esther, v. Meyer u. Benedikt.
Sonnabend: Die Schule des Lebens.

Gebr. Herrnfeld-

Theater.
Allabendlich
der interessante Prozeß
wie er stürmischer nie
belacht wurde:

Salomonisches Urteil.

Ein Nachspiel zu
Papa und Genossen
Selbe Stücke mit den Autoren
Anton und Donat Herrnfeld in
den Hauptrollen.
Sonntag 3 Uhr: Endlich allein!
Der Fall Bismontopf.

Schiller-Theater.

Schiller-Theater O. (Wallner-Theater).
Diensttag, abends 8 Uhr:
Der Revolver.
Lustspiel in 5 Akten v. Nikolaus Bogal.
Deutsch von G. v. Schabestki.
Mittwoch, abends 8 Uhr:
Auf der Sonnenseite.
Donnerstag, abends 8 Uhr:
Gebildete Menschen.

Schiller-Theater Charlottenburg.
Diensttag, abends 8 Uhr:
College Crampton.
Komödie in 5 Akten v. G. Hauptmann.
Mittwoch, abends 8 Uhr:
Der rote Leutnant.
Donnerstag, abends 8 Uhr:
Der Hexenkessel.
Hierauf: Jungfer Immergrün

Schiller-Saal (Schiller-Theater)
Charlottenburg

8 Uhr: Niederabend. Auf. Desfor (Gelang). Bruno Kimp-Reinholt (Klan.)
Deutsche Konzerthallen,
An der Spandauer Brücke 3.
Tägliche
Deutsch-Amerikanischer
Urbock-Orchester.

Zirkus Schumann

Heute Dienstag 7 1/2 Uhr:
Große außergewöhnl. Vorstellung.
Riesen-
Novitäten-
Programm.
Claymore und Gordons Kreation.
Realisto, elektrisches Räder.
Rundtrabfahrtruppe Klein.
Tagesgespräch von Berlin:
Amerika.
Prachtausstattungs-Pantomime
mit den herrlichsten Licht- und
Wassereffekten.

XIII. Saison. Zirkus Busch

Diensttag abends 7 1/2 Uhr präz.:
Gala-Abend.
Die australischen Holzschläger.
Szenen aus dem austral. Busch.
Herr Kommissionsrat Gustav
Stensbeck, Direktor des Berliner
Tatterfells, als Gast.
Sensationen! Sensationen!
Aurora-Truppe!
Herr Ernst Schumann, Resi-
durreferent. Fr. Stelle Pressal.
Schulreiterin.
Um 10 Uhr: **Auf der Hallig!**
Vorher Galaprogramm.

Sanssouci Kottbuser
Straße 6.

Direktion: Wilhelm Reimer.
Heute Dienstag:
Große Vereins-
Verammlung.
Geschlossen.
Sonntag, Montag und
Donnerstag:
Hoffmanns Nordd. Sänger
u. **Tanzkränzen.**
Beginn Sonntag 5, woche 8 Uhr.
Der gr. Saal ist Sonnab., 7. März, frei.

Trianon-Theater.

8 Uhr. **Baron Toto.** 8 Uhr.
Sonntag nachm. 3 Uhr: **Cyprienne.**

Blitz Blitz Blitz Blitz Blitz Blitz Blitz Blitz

Wegen vollständiger Auflösung
unserer Filiale Turmstraße 19 am 30. Juni 1908 haben wir uns entschlossen, einen

Total-Ausverkauf

zu veranstalten. Derselbe findet nur in der 103/1*
19 Turmstraße 19
statt. Alle Waren werden bis zu **50 %** unter Preis verkauft.

<p style="text-align: center;">Blitz! Blitz!</p> <p>Herren-Anzüge, feinste Verarbeitung, früher 44 M., jetzt 27⁵⁰ M. Herren-Anzüge, eleganteste Modestoffe, früher 38 M., jetzt 22⁵⁰ M. Herren-Anzüge, prima eigene Konfektion, früher 32 M., jetzt 19⁰⁰ M. Herren-Anzüge, braun kariert, das Neueste, früher 27,50 M., jetzt 16⁵⁰ M. Ein Posten Herren-Anzüge 6⁶⁵ M. an von Ein Posten Burschen-Anzüge 4⁶⁰ M. an von Ein Posten Herren-Hosen 1⁸⁰ M. an von Ein Posten Herren-Joppen 3⁶⁰ M. an von</p>	<p>Herren-Paletot, extra prima, 27⁵⁰ M. das Feinste, früher 44 M., jetzt Herren-Paletot, auf Seide, hoch- 22⁵⁰ M. elegant, früher 38 M., jetzt Herren-Paletot, gestoppt Ia, 17⁵⁰ M. Modell 1908, früher 30 M., jetzt Herren-Paletot, imitiert Pelz- 12⁵⁰ M. futter, früher 24 M., jetzt Ein Posten Sommer-Paletots 7¹⁰ M. an von Ein Posten Sommer-Paletots, 11⁵⁰ M. an auf Seide, schwarz, von Ein Posten Kinder-Anzüge 2¹⁰ M. an von Ein Posten Knaben-Joppen 1⁷⁰ M. an von</p>
---	---

Sehen und staunen! Riesige Auswahl.

<p>3 Preise. Maß-Abteilung. Herstellung in eigener Werkstatt. 3 Preise.</p> <p>Serie I. Herren-Anzug 37⁵⁰ M. prima Modestoffe, Stück Serie II. Herren-Anzug 47⁵⁰ M. prima Kammgarn, Stück Serie III. Herren-Anzug 57⁵⁰ M. feinste Stoffe, Stück</p>	<p>Serie I. Herren-Paletot, 37⁵⁰ M. neueste Muster, Stück Serie II. Herren-Paletot, 47⁵⁰ M. Muster 1908, Stück Serie III. Herren-Paletot, 57⁵⁰ M. das muß man sehen, auf Seide, Stück.</p>
---	--

Garantie f. tadellosen Sitz. Auf Wunsch Besuch unserer Stadtreisend. Tel.-Amt IIIa 4687.
Die obigen Preise beziehen sich auch für unsere anderen fünf Geschäfte. **Achtung!**

<p>9 Rosenthalerstraße 9 Ecke Auguststraße</p> <p>137 Gr. Frankfurterstr. 137</p> <p>85 Chausseestraße 85</p>	<p>19 Turmstraße 19</p> <p>29-30 Kottbuser Damm 29-30</p> <p>10 Hauptstraße 10 Schöneberg</p>
--	--

Nur kein Neid, wer kann, kann!

Blitz Blitz Blitz Blitz Blitz Blitz Blitz Blitz

Theater an der Spree.

Köpenicker Straße 68.
Vorstellung der Freiheitlichen Bühne:
Ausgewiesen.
Soziales Drama von Karl Böttcher.
(Nach ausführlichem polit. Verbot
freigegeben.) Morgen: Ausgewiesen.

Passage - Panoptikum.

Neu! Neu!
Der längste Mensch
und **Josef Schippers**
der dickste Mensch
der Welt! Toni Thoms,
600 Pfd. schw.
24 Fing. u. Zeh.
Ohne Extra-Entree.
Neapolit. Bandkapelle.
Colonia Exper. d. 4. Dimension
Eintritt 50 Pf.
Kinder u. Soldaten 25 Pf.

Walhalla-
Variété-Theater

Weinbergsweg 19/20, Rosenthaler Tor.
Anfang 8 Uhr.
Das großartige
Februar-Programm!
Dressierte
Löwen, Tiger, Leoparden,
vorgeführt von R. Havemann,
und die übrigen glänzenden
XX Variété-Akünstler. XX
Tunel: Bockbierfest, Regiments-
kapelle usw.
Theaterbesuchern freier Eintritt.

Fröhels Allerlei-Theater

Schönhofstr. 148.
Dienstag, den 18. Februar 1908:
Die Memoiren
des Teufels.
Lustspiel in 3 Akten von Krogo und
Bermond. Deutsch von D. Hanhoff.
Raffenerstr. 7 Uhr. Anfang 8 Uhr.

Reichshallen-Theater.
Stettiner Sänger.
Zum Schluss: Neu!
Husaren-
Streiche.
Anfang:
Sochent 8
Sonnt 7 1/2

Kasino-Theater.

Lothringerring 37. Täglich 8 Uhr:
Hanni weint - Hans lacht
Neu! **Steldi-Duo.** Neu!
Neu! Der erkomische Kugamer. Neu!
Neu! **Küki Güttini.** Neu!
Die Freuden d. Häuslichkeit.
Sonntag 4 Uhr: Ein Sohn des Volkes.

8 Uhr. Theater. 8 Uhr.
Fisches Caprice.

Neu! Jeunesse dorée.
Paraph 343.

Mal was Anderes

Neue mit Gesang in 3 Akten.
Neue Welt
Hafenstraße 103-114.
Täglich: **Täglich:**
Größtes und originellstes
bayerisches
Bockbierfest
heute: **Elite-Tag!**
Prämiiierung
der
engsten Damentaille.
3 Klassenpreise je 40 M. bar.
1. Kl. f. Damen von 126-150 Pfd.
2. " " " 150-175 " "
3. " " " 175 Pfd. u. mehr
Gewinnungen bis 10 Uhr an der Kasse.
Anfang 7 Uhr. Entree 30 Pf.

Buddenhagen

Moritzplatz
im Theatersaal täglich

Albert Böhme

und das
großartige Februar-Programm.
Entree 50 Pf. Vorverkauf 40 Pf.
Im unteren Konzertsaal täglich
die **allerersten Militär-**
Kapellen: Beder, Prager, v. B.
Götsch, Neumann, Offenb.,
Lütke.

F. H. Appold's
Neuer Konzertsaal.

Mittwoch:
Großes Husarenfest.

Schönheitsfehler

durch Haber und Schmidt zu verdecken, ist
nicht selten ein Verbrechen an der eigenen
Schönheit. Was beweist die nach dem
Gestalten T. R. R. Nr. 1385/6 von B. Buder
Gemien & Co., Berlin, hergest. wunderbare
mit jeder Seite, auch empfinden
und natürlich verbindet, mit 50 Pf.
(Neue Schönheit) und mit 1,50
(große Schönheit) in Verbindung
mit jeder Seite, dem herrlichen
und unerschöpflichen Fantasie, Preis
2,-, Poststraße 13 Pf.

Wunderbare Erfolge.

genau bei gleichzeitiger Anwendung der
nach den neuesten Naturwissenschaften
hergestellten und im Original zu obiger
Anzeige erscheinenden, seit 25 Jahren
Patent-Reduktion-Zelle, Preis 50 Pf.
(Neue Zelle, 15 Pf.) und mit 1,50
(große Zelle, 25 Pf.) von hiesiger
Wirkung), werden täglich bewiesen. Aber
der bloße Verstand allein, macht einen
Beweis. Nur die ganz neue, der Natur
erfunden die deutsche Winter-Dümmel-
Kinder-Zelle, 2. R. G., Preis 50 Pf.,
und Dümmel-Kinder-Zelle, Preis
40 Pf., Doppelzelle 70 Pf., das Gelb-
Zelle und Nichts für die farbige
Helderrück zu haben. Wo nicht, des
Verstand durch G. Jäger & Co., Berlin,
Poststraße 13.

In Berlin gibt es bei Max Schwarz-
lohe, Königl. 69 und Potsdamer
Straße 7a, Franz Schwarzlohe,
Leipziger Straße 66, Schwarzlohe,
vorm. Adolph Heiter, Friedrich-
straße 183 und außerdem in fast allen
Apotheken, Progerien, Par-
fümerien der Welt.

Aus Industrie und Handel.

Deutschlands Fleischverbrauch.

In der letzten Nummer der „Arbeitsmarkt-Korrespondenz“ bringt Genosse Calver für die von ihm vertretene Ansicht, daß die Konsumkraft der breiten Masse im Jahre 1907 weiter gestiegen ist, einen neuen, nach seiner Ansicht durchschlagenden Nachweis. Bekanntlich glaubt er ja auch bewiesen zu haben, daß die Konsumkraft der Arbeiterschaft von 1905 auf 1906 sich gehoben hat. Er schreibt:

Eine bemerkenswerte Tatsache weisen die Ergebnisse der Schlachtvieh- und Fleischbeschau für das vierte Quartal 1907 in Deutschland aus: gerade im vierten Quartal 1907, in dem so viel von der verringerten Aufnahmefähigkeit des Konsums geredet wurde, hat der Fleischverbrauch eine ganz ungewöhnliche Zunahme erfahren. Nicht die stärkere Steigerung gegen das dritte Quartal ist es, die so ins Auge fällt, denn im vierten Quartal steigt infolge der Saison in der Wurstaufbereitung der Fleischverbrauch stets stark zu; das Auffallende ist vielmehr, daß gegenüber den Vergleichsquartalen früherer Jahre in diesem Jahre eine ungewöhnliche Steigerung eingetreten ist. Betrug doch, auf den Kopf der Bevölkerung berechnet, der Verbrauch an Fleisch in Deutschland im vierten Quartal 1907 11,27 Kilogramm gegen 9,95 im Vergleichsquartal 1906, 9,81 im Jahre 1905 und 10,73 im Jahre 1904. Durch diese Zunahme im vierten Vierteljahr, allerdings nicht durch sie allein, ergibt sich für die Gestaltung des Fleischverbrauchs im ganzen Jahre 1907 ein sehr günstiges Bild. Rechnet man die Stückzahl der geschlachteten Tiere nach amtlichen Sägen in Fleischgewicht um, so betrug der Verbrauch an Fleisch von Schlachtvieh außer Pferden und Hunden in Deutschland absolut und, unter Berücksichtigung des jährlichen Bevölkerungszuwachses, auf den Kopf der Bevölkerung in den Jahren

	Gesamtverbrauch in Tonnen	Pro Kopf Kilogramm	
		ausschließlich der Hauschlachtungen	einschließlich
1905.	2 299 115	38,51	48,23
1906.	2 259 553	37,23	46,95
1907.	2 452 753	40,01	49,73

Die Hauschlachtungen sind auf Grund amtlicher Angaben mit 9,91 Kilogramm pro Kopf angenommen. Im Jahre 1907 dürfte diese Ziffer aber wohl höher gewesen sein.

Man kann die von Calver gegebenen Zahlen als richtig unterstellen, deshalb liegt noch kein Grund vor, seinen Schlussfolgerungen zuzustimmen. Er läßt zwei Momente außer Berechnung, die sein Urteil sehr stark korrigieren können. Zunächst ist darauf hinzuweisen, daß die sehr hohen Preise und der Fleischmangel im Jahre 1906 die Versorgung der Läger mit Dauerware einschränkten. Die Vorräte schrumpften zusammen. Die gesunkenen Preise in den letzten Monaten 1907 sind von den Großhändlern usw. dazu benützt worden, ihre Läger in Dauerware wieder zu komplettieren. Die Zunahme der Schlachtungen bedingt nicht auch einen tatsächlichen entsprechenden Mehrkonsum in derselben Periode. Weiterhin reizten die hohen vorjährigen Preise besonders die kleinen Viehproduzenten dazu, möglichst viel Vieh auf den Markt zu bringen, ihren eigenen Konsum einzuschränken. Jetzt, wo die Getreidepreise Rekordhöhe erreicht haben, verkauft man lieber Korn und verzehrt das im Preise gefallene Fleisch selbst. Auch die Schichten des Mittelstandes und die besser entlohnten Arbeiter mögen in geringem Umfange an dem Mehrkonsum beteiligt sein, aber die erhöhte Kopfquote beweist durchaus nicht, daß die breite Masse der schlecht entlohnten Arbeiter im 4. Quartal 1907, in dem schon vielfach Arbeitszeitverkürzungen usw. vorgenommen wurden, ihre Lebenshaltung verbessern konnte. Zahlen beweisen nun gerade doch nicht alles, was man zu beweisen wünscht.

Wegen die Feuerversicherungs-Gesellschaften wollen die Textilindustriellen Sturm laufen. Der Verband rheinisch-westfälischer Spinnereien, das elsass-lothringische Industrie-Syndikat, der Verein süddeutscher Baumwollindustrieller, die Vereinigung sächsischer Spinnereibesitzer und der Verdauer Industrieverein haben Erhebungen über die Feuerversicherung der deutschen Baumwollspinnereien angestellt. Das Ergebnis derselben wird jetzt im „Spinner und Weber“ veröffentlicht. Es beweist, daß die Aktionäre und sonstigen Ruhestörer der Privat-Feuerversicherungs-Gesellschaften sich auf Kosten der Versicherten außerordentlich bereichern. Da aber in diesem Falle

auch die Textilindustriellen zu den Versicherten gehören, wollen sie sich das nicht länger gefallen lassen. An der Erhebung beteiligten sich 240 Spinnereien. Diese umfassen zwei Drittel der auf Baumwolle laufenden Spindeln. In den Jahren 1901—1906 erforderten die Versicherungsgesellschaften eine Prämie von 8354 748 M. Sie zahlten aber für Brandschäden nur 4 298 516 M. zurück. 43,45 Proz. fielen nach Abzug von 5 Proz. für Verwaltungsausgaben die Gesellschaften in den Sackel. Die Baumwollspinner machen deshalb Reklame für eine berufliche Feuerversicherungsorganisation, einen „Textil-Feuerversicherungsverein auf Gegenseitigkeit.“ Die Gewinne sollen dann alljährlich auf die neu einzuzahlenden Prämien verrechnet werden. Die Gewinne würden sodann nicht mehr unbeteiligten Aktionären, sondern den Versicherten selbst zugute kommen. Ähnliche Bestrebungen sind in der österreichischen und englischen Textilindustrie vorhanden. Die Schmarotzerpflanze, die alljährlich viele Millionen absorbiert, würde am besten durch Uebernahme des Versicherungswesens auf den Staat unschädlich gemacht.

Das Spirituskartell. Die geschäftlichen Erfolge des Spiritusringes im abgelassenen Jahre sind glänzend. Die amtlichen Zahlen über den Abzug sind die höchsten bisher beobachteten. Der nominelle Trinkverbrauch war mit 244 Millionen Liter beträchtlich höher als der vom Jahre 1905/6. Die Ursache hierfür wird auf die ermäßigten Preise, die allgemein wirtschaftlich günstige Lage des Kampagnejahres 1906/7 und schließlich auf eine gewisse Vorverforgung von Trinkspiritus seitens der Spiritus verarbeitenden Gewerbe zurückgeführt, die durch die wenig befriedigenden Aussichten der letzten Kartoffelernte geboten war.

Der Abzug betrug 849 Millionen Liter und zeigte sowohl in gereinigtem und ungereinigtem bzw. denaturiertem Spiritus eine starke Zunahme. Noch stärker freilich war die Steigerung der Ausfuhr, die sich nach der amtlichen Statistik auf 21,5 Millionen Liter belief und durch das Versagen Oesterreichs und Rußlands bedingt war. Natürlich bewirkte die erhöhte Nachfrage auch ein Anziehen der Preise derart, daß die Ausfuhrpreise diesmal sogar dem Inlandspreise nahe kamen. Im übrigen war die Preispolitik des Spiritusringes die altgewohnte und demgemäß wiederholt Gegenstand der Angriffe seitens der Destillateure und Spiritusindustriellen.

Dienstag, den 18. Februar 1908, abends 8 Uhr:

Volks-Versammlungen

für Berlin und Umgegend.

I. Wahlkreis

Dräsel's Festsäle, Neue Friedrichstraße 35.

II. Wahlkreis

Goßmann's Festsäle, Kreuzbergstraße 48.
Kliems Festsäle, Hasenheide 13/15.

III. Wahlkreis

„Zur Lebensquelle“, Kommandantenstraße 20.

IV. Wahlkreis

Sanssouci, Kottbusser Straße 6.
Litfins Salon, Memeler Straße 67.
Elysium, Landsberger Allee 40/41.

V. Wahlkreis

Altes Schützenhaus, Linienstraße 5.

VI. Wahlkreis

Kronen-Brauerei, Alt-Moabit 47/49.
Pharus-Säle, Müllerstraße 142.
Raabes Festsäle, Kolberger Straße 23.
Wilkes Festsäle, Brunnenstraße 188.
Bernhard Rose-Theater, Badstraße 58.
Berolina-Festsäle, Schönhauser Allee 28.
Arndts Festsäle, Belforter Straße 15.

Teltow-Beeskow

- Adlershof. Gesellschaftshaus, Bismarckstr. 10.
- Charlottenburg. Volkshaus, Rosinenstr. 3.
- Köpenick. Wilhelmgarten, Rudowerstr. 1.
- Königs-Wusterhausen. Webhorn (Altes Schützenhaus).
- Nowawes. Schmidt, Wilhelmstr. 3.
- Rixdorf. Hoppe, Hermannstr. 49.
Thiel, Bergstr. 152.
- Schöneberg. Schloßbrauerei, Hauptstr. 112.
- Steglitz. Schellhase, Hornstr. 15a.
- Treptow-Baumschulenweg. Speers Festsäle, Baumschulenstraße 78.
- Wilmersdorf. Luisenpark, Wilhelmstraße 112.

Nieder-Barnim.

- Lichtenberg. Schwarzer Adler, Frankfurter Chaussee 5.
- Ober-Schöneweide. Restaurant Wilhelminenhof.
- Pankow. Feldschlößchen, Berliner Straße.
- Reinickendorf-Ost. Restaurant Seepark, Marktstr. 2/3.
- Rummelsburg. Witwe Weigel, Türnschmidtstr. 45.
- Tegel. Trapps Festsäle, Bahnhofstraße 1.
- Weißensee. Zum Prälaten, Lehderstraße.

Referenten: Albrecht-Halle, Böhle-Strasbourg, Ad. Cohen, Ebert, Eichhorn-Mannheim, Emmel-Mühlhausen, Frank-Mannheim, Freiwaldt, Grunwald, Handke, Haß, Wolfgang Heine, Hildenbrand-Stuttgart, Kotzke, Kunert, Ledebour, Legien, Lehmann-Wiesbaden, Molkenbuhr, Hermann Müller, Ad. Ritter, Sabbath, Sassenbach, Schütte, Paul Singer, Stadthagen, Stroebel, Stücklen, Stühmer, Ulrich-Diffenbach, Wuschik, Wutzky, Zubeil.

Tages-Ordnung in allen Versammlungen:

„Das Reichs-Vereinsgesetz“.

Zahlreichen Besuch erwarten
Verband der sozialdemokr. Wahlvereine Berlins u. Umg., Berliner Gewerkschaftskommission.

